

# Das Parlament

Berlin, Montag 08. März 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 10-11 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Vorerst kein Verdachtsfall

**Thomas Haldenwang** Vor zwei Jahren hat der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) die AfD zum „Prüfball“ erklärt. Vergangene Woche informierte er nach dpa-Informationen seine Länderkollegen darüber, die Partei nun als „Verdachtsfall“ einzustufen und sie damit verschärft ins Visier zu nehmen zu wollen – und ist damit nun vorerst gescheitert. Sein Amt darf die AfD vorerst nicht als rechtsextremistischen „Verdachtsfall“ einordnen und beobachten. Das geht aus einem Beschluss des Kölner Verwaltungsgerichts hervor, der dem Bundesamt und der Partei am vergangenen Freitag zugestellt wurde. AfD-Vertreter hatten vergangene Woche Haldenwangs Vorstoß als politisches Manöver bezeichnet mit dem Ziel, der Partei im Superwahljahr 2021 Schaden zuzufügen. *ah/dpa*

**ZAHLE DER WOCHE**

**4**

Landesämter für Verfassungsschutz haben den jeweiligen Landesverband der „Alternative für Deutschland“ (AfD) seit vergangener Woche als Verdachtsfall eingestuft: in Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen.

**ZITAT DER WOCHE**

»Verfassungsschutz agiert rein politisch.«

**Alice Weidel**, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, kündigt an, gegen eine Einstufung ihrer Partei als Verdachtsfall durch die Behörde juristisch vorzugehen.

**IN DIESER WOCHE**

**INNENPOLITIK**  
**Familie** Schutz für Kinder und Jugendliche in Internet und sozialen Medien **Seite 4**

**8. März** Debatte zum Internationalen Frauentag **Seite 5**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Fall Wirecard** Bundesregierung will Bilanzaufsicht stärken **Seite 8**

**EUROPA UND DIE WELT**  
**Brexit** Großbritannien bekommt Kosten des EU-Ausstiegs zu spüren **Seite 10**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Wege aus der Krise

**PANDEMIE** Bundestag beschließt Fortgeltung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite

**E**s ist ein Wagnis mit unbekanntem Folgen: Nach vier Monaten im Lockdown sollen in den nächsten Wochen schrittweise Lockerungen möglich werden, eskortiert von Impfungen und Testungen. Die Sorgen mancher Experten vor rasant steigenden Infektionszahlen (siehe Interview Seite 2), vor einer von Mutationen ausgelösten dritten Welle, stehen zurück hinter dem Wunsch, schnell zu einer relativen Normalität zurückzufinden. Die Corona-Müdigkeit der Menschen ist nicht zu übersehen, die Schwierigkeiten der Wirtschaft sind es auch nicht. Das Treffen von Bund und Ländern am vergangenen Mittwoch dauerte rund zehn Stunden, der vereinbarte Fünf-Stufen-Plan, ein komplexes Regelwerk, passte gerade noch auf eine Seite, die Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) stolz in die Kameras hielt. Da die Infektionsgefahr nicht gebannt ist, soll es vorerst bis zum 28. März bei strikten Auflagen bleiben. Allerdings vereinbarten Bund und Länder mögliche Öffnungsschritte, die jeweils mit einem Hygienekonzept flankiert und an konkrete Inzidenzwerte gebunden sein sollen.

**Neuer Richtwert** Im Infektionsschutzgesetz (IfSG) sind derzeit zwei Inzidenzwerte genannt, bei deren Erreichen eine Lockerung der Auflagen möglich oder, bei steigenden Zahlen, eine Verschärfung nötig ist. Lange galt die Marke von 50 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner innerhalb einer Woche als Richtwert. Mitte Februar gaben Bund und Länder als neue Richtgröße die Sieben-Tage-Inzidenz von 35 vor. Nunmehr sollen bereits ab einer Inzidenz unter 100 Lockerungen möglich sein, allerdings verknüpft mit einer „Notbremse“ für den Fall, dass die Neuinfektionen anschließend stark steigen. Am Freitag lag die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz bei rund 65, Tendenz leicht steigend. Vorgesehen sind zwischen den Öffnungsschritten für Einzelhändler, Dienstleister, Kultur, Sport und Freizeit jeweils Pausen von zwei Wochen, um die Entwicklung bei den Infektionen zu beobachten. Parallel dazu werden Impfungen und Testungen hochgefahren. Über einen Antrag der FDP-Fraktion, ein nationales Impfportal einzurichten (19/27184), berieten die Abgeordneten am Freitag separat. Anfang April sollen Haus- und Fachärzte in die Impfkampagne einsteigen. Bereits ab dem 8. März soll pro Woche ein kostenloser Schnelltest für alle Bürger ermöglicht werden, verabreicht von geschultem Personal.

**Neue Phase** Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte bei der Präsentation der Beratungsergebnisse: „Wir stehen an der Schwelle einer neuen Phase in der Pandemie.“ Sie sprach von Hoffnungen und Erfolgen, auf die alle Bürger stolz sein könnten. Müller mahnte, in dieser sensiblen Phase komme es vor allem darauf an, besonnen vorzugehen, um die erreichten Erfolge nicht zu gefährden. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gab die Devise aus: „Vorsicht, Vertrauen und Verantwortung.“ Um in der Pandemie rechtssicher agieren zu können, verlängerte der Bundestag vergangene Woche auf Antrag der Koalitionsfraktionen (19/27196) zum dritten Mal die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Für den Antrag votierten neben Union und SPD auch Linke und Grüne, die FDP enthielt sich, die AfD votierte dagegen. Zugleich billigten die Abgeordneten in namentlicher Abstimmung einen Gesetzentwurf (19/26545; 19/27291), der vorsieht, dass der Bundestag spätestens drei Monate nach Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite deren Fortbestehen feststellen muss, ansonsten gilt die Lage als aufgehoben. Das Gesetz beinhaltet außerdem die Weitergeltung der Corona-bedingten Sondervollmachten und Hilfsregelungen, die ansonsten Ende März 2021 ausgelaufen wären. Die zugrunde liegende Norm nach Paragraph 5 Absatz 1 IfSG sowie



Die schwierige Abwägung zwischen Lockdown und Lockerung weckt Erinnerungen an die Odyssee des Odysseus. © picture-alliance/The Holborn Archive/Leemage (Ausschnitt)

die Regelungen zu Anordnungen und zum Erlass von Rechtsverordnungen in Paragraph 5 Absatz 2-5 IfSG gelten weiter. Verordnungsermächtigungen und Rechtsverordnungen werden an die Feststellung der epidemischen Lage geknüpft. Neu hinzu kommen Impfziele, die den Rechtsrahmen für die Prioritäten beim Impfen stärken sollen. Schließlich sieht das Gesetz eine externe wissenschaftliche Evaluationsrolle der Regelungen zur epidemischen Lage vor, deren Ergebnis bis Ende 2021 vorgelegt werden soll. Für den Gesetzentwurf stimmten 367 Abgeordnete, 293 waren dagegen, es gab drei Enthaltungen.

**Opposition unzufrieden** In der Schlussberatung rügten Redner der Opposition die Novelle als unzureichend. Mit Blick auf die Bund-Länder-Beschlüsse warfen Oppositionspolitiker der Bundesregierung zudem mangelnde Transparenz, fehlende Strategie und ein schlechtes Krisenmanagement vor. Redner der Koalition sowie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wiesen die Vorhaltungen zurück und warben dafür, in der Pandemie weiter mit Vorsicht und Rücksicht vorzugehen. Spahn räumte ein, alle Bürger sehnten das Ende der Pandemie herbei. Niemand wolle die Einschränkungen einen Tag länger als nötig. „Aber wir sind noch in einer besonderen Lage.“ Die zeige sich bei der Zahl der Intensivpatienten, den Infektionszahlen und mit Blick auf die Nachbarländer. Die epidemische Lage dauere an und sei wegen der Virusmutationen dynamisch. „Die fle-

xible Anpassung bleibt daher notwendige Strategie“, sagte Spahn und fügte hinzu, mit der gesetzlichen Neuregelung werde die Pandemiegesetzgebung erstmals fest verankert. „Das ist eine neue Qualität, ein großer Schritt.“

**Kritische Debatten** Rudolf Henke (CDU) wies Vorwürfe zurück, wonach das Parlament im Kampf gegen die Pandemie nicht ausreichend beteiligt sei. Aus den kritischen Debatten seien Konsequenzen gezogen worden. Im Gesetz würden neben der Inzidenz künftig weitere Kriterien für Beschränkungen wie der Reproduktionswert (R-Wert), die Impflage oder die Belastungssituation im Gesundheitswesen festgeschrieben. Die Kompetenzen des Gesundheitsministeriums würden konkretisiert.

Die Rolle des Parlaments werde somit durch die Novelle gestärkt. Sabine Dittmar (SPD) erinnerte daran, dass bereits vor einem Jahr wichtige gesetzliche Regelungen getroffen worden seien, um flexibel auf die Pandemie reagieren zu können. Die Regelungen seien damals auf ein Jahr befristet worden, die Pandemie halte die Welt jedoch weiter in Atem. Auch in Deutschland gebe es keine Entwarnung. Somit sei die Fortgeltung der epidemischen Lage richtig. Dittmar betonte, die Abwägung zwischen Infektionsgeschehen und Lockerung bleibe eine Gratwanderung. Mit Tests und Impfungen gebe es nun aber mehr Grund für Zuversicht. Nach Ansicht der AfD-Fraktion hat die Bundesregierung in der Coronakrise komplett versagt. Robby Schlund (AfD) zeich-

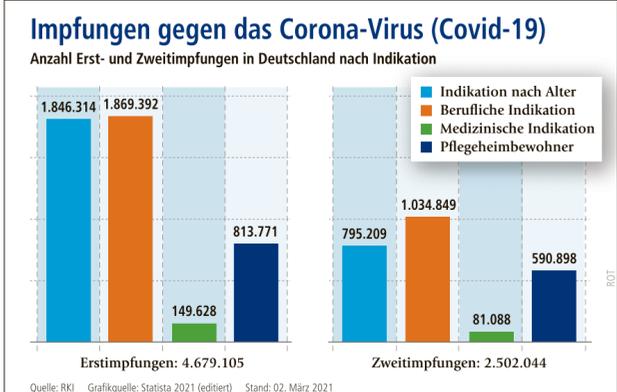
nete ein düsteres Bild der Lage. So stelle sich für viele Mittelständler die Existenzfrage, psychische Krankheiten stiegen durch den Dauerlockdown exorbitant. Umso unverständlicher sei das „chaotische Krisenmanagement“ mit fehlenden Öffnungs- und Unterstützungsperspektiven. Ein Gesetz zur Fortsetzung der epidemischen Lage werde nicht gebraucht, sinnvoller wäre ein Rastermanagement, mit dem Risikogruppen gezielt geschützt würden, ohne die Wirtschaft und das öffentliche Leben herunterzufahren.

**Rechtslage** Zweifel an der gesetzlichen Grundlage für die Entscheidungen in der Pandemie äußerte Christine Aschenberg-Dugnus (FDP). Die Feststellung der epidemischen Lage eröffne dem Bundesgesundheitsministerium nach wie vor die Option für Verordnungen ohne Zustimmung des Bundestages. „Eine solche Dauergenehmigung ist verfassungswidrig.“ Damit werde der Parlamentsvorbehalt umgangen. Die Nennung von Impfzielen für die Priorisierung sei ebenfalls nicht ausreichend, dies müsse gesetzlich normiert sein, alles andere sei verfassungswidrig. Sie beklagte überdies das aus ihrer Sicht mangelhafte Impfmanagement, das dem Land einen schweren Imageschaden zugefügt habe. Aus Sicht der Linksfraktion ist die Fortgeltung der epidemischen Lage sinnvoll. Susanne Fersch (Linke) beklagte jedoch „Chaos und Planlosigkeit“ sowie einen Mangel an Transparenz, Strategie und Beteiligung des Parlaments. Die Bund-Länder-Runde bezeichnete sie als „stundenlanges Spektakel im Kanzleramt“ und forderte: „Die Debatte gehört raus aus dem Kanzleramt und rein in das Parlament.“ Die in der Bund-Länder-Runde getroffenen Entscheidungen seien teilweise nicht nachvollziehbar. „Die Inzidenzwerte schwanken im Stundentakt zwischen 35, 50 und 100.“ Die Öffnungsschritte muteten seltsam an. „Das ist alles nicht logisch, das ist Willkür und keine Strategie.“ Maria Klein-Schmeink (Grüne) rügte, im IfSG sei weiterhin nicht nachvollziehbar, was die Bundesregierung in welcher Lage konkret tun werde. Die Bund-Länder-Runde beschleife neue, relevante Inzidenzwerte, die im Gesetz gar nicht vorkämen. Die Regierung habe es verschlafen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der klar und rechtssicher sei und den Menschen Orientierung biete. *Claus Peter Kosfeld*

## EDITORIAL Skylla und Charybdis

VON ALEXANDER WEINLEIN

Die Diskussion über eine Beendigung oder Aufweichung des Lockdowns erinnert an die Irrfahrten des Odysseus zwischen Skylla und Charybdis. Als er dem Seeungeheuer Skylla zu nahe kam, weil er das Monster Charybdis umgehen wollte, bezahlten dies etliche Mitglieder seiner Mannschaft mit dem Leben. Einerseits ist der Lockdown kaum noch zu halten, gleichzeitig steigt die Angst vor einer dritten Welle und einer aggressiveren Virus-Mutation. Höchste Zeit, den augenblicklichen Kurs zwischen Lockdown, Lockdown Light und geöffneten Friseur zu hinterfragen. Die Lösung des Dilemmas findet sich eben nicht in Hygienemaßnahmen, Lüftung für Schulen oder Smartphone-Apps. All dies ist in der Pandemie hilfreich, führt aber nicht aus der Pandemie. Dafür steht nur ein für die Gesellschaft dauerhaft verträgliches Mittel zu Verfügung: Impfen. Bei einem komplizierten Beinbruch wird operiert, Gehhilfen und Rollstuhl sind keine Heilung. Es war richtig, die ältesten und gefährdetsten Menschen ganz oben auf die Liste zu setzen. Zivilisierte Gesellschaften machen das so. Es setzt aber voraus, dass diese Impffreiheiten auch bedient werden kann, sprich ausreichend passender Impfstoff zur Verfügung steht. Wenn dies nicht der Fall ist, gleichzeitig aber ein anderer Impfstoff für Menschen weiter unten auf der Liste zur Verfügung steht, dann ergibt es keinen Sinn, stur am heiligen Gral festzuhalten. Es darf auch keine Rolle mehr spielen, ob der Astrazeneca-Impfstoff weniger wirkungsvoll als der „gute“ Biontech-Stoff ist. Weniger Schutz ist immer noch deutlich mehr als gar kein Schutz. Dafür braucht man keine höhere Mathematik. Dass sich ein Bundesland noch bis Mitte Februar eine Wahlfreiheit beim Impfstoff leistete, mutet in der aktuellen Situation wie Hohn an. Auch von so manchem anderem hehren Prinzip wird man sich verabschieden müssen. Ja, eine Impfpflicht ist ein Eingriff in die Grundrechte. Aber seit einem Jahr sind etliche Grundrechte massiv eingeschränkt, mitunter gar völlig ausgehebelt. Das ist auf Dauer nicht hinnehmbar. Vor mehr als einem Jahr hat der Bundestag für Kinder eine Masern-Impfung zur Voraussetzung für den Zugang zu Kitas und Schulen gemacht. Angesichts der Schulpflicht, kommt dies für Schüler einer Impfpflicht gleich. Wer erfolgreich durch die Meerenge zwischen Skylla und Charybdis hindurch will, muss eben eines der Monster erlegen. Sonst ergeht es ihm wie den Gefährten des Odysseus.



GASTKOMMENTARE

KEINE GRENZKONTROLLEN MEHR WEGEN CORONA?

Beachtliche Schäden

PRO



Markus Decker, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Die Grenzkontrollen haben bereits in der ersten Phase der Corona-Pandemie für Verärgerung gesorgt. Damals gab es lange Staus auf den Autobahnen, binationale Paare wurden getrennt, und das Ganze geschah nicht europäisch koordiniert, sondern durch ungestimmte Alleingänge. Im Einzelfall mögen sich begründete Argumente für Covid-19-bedingte Grenzkontrollen finden lassen – etwa mit Blick auf das exorbitant betroffene Tschechien. Aber im Grundsatz gelten die Bedenken fort. Zunächst einmal orientiert sich das Virus offenkundig nicht an Ländergrenzen. Dies lehrt schon das deutsche Beispiel. Im Norden war dessen Verbreitung zu Beginn der Pandemie deutlich geringer als im Süden; das ist vielfach so geblieben. Ländliche Regionen waren zuletzt wiederum wesentlich stärker betroffen als Großstädte. Auch ist es zweifellos so, dass das Virus in solchen Regionen bessere Chancen hat, in denen die Grundregeln zu seiner Beachtung weniger Akzeptanz finden, weil „Querdenker“ und ihresgleichen leichteres Spiel haben. Schließlich ziehen Grenzkontrollen beachtliche Kollateralschäden nach sich – ökonomische, soziale und politische. Vor allem unterlaufen sie die ohnehin in Mitleidenschaft gezogene europäische Idee, deren Akzeptanz durch das Impfstoff-Einkaufsdesaster der EU-Kommission in Brüssel nicht eben zugenommen hat. All diese Schäden gilt es, gegen den vermeintlichen Nutzen abzuwägen. Nein, Schlagbäume zu senken, die vorher gehoben waren, ist nicht das Mittel erster Wahl im Kampf gegen Corona und auch nicht das zweite. Erste Wahl sind inländische Kontaktbeschränkungen, Tests, Impfungen – und die Selbstdisziplin der Bürger. Bis die Pandemie ein Ende hat.

Ein Bärendienst

CONTRA



Christian Kerl, Funke-Mediengruppe

Niemand wünscht sich Grenzkontrollen im vereinten Europa zurück, aber aus-schließen darf man sie als Teil einer Strategie gegen Corona nicht. Es ist kaum zu vermitteln, dass die Bürger im Lockdown massive Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte erdulden müssen – aber an den Grenzen jeder Eingriff ein Tabu sein soll, da es sich angeblich um Verrat an der europäischen Idee handelt. Gewiss, was sich vor einem Jahr abspielte, war dumm und schädlich: Damals ließen viele Länder über Nacht die Schlagbäume herunter, panisch, in bloßer Abschottung vor denen da draußen – ohne Abstimmung, ohne hinreichende Begründung. Aber es wäre falsch, stattdessen nun offene Grenzen für sakrosankt zu erklären, während der Staat überall sonst hart durchgreift. Er muss auch an den Grenzen seine Bürger schützen. Gezielt und befristet eingesetzt, in Absprache mit den Nachbarn und mit pragmatischen Ausnahmen können Grenzkontrollen geboten sein, um die Ausbreitung des Virus zu bremsen: Vor allem, wenn in einem Land die Infektionszahlen bedrohlich nach oben schießen und zur Gefahr für die Anrainer werden, aber die Verständigung über die Maßnahmen hüben und drüben nicht schnell genug funktioniert. So wie jetzt in Tschechien. Dort wütet Corona derzeit besonders schlimm; es gibt sogar innerhalb des Landes Reiseverbote zwischen den Bezirken. Nur die Grenze zu Deutschland soll offen bleiben? Es wäre ein Bärendienst für Europa. Eine selbstbewusste Union hält vorübergehende Grenzkontrollen aus. Und nichts wäre schädlicher für das Vertrauen in die EU als der Verdacht, zur Wahrung ihrer Prinzipien werde notfalls auch die Gesundheit der Bürger aufs Spiel gesetzt.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

**Herr Dahmen, Kanzlerin und Ministerpräsidenten haben sich geeinigt: Der Lockdown wird bis zum 28. März verlängert - verbunden mit einigen Lockerungen. Die richtige Entscheidung?**  
Die Beschlüsse enthalten einige richtige Dinge, aber auch viele Sachen, die ich als Arzt und als Politiker der Opposition für falsch halte.

**Fangen wir mit positiven Dingen an.**  
Da ist die Verständigung darauf, beim Impfen schneller werden zu wollen, zu nennen. Ich begrüße auch, dass endlich das Thema Schnelltest angegangen werden soll, wenn auch viel zu zögerlich und unsystematisch. Gut ist auch, dass offenbar anerkannt wird, dass wir uns aufgrund der Mutation nach wie vor in einer schwierigen Situation befinden.

**Was läuft falsch?**  
Mir macht es große Sorgen, dass die künftige Strategie sich stärker an den von der Wirtschaft vorangetriebenen Rufen nach Lockerungen orientiert als an einer wirklichen Risikoadjustierung. Besser wäre es, zunächst ein Sicherheitsgeländer zu errichten, bestehend aus flächendeckenden Schnelltests, einem FFP2-Schutzmaskenprogramm und einer funktionierenden Kontaktnachverfolgung. Um dann an einzelnen Stellen, wo es die Zahlen zulassen und wo es am wichtigsten ist – etwa bei Bildung und sozialen Kontakten – mit Öffnungen anzufangen. So ist zu befürchten, dass wir einreißen, was wir uns mit viel Mühe gemeinsam als Gesellschaft erarbeitet haben und infolgedessen viele Menschenleben riskieren. Lockerungen bei einer Inzidenz ab 100 – das ist Wahnsinn.

**Die Menschen sind aber ermüdet von all den Corona-Einschränkungen und sehnen sich nach Normalität...**  
Dieser Wunsch eint uns alle. Die Umfragen, die ich lese, zeigen aber ein etwas differenzierteres Bild. Die massive Forderung nach breiten Öffnungen kommt vor allem von Wirtschaftsverbänden, dem Einzelhandel und der FDP. Die Bevölkerung ist hingegen ermüdet von einem ineffizienten und schlechten Krisenmanagement. Davon, dass es kein koordiniertes Vorgehen gibt, wir zu langsam beim Impfen sind, es bei den Schnelltests nicht vorangeht und wir auch im zwölften Monat der Pandemie im gesamten Bereich der Kontaktnachverfolgung so schlecht sind.

**Die Argumente des Einzelhändlers, die auf dem letzten Loch pfeifen, greifen bei Ihnen offenbar nicht?**  
Klar ist, dass den Betrieben geholfen werden muss. Es ist ein Unding, das im November angekündigte Wirtschaftshilfen erst im Februar ausgezahlt werden. Gerade die Familienunternehmen, die Solo-Selbständigen und die Kulturschaffenden dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Denen hilft aber ein kopfloses Öffnen, um dann in vier oder sechs Wochen wieder alles dicht machen zu müssen, auch nicht. Im Gegenteil: Das würde die Leute wirklich an den Rand der Existenz und an den Rand des Verständnisses bringen. Lockerungen im Einzelhandel führen trotz Einhaltung von Schutzkonzepten zu mehr Mobilität, zu mehr Kontakten und haben somit indirekt einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Infektionsgeschehen.

**Forderungen nach Verbesserungen bei der Kontaktnachverfolgung und nach einem koordinierten Vorgehen sind ja nicht neu. Nach zwölf Monaten Pandemie ist aber in dieser Hinsicht nichts passiert. Wo soll das Vertrauen herkommen, dass sich nun in den kommenden drei Wochen Entscheidendes tut?**  
Es stimmt nicht, dass nichts passiert ist. Die Maßnahmen von Bund und Länder

»Das ist Wahnsinn«

JANOSCH DAHMEN Aus Sicht des Gesundheitspolitikers der Grünen werden durch Lockerungen schon ab einem Inzidenzwert 100 viele Menschenleben riskiert.



© Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion/Stefan Kaminski

haben durchaus positive Effekte gehabt. Aber richtig ist: Wir sind im zwölften und nicht im dritten Monat der Pandemie. Insofern ist das, was bis jetzt vorbereitet und umgesetzt wurde, unterirdisch. Ich kann nicht verstehen, warum wir nicht längst ein Risikostufen-Schema haben, das nachvollziehbar macht, welche Maßnahmen bei welchem Infektionsgeschehen greifen. Das fordert die Wissenschaft, die Opposition und auch das RKI. Was als Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz vorgelegt wurde reicht nicht.

**Ist es nicht auch ein großes Problem, das noch immer nicht gesichert ist, bei welchen Gelegenheiten, an welchen Orten sich die Menschen vermehrt anstecken?**  
Es gibt eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen, die sagen, dass es ein unterschiedlich stark ausgeprägtes Risiko von Öffnungen in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen gibt. Klar ist: Sind viele Menschen gemeinsam unterwegs, gibt es mehr Infektionen. Dort, wo Menschen in Räumen zusammentreffen, steigt das Risiko. Mit diesen Erkenntnissen wird aber

ziemlich hemdsärmlich umgegangen. Im privaten Bereich gibt es die ausgeprägte Denke: Ich kenne doch die Leute die ich treffe. Da wird schon nichts passieren.

**Bei der Bewertung der Lage wird auf den Inzidenzwert abgezielt, also auf die Anzahl der positiven Tests. Die deutliche Mehrzahl der positiv getesteten ist aber symptomfrei oder hat nur leichte Erkältungssymptome. Was taugt dieser Wert?**  
Auch symptomlose infizierte Menschen können andere anstecken und so dazu beitragen, dass sich die Infektion schneller verbreitet. So trifft es dann auch mehr Menschen, die schwer erkranken oder gar versterben. Das muss man sich immer wieder klarmachen. Der Inzidenzwert wird auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Es gibt aber auch andere Faktoren, die stärker berücksichtigt werden müssten. Beispielsweise der R-Wert, der bei der Mutante bei 1,3 liegt, was für ein exponentielles Wachstum in rasanter Geschwindigkeit sorgt. Derartige Faktoren müssen in den Bewertung mit einbezogen werden.

**Einen Weg raus aus der Pandemie soll das Impfen bieten. Es geht aber zu langsam. Was muss passieren?**  
Bei der Impffreihefolge müssen wir uns daran orientieren, was uns die Wissenschaft sagt. Die Ständige Impfkommission tut das mit der Intention, möglichst viele Menschenleben zu retten. Um das Tempo zu erhöhen, sollte in Arztpraxen geimpft werden ebenso wie in den betriebsärztlichen Abteilungen der großen Unternehmen. Das klappt bei den Grippeimpfungen Jahr für Jahr sehr gut.

**Noch immer gibt es aber viele, die sich nicht impfen lassen wollen. Braucht es also eine Impfpflicht?**  
Nein, ich denke nicht. Es ist doch nachvollziehbar, dass die Menschen bei neuen Medikamenten oder eben einer neuen Impfung erstmal skeptisch sind und es Erklärungsbedarf gibt. Auch dabei könnten die Hausärzte eingebunden werden, zu denen ja noch am ehesten ein Vertrauensverhältnis besteht.

**Das Thema Schnelltest wird nun angegangen. Was ist hier die erfolgversprechendste Strategie?**  
Die Bundesregierung verfolgt ja das Ziel, in Testzentren jedem einen kostenlosen Test pro Woche zu ermöglichen. Das reicht aber nicht aus. Gebraucht werden – mindestens zweimal pro Woche – Schnelltests für zuhause, oder auch an der Arbeitsstelle oder der Schule. Einem positiven Selbsttest muss dann ein PCR-Test folgen.

**Der Bundestag hat für weitere drei Monate eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgelegt. Haben Sie dem entsprechenden Koalitionsentwurf zugestimmt?**  
Der Einschätzung, es gibt einen Fortbestand der epidemischen Lage, stimme ich zu. Den vorgelegten gesetzlichen Regelungen habe ich nicht zugestimmt, weil sie schlecht gemacht sind, wie ich schon ausgeführt habe.

Das Gespräch führte Götz Hausding. || Janosch Dahmen (39) sitzt seit November 2020 für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und ist Mitglied des Gesundheitsausschusses.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Gesundheitsexperte: Dietrich Monstadt

Er ist noch in Fahrt, das ist Dietrich Monstadt anzuhören. Seit den frühen Morgenstunden berät das Plenum über Lockerungsmaßnahmen und Wirtschaftspolitik im Lockdown – die Pandemie diktiert bis in die Mittagstunden hinein die Agenda. Nun ist Monstadt, 63, CDU-Abgeordneter aus dem Wahlkreis Schwerin-Ludwigslust, zurück im Büro. „Da gibt es viel Gesprächsbedarf aus dem Wahlkreis“, sagt er am Telefon. „Private Testzentren etwa fragen an, ob sie aus dem Markt gehen sollen“, dabei würden sie noch weiterhin gebraucht. Die von Kanzlerin Angela Merkel, den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten beschlossenen zaghaften Lockerungen der pandemiebedingten Maßnahmen erscheinen auf den ersten Blick nicht wie leicht lesbare Kost. „Wir müssen kleinteilig sein, um zu vorsichtigen Öffnungsschritten kommen zu können“, entgegnet er. Monstadt sitzt seit 2009 im Bundestag, und seitdem im Gesundheitsausschuss. „Die Kleinteiligkeit ist Ausdruck einer gewissen Flexibilität, die regionalen Umständen Rechnung trägt.“ Kann er die Kritik am Föderalismus im Schatten von Corona nachvollziehen? „Es ist nachvollziehbar, dass die Leute sich wundern, wenn in Brandenburg die Baumärkte öffnen und in Berlin schließen – was dann gewissen Reiseverkehr auslöst“, sagt er. „Wir brauchen aber regionale Verantwortungen und Einschätzungen.“ Insgesamt seien alle mit dem Föderalismus am besten bedient. „Wir sind bisher relativ gut durch die Abläufe gekommen, das lag auch am Föderalismus. Wenn mehr



© DBT/Archim/Meide

»Wir sind bisher relativ gut durch die Abläufe gekommen, das lag auch am Föderalismus.«

nächsten Haus, „ich war der Großknecht meines Vaters“, scherzt er. Das Ländliche prägte ihn, die Leidenschaft fürs Jagen, die Lust am Restaurieren von alten Autos und Traktoren. Nebenbei spielte er Wasserball, bis in die zweite Bundesliga, und Handball in der Oberliga, „zum Ausgleich“, das Studium finanzierte er sich zum Teil als Trainer. Noch immer in Bochum, begann Monstadt als Anwalt einer Kanzlei und ging dann für sie nach Schwerin, die Treu-

hand beratend. „Meine Mutter stammt aus dem Havelland, es gab bei mir immer einen Bezug zum Osten.“ Dort fand er eine neue Heimat. Das ländliche Lebensgefühl schien ihm im Schweriner Umland stärker ausgeprägt; in seiner alten Heimat rund um den Hof sei etwa an Jagen wie früher, wegen der fortschreitenden Zersiedelung, kaum mehr zu denken. Monstadts Vater war CDU-Mitglied, die Familie „konservativ-protestantisch-unternehmerisch“ geprägt. In Schwerin trat Monstadt auch zuerst der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) bei, bevor er das Parteibuch 1996 annahm. Es folgten kommunale Engagements wie im Kreisvorstand. Dann 2009 die Frage, wer im Wahlkreis für den Bundestag kandidiert. „Die Region ist eher sozialdemokratisch, da war die Schar derer, die sich für den Wahlkreis bewarben, überschaubar.“ Man fragte ihn. Und er gewann 2009 überraschend. „Der Wahlkreis vereint Land und Stadt“, erklärt er, „vielleicht bin ich bei beidem vermittelbar.“ Verteidigt bei den Wahlen hat er ihn bis heute. Monstadt ist auch Berichterstatter der Unionsfraktion für Diabetes und Adipositas. „Zucker ist gefährlicher als Rauchen“, fasst er zusammen. Monstadt ist selbst Diabetiker, als er 2009 in den Bundestag einzog, „wurde das Krankheitsbild noch runtergespielt, heute ist es in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückt“ – ein Stück weit auch dank seiner Arbeit: Sechs Jahre hatte er mit an einer nationalen Diabetesstrategie gearbeitet, die das Parlament im vorigen Jahr verabschiedete. Aber noch, sagt er, gebe es viel zu tun. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
N. N.

**Stellvertretender Chefredakteur**  
Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

**Verantwortliche Redakteure**  
Lisa Brübler (lbr)  
Claudia Heine (che)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kirstina Pezzer (pez)  
Sören Christian Reimer (scr) Cvd  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionsschluss**  
5. März 2021

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

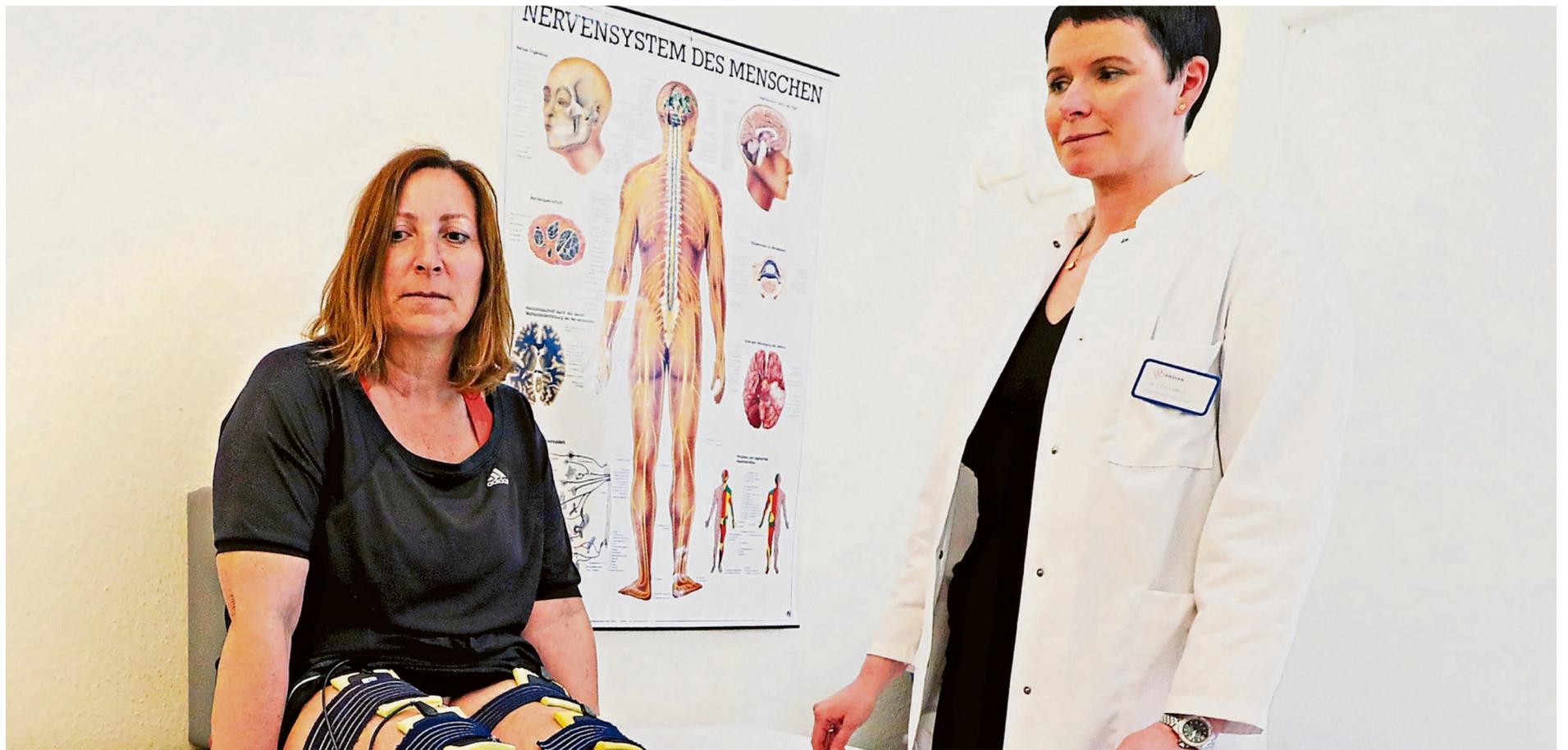
**Leserservice/Abonnement**  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Dessenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail:  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition**  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Dessenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: [faiz-com-anzeigen@intime-media-services.de](mailto:faiz-com-anzeigen@intime-media-services.de)



„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.



Die Internistin Jördis Frommhold (rechts), Chefarztin an der Median-Reha-Klinik in Heiligendamm, behandelt Patienten, die unter Langzeitfolgen einer Coronainfektion leiden.

© picture-alliance/dpa/ZB/Bernd Wüstneck

# Aus der Bahn geworfen

**LONG-COVID** Mediziner sehen mit Sorge auf die möglichen Langzeitfolgen einer Coronainfektion

**D**as Virus werde irgendwann einfach „verschwinden“, orakelte US-Präsident Donald Trump zu Beginn der Coronakrise 2020 und ignorierte damit alle Warnungen von Virologen. Vor allem für jene Menschen, die infiziert wurden und noch lange unter Spätfolgen litten, dürfte die präsidiale Weissagung wie Hohn geklungen haben. Mediziner haben für das Phänomen der multiplen Langzeitfolgen des neuen Coronavirus Sars-Cov-2 den Begriff Long-Covid oder Post-Covid eingeführt. Noch ist wenig bekannt darüber, wie manche Symptome entstehen, wie lange sie anhalten und wer vor allem betroffen ist, klar ist aber, sie verschwinden genauso wenig wie das Virus selbst einfach so, sondern können im schlechtesten Fall sogar ein Dauerbegleiter werden.

**»Ich bin Zuschauer in meinem eigenen Leben.«**

Patient mit Long-Covid

**Neue Studien** In den vergangenen Monaten sind mehrere Studien veröffentlicht worden, die das Phänomen in den Grundzügen gut beschreiben. Nach einer überstandenen akuten Infektion leiden die Betroffenen weiter unter bestimmten Symptomen, die ihre Leistungsfähigkeit merklich, manchmal auch ganz erheblich beeinträchtigen. Wenn also unterschieden wird in akute Fälle und Genesene, ist das möglicherweise zu optimistisch, weil es auch Menschen gibt, die sich mit dem Virus infiziert haben und anschließend weiterhin krank sind, bisweilen sogar arbeitsunfähig.

Wie häufig diese Fälle auftreten, ist nicht bekannt, denn eine Meldepflicht gibt es nicht, in vielen Fällen dürfte der Bezug zur Virusinfektion auch gar nicht erkannt werden oder tatsächlich unklar sein. Wer unter Long-Covid leidet, ist jedenfalls nicht gesund. Einige Betroffene beklagen jedoch, mit ihren spezifischen gesundheitlichen Problemen von Ärzten nicht ernst genommen zu werden. Tatsächlich ist die Faktenlage noch dünn, es fehlen klare Diagnosen und spezielle Therapien. In vielen Fällen klingen die Beschwerden nach einiger Zeit von selbst ab, in anderen Fällen aber nicht.

**Drastische Folgen** Die Studien deuten auf bestimmte Ähnlichkeiten im Verlauf der Folgekrankheiten hin. So klagen viele Patienten über das Ermüdungssyndrom (Fatigue), anhaltende körperliche Schwäche und Schmerzen, die Kennzeichen sind aber sehr vielfältig und treten oft auch in einer Kombination auf. Auffällig ist zudem, dass nicht nur Patienten mit schweren Verläufen betroffen sind, sondern auch jüngere Menschen, denen die akute Virusinfektion zu nächst nicht so übel mitgespielt hat, die al-

so nicht in einem Krankenhaus versorgt werden mussten. In sozialen Netzwerken und anderen Medien haben Betroffene ihre Erfahrungen und Probleme mit Long-Covid öffentlich gemacht, darunter Menschen, die vor der Erkrankung ausgesprochen sportlich, kräftig und aktiv waren und anschließend aus der gewohnten Lebensbahn geschleudert wurden und ihren Alltag komplett umstellen mussten, weil sie nicht mehr genügend Kraft hatten und sich eine Besserung auch nicht abzeichnete.

**Harte Schicksale** So berichtete ein 41 Jahre alter Mann, der eine Firma erfolgreich aufgebaut hat, nach einer schweren Corona-Infektion über eine ausgeprägte körperliche Schwäche, Schmerzen sowie gravierende Konzentrations- und Gedächtnisprobleme. Der Unternehmer kann sich nach eigenen Angaben oft an Gesprächsinhalte nicht mehr erinnern, das Kurzzeitgedächtnis streikt, die Corona-Folgekrankheit hat ihn für längere Zeit berufsunfähig gemacht. Der Mann befiel: „Ich bin Zuschauer in meinem eigenen Leben.“

Eine Ärztin, die von sich selbst sagt, sie habe ein fotografisches Gedächtnis gehabt, hat nach einer Corona-Infektion ihre Merkfähigkeiten eingebüßt und konnte es nicht glauben. Auch sie war vorübergehend berufsunfähig und musste mit einem Spezialtraining ihre Körperkoordination erst wieder aufbauen. Sogar unter Leistungssportlern sind inzwischen Fälle bekannt geworden, bei denen

der Körper nach scheinbar überstandener Infektion plötzlich ungeahnte Schwächen auch Kinder. In Großbritannien haben Betroffene eine Homepage ([www.longcovid-kids.org](http://www.longcovid-kids.org)) freigeschaltet, auf der sie über das Phänomen informieren. Ihre Botschaft: „Mit Long-Covid bist du immer noch krank, nach vielen Monaten, du fühlst dich schlecht und du weißt nie, wie du dich fühlen wirst, wenn du aufwachst.“ Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN) fordert eine gezielte Nachsorge für Corona-Patienten. Neben dem Fatigue-Syndrom beobachten die Neurologen vermehrt Muskel- und Gelenkschmerzen sowie gestörte oder fehlende Geruchs- und Geschmackssinne. Darüber hinaus werden häufig Atemnot, Schlafstörungen, Angstzustände, Depressionen und Kopfschmerzen diagnostiziert. Beobachtet wird öfter auch Haarausfall, zudem können Haut und Organe angegriffen werden.

**Betroffene Kinder** Von Spätfolgen einer Corona-Infektion betroffen sein können auch Kinder. In Großbritannien haben Betroffene eine Homepage ([www.longcovid-kids.org](http://www.longcovid-kids.org)) freigeschaltet, auf der sie über das Phänomen informieren. Ihre Botschaft: „Mit Long-Covid bist du immer noch krank, nach vielen Monaten, du fühlst dich schlecht und du weißt nie, wie du dich fühlen wirst, wenn du aufwachst.“ Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN) fordert eine gezielte Nachsorge für Corona-Patienten. Neben dem Fatigue-Syndrom beobachten die Neurologen vermehrt Muskel- und Gelenkschmerzen sowie gestörte oder fehlende Geruchs- und Geschmackssinne. Darüber hinaus werden häufig Atemnot, Schlafstörungen, Angstzustände, Depressionen und Kopfschmerzen diagnostiziert. Beobachtet wird öfter auch Haarausfall, zudem können Haut und Organe angegriffen werden.

**Kombinierte Symptome** Eine Auswertung von 180 Covid-Patienten auf den Färöer-Inseln ergab laut DGN, dass mehr als die Hälfte der Betroffenen vier Monate nach

Erkrankungsbeginn noch mindestens ein Symptom aufwies, ein Drittel kam auf zwei Symptome und rund 20 Prozent litten sogar unter drei Symptomen. In einer Schweizer Studie ist von persistierenden Symptomen bei einem Drittel von 669 nicht stationär behandelten Covid-Patienten die Rede. Diese Patienten hatten einen milden Verlauf und waren im Schnitt rund 43 Jahre alt. Die verschiedenen Studien weisen darauf hin, dass ein Risiko für Langzeitfolgen umso größer ist, je schwerer zuvor der Verlauf der Covid-Erkrankung war.

**Atmen lernen** Therapiert werden Patienten mit Long-Covid beispielsweise in der Rehaklinik Median in Heiligendamm an der Ostseeküste. Die Klinik ist auf Atemwegserkrankungen, Allergien und Psychosomatik spezialisiert und befasst sich nun auch mit den Folgeerkrankungen des Coronavirus. Seit April 2020 sind in der Klinik rund 400 Patienten mit Long-Covid behandelt worden. Nach Angaben von Chefarztin Jördis Frommhold müssen manche Patienten erst wieder lernen, Treppen zu steigen und gut Luft zu bekommen. Die Leistungsfähigkeit mancher Patienten sei stark reduziert. In der Reha werden Atemübungen, Ausdauer-, Koordinations- und Krafttraining angeboten sowie psychologische Hilfe. Laut Frommhold sind die meisten Patienten im Alter zwischen 35 und 65 Jahren, behandelt würden Patienten aus ganz Deutschland. Frommhold vermutet hinter Long-Covid eine Autoimmunreaktion. Dabei greift das Immunsystem eigene Zellen oder Organe an. Es seien nach einer Corona-Erkrankung schon entsprechende Antikörper gefunden worden.

**Covid-Sprechstunden** Inzwischen wird das Phänomen gezielt erforscht, einige Universitätskliniken bieten eine Post-Covid-Sprechstunde an, dort können Betroffene ihre Lage schildern, etwa in Köln, Aachen, an der Berliner Charité oder in Homburg im Saarland. Mediziner ordnen die Symptome ein und geben Empfehlungen für eine Therapie. Kathrin Reetz von der neurologischen Klinik der Universität Aachen empfiehlt Betroffenen, ein Symptomtagebuch zu führen, um sich selbst und den Ärzten konkrete Hinweise über den Verlauf der Beschwerden zu geben. Auch an der Universität Würzburg befassen sich Forscher mit den chronischen Folgeerkrankungen der Covid-Erkrankung. Dazu wurde im vergangenen Jahr das Projekt COVIDOM ins Leben gerufen mit Studienzentren in Berlin, Kiel und Würzburg. Erforscht werden Art und Häufigkeit von

Folgeerkrankungen nach einer Corona-Infektion, Symptome, ihre Dauer und mögliche Langzeitschäden. Die untersuchten Patienten sollen von den Ergebnissen unmittelbar profitieren. Im Netzwerk Universitätsmedizin (NUM) werden Diagnostik- und Behandlungsstrategien der deutschen Universitätskliniken zusammengeführt und ausgewertet, um zu einer möglichst optimalen Versorgung von Covid-19-Erkrankten beizutragen. Covid-19 wird nun nicht mehr nur als primär akute Lungenkrankheit eingestuft, sondern als multisystemische Erkrankung, wobei die Mediziner auch die Langzeitfolgen von Covid-19 im Blick haben.

**Organschäden** Neben der Lunge können diverse weitere Organe durch eine Corona-Infektion in Mitleidenchaft gezogen werden und zu chronischen Folgeerkrankungen führen. So wiesen Forscher der Universitätsklinik Ulm nach, dass bei einer Covid-Erkrankung auch die Bauchspeicheldrüse angegriffen werden kann. Bei bestimmten schweren Krankheitsverläufen können die sogenannten Beta-Zellen der Pankreas infiziert werden, die für die Insulinproduktion zuständig sind.

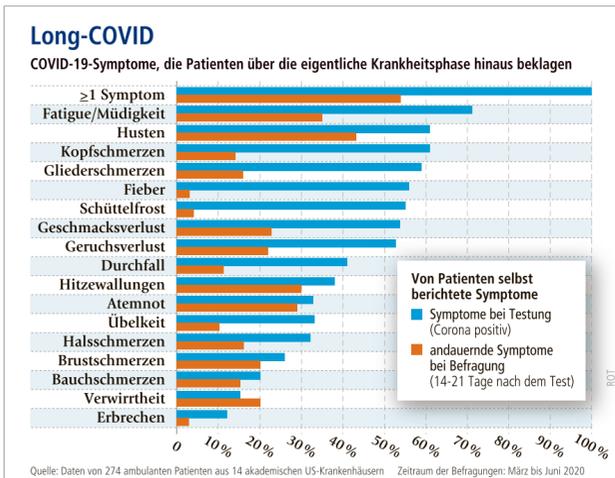
Manche Covid-Patienten zeigen diabetesähnliche Symptome, die Regulierung des Blutzuckerspiegels ist gestört. Die Ulmer Forscher berichten von Symptomen wie Hyperglykämie, also Überzuckerung, und Ketoazidose, Übersäuerung des Blutes. Studien belegen den Angaben zufolge zudem einen verschlechterten Stoffwechsel bei infizierten Diabetikern sowie Fälle von neu auftretender Diabetes bei überstandener Covid-Erkrankung. Nach Aussage der Uniklinik Ulm betreffen schwere Covid-Verläufe nicht nur die Atemwege, den Verdauungstrakt, das Herz-Kreislauf-System und das Nervensystem, sondern eben auch den Stoffwechsel. Belastbare epidemiologische Daten zur Häufigkeit der Langzeitbeschwerden liegen nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) derzeit noch nicht vor. Aus den Erfahrungen der Post-Covid-Ambulanz am Universitätsklinikum Jena ergebe sich, dass bei 50 bis 60 Prozent der stationär behandelten Corona-Patienten und bei rund 20 Prozent der nicht im Krankenhaus behandelten Fälle mit Long-Covid-Symptomen unterschiedlicher Schwere zu rechnen sei, teilte die Gesellschaft auf Anfrage mit. Unklar ist laut DGIM in vielen Fällen, ob die Beschwerden tatsächlich Covid-19-spezifisch sind oder die Schwere des allgemeinen Krankheitsbildes widerspiegeln. So seien von Patienten mit einer Sepsis (Blutver-

giftung), die auf Intensivstationen behandelt würden, ähnliche symptomatische Konstellationen bekannt. Somit müsse zwischen organbezogenen Folge- und Langzeitschäden sowie dem „Chronic Fatigue“ unterschieden werden. Die spezifischen Schäden seien neu und müssten fachbezogen verstanden und behandelt werden, erklärte die Fachgesellschaft, die der Politik empfahl, das Phänomen unter finanziellen und gesundheitspolitischen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Von zentraler Bedeutung sei die populationsbasierte Erfassung der Größe des Problems.

**Unklare Kosten** Zudem sei die Betreuung der Post-Covid-Patienten im Gesundheitssystem finanziell unzureichend abgebildet. Ausnahmeziffern zur Abrechnung von Laborleistungen bei Post-Corona-Patienten im ambulanten Bereich, Pauschalen für Hochschulambulanz und Schwerpunktpraxen sowie besondere Vergütungen für Rehabilitationsbehandlungen könnten das Problem der unzureichenden Diagnostik, Therapie und Rehabilitation verringern. Die Folgeerkrankungen einer Corona-Infektion schlagen schon jetzt auf die Krankenkassen durch, wie die Deutsche Krankenversicherung (DKV) in einer Auswertung von 10.000 Fällen zeigte. Covid-19-Patienten seien nach der stationären Behandlung keinesfalls gesund, teilte die Kasse im November 2020 mit. Die durchschnittlichen Leistungsausgaben pro Tag hätten sich nach der Erkrankung um mehr als 50 Prozent erhöht.

Die Auswertung habe deutlich gemacht, dass die Folgewirkungen einer Infektion „alles andere als nur ein gesundheitlicher Bagateltschaden“ seien, warnte die Kasse. Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wollte auf Anfrage keine Prognose zu den zusätzlichen Behandlungskosten abgeben. Es gebe noch keine gesicherten Erkenntnisse zu den langfristigen Auswirkungen der Infektion, hieß es. Für zusätzliche Unsicherheit in der Therapie sorgen die Corona-Mutationen, die sich rasant verbreiten und das Ursprungsvirus in absehbarer Zeit ablösen könnten. Sollte es nicht gelingen, diese aggressiven Mutanten einzudämmen, könnte es zu sehr vielen Neuinfektionen kommen. Von schweren Verläufen betroffen wären dann automatisch nicht nur ältere Menschen, sondern anteilmäßig auch viele jüngere. Je mehr schwere Verläufe es gibt, umso häufiger werden Mediziner dann auch mit Fällen von Long-Covid befasst sein.

Claus Peter Kosfeld



# Schöne neue Welt

**MEDIEN** Bundestag novelliert Jugendschutzgesetz. Opposition bewertet es als untauglich. Es löse die Probleme bei der Nutzung digitaler Medien durch Jugendliche nicht

Altersfreigaben der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) auf den Hüllen von Computerspielen.

© picture-alliance/dpa-Themendienst/Andrea Warnecke

Durchschnittlich zwei bis drei Stunden sind Deutschlands Jugendliche zwischen neun und 17 Jahren online und surfen durch die schöne neue Datenwelt. In Zeiten von Corona und Lockdown dürften der Medienkonsum eher angestiegen sein. Dort treffen sie allerdings nicht nur auf Informationen und Bildungsangebote, altersgemäße Filme oder Spiele, sondern auch auf die eher dunklen Seiten der virtuellen Welten: Überzogene Gewaltdarstellungen, Pornographie, sexuelle Belästigung oder Mobbing. So haben nach Angaben des Bundesfamilienministeriums mehr als 40 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen bereits negative Erfahrungen im Internet gemacht, 800.000 seien bereits beleidigt oder gemobbt worden, 250.000 von Erwachsenen mit dem Ziel sexueller Missbrauchs kontaktiert worden.

Seit Jahren mahnen deshalb Jugendschützer eine Anpassung des Jugendschutzes an die moderne Medienwelt an. Ein Unterfangen, das allein deshalb schon nicht so einfach ist, weil der Ausflug ins Netz die Jugendlichen in schöner Regelmäßigkeit auf die Plattformen ausländischer Plattformen führt, die dem Zugriff deutscher Gesetze praktisch entzogen sind. Am vergangenen Freitag verabschiedete der Bundestag nun den von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) vorgelegten Gesetzentwurf zur Novellierung des Jugendschutzgesetzes (19/24909) in der durch den Familienausschuss geänderten Fassung (19/27289) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD. Während die Oppositionsfraktionen der AfD und Bündnis 90/Die Grünen sich

der Stimme enthielten, votierten die FDP- und die Linksfraktion dagegen. Das Gesetz sieht unter anderem Regelungen zur Vereinheitlichung von Altersfreigaben bei Filmen, Computerspielen und anderen Medien vor. Diese sollen zukünftig unabhängig vom Vertriebsweg gelten. Zudem sollen Hinweise auf mögliche Interaktionsrisiken neben die bekannten Altersfreigaben wegen Gewaltdarstellungen oder sexuellen Darstellungen treten.

**Bundeszentrale** Die Opposition bestätigte der Bundesregierung zwar, dass eine Reform des Jugendschutzes überfällig sei, aber der Gesetzentwurf löse entscheidende Probleme nicht beziehungsweise schaffe lediglich „Doppelstrukturen und Kompetenzwirrwarr“, lautete das einhellige Votum. Unzufrieden ist die Opposition vor allem mit dem Plan, die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zu einer Bundeszentrale weiterzuentwickeln. AfD, FDP, und Linke monierten, dass diese Bundesbehörde auch für Internetangebote zuständig sei und somit der auf Ebene der Bundesländer angesiedelten „unabhängigen staatsfernen Medienaufsicht“ Kompetenzen entziehe. Zudem würden Doppelstrukturen zur Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) geschaffen, die zu Kompetenzschwierigkeiten führten, argumentierte der FDP-Abgeordnete Matthias Seestern Pauly und die Grünen-Abgeordnete Margit Stumpp. Der AfD-Parlamentarier Johannes Huber ging gar noch einen Schritt weiter und unterstellte der Regierung, sie wolle auf diesem Weg inhaltlichen Einfluss auf zukünftige Wähler ausüben. Am Beispiel der Bundeszentrale für politische Bildung zeige sich dies bereits.

Familienministerin Giffey hingegen hält die neue Bundeszentrale für unverzichtbar, um „geltendes Recht auch durchzusetzen“, auch gegenüber Anbietern im Ausland.

**Beirat** Lob gab es zumindest für die Einrichtung eines Beirates bei der Bundeszentrale, auf den sich Union und SPD geeinigt hatten und einen entsprechenden Änderungsantrag in den Ausschussberatungen eingebracht hatten. Der Beirat soll bei der Bundeszentrale in allen Fragen der Weiterentwicklung des Kinder- und Medienschutzes beraten. Dem Gremium sollen auch drei Vertreter von Jugendvertretungen angehören, zwei von ihnen sollen unter 18 Jahren sein. Norbert Müller (Linke) begrüßte diese Regelung. Er freue sich, dass die Koalition

## > STICHWORT

### Selbstkontrolle

> **FSK** Die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) vergibt Altersfreigaben für Filme, Werbefilme und Trailer, die in Deutschland verkauft oder im Kino gezeigt werden. Es existieren die Altersfreigaben für 0, 6, 12, 16 und 18 Jahre.

> **USK** Die Freiwillige Selbstkontrolle Unterhaltungssoftware GmbH (USK) vergibt analog zur FSK die Altersfreigabe für Computerspiele und Videospiele.

> **Bundesländer** Die Obersten Landesjugendbehörden übernehmen die FSK-Entscheidungen.

diesen Vorschlag aus der öffentlichen Expertenanhörung zum Gesetz aufgegriffen habe.

Auf Kritik stoßen aber auch jene Regelungen, mit denen Jugendliche zukünftig besser vor glückspielähnlichen Mechanismen oder Anreizen für eine exzessive Mediennutzung geschützt werden sollen. Dafür sollen unter anderem die Anbieter von Medien- und Kommunikationsplattformen zu Vorsorgemaßnahmen verpflichtet werden. Allerdings, so bemängelte Müller, gelte dies erst ab einer Nutzerzahl von einer Million. Im Gesetztext sei aber nicht definiert, auf welche Bezugsgröße sich diese Zahlenangabe beziehe. Dadurch werde eine Hintertür groß wie ein Scheunentor geschaffen, um die Vorgaben zu unterlaufen.

Der FDP hingegen gehen diese Regelungen zu weit. Nach ihrer Ansicht werden durch die Vermischung von Inhalt und neuen technischen Erweiterungen Medieninhalte kritischer in der Altersbewertung und eine gesicherte einheitliche Bewertung nicht mehr möglich.

**Deskriptoren** Nadine Schön (CDU) und Svenja Stadler (SPD) verteidigten das Gesetz. Der bereits gute Entwurf des Ministeriums sei durch die Änderungen während der Beratungen noch einmal verbessert worden, sagte Stadler. Zu diesen Änderungen gehören unter anderem Regelungen über sogenannte Deskriptoren zu Interaktionsrisiken, die die bisherigen Altersfreigaben, die sich vor allem auf inhaltliche Kriterien wie die Darstellung von Gewalt oder Sexualität beziehen, ergänzen. Dies gebe sowohl den Eltern als auch den Jugendlichen zusätzlich Orientierung, sagte Schön. *Alexander Weinlein*

## Jahrhundertwerk beschlossen

**RECHT** Bundestag beschließt weitreichende Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen nahm der Bundestag am vergangenen Freitag den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts an (19/24445). Teile der auch als „Jahrhundertwerk“ bezeichneten umfangreichen und komplexen Vorlage, mit denen die Rechte der Betroffenen gestärkt werden sollen, waren auch von der Opposition begrüßt worden. Einig waren sich die Fraktionen der AfD, der FDP, der Linken und der Grünen jedoch in der Ablehnung der im Entwurf enthaltenen Regelungen zum Ehegattenvertretungsrecht. Während sich AfD, Linke und Grüne in der Schlussabstimmung über den Entwurf in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (19/27287) enthielten, stimmte die FDP-Fraktion dagegen. Ein Antrag der Liberalen, mit dem die selbstbestimmte Vorsorge in Gesundheitsangelegenheiten gestärkt werden sollte (19/24638), und ein Entschließungsantrag der Grünen wurden abgelehnt.

**Ziele der UN-Konvention** Aus der Sicht der SPD setzt der Entwurf das Selbstbestimmungsrecht der betreuten Menschen gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention um und ist ein bedeutsames gesellschaftliches Reformprojekt. Wichtige Erfolge seien unter anderem, dass zeitnah zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2023 niedrighaltige Beratungs- und Beschwerdestellen eingerichtet werden, dass keine Sterilisation mehr gegen den Willen der betreuten Frau angeordnet werden darf und dass eine Betreuung nicht mehr als Begründung für die Wegnahme eines Kindes ausreicht. Auch die Betreuungsvereine sowie die barrierefreie Kommunikation würden gestärkt.

Aus der Union hieß es zum umstrittenen Thema Ehegattenvertretungsrecht, man habe sich darüber lange mit dem Koalitionspartner ausgetauscht. Nach Auffassung von CDU/CSU sei der Ehepartner oder die Ehe-

partnerin im Zweifel die Person, die am ehesten über die Belange des anderen Partners entscheiden kann, wenn dieser dazu nicht in der Lage ist. Die Union halte dies für den richtigen Weg, und so sei es auch im Entwurf normiert worden.

Die Grünen sprachen von einer überfälligen systematischen Neufassung. Grundsätzlich hätte man sich eine Zustimmung zu dem Gesetz vorstellen können, dagegen spreche aber die Beibehaltung des Ehegattenvertretungsrechts. Anstatt diese Passage zu streichen, werde es von drei auf sechs Monate verlängert. Es sei anfällig für Missbrauch, so könne ein Arzt nicht wissen, ob eine Ehe noch bestehe oder die Partner getrennt leben.

**Rechte der Ehepartner** Die FDP bedauerte, dass es der Regierung trotz Verbesserungen an vielen Stellen nicht gelungen sei, einen zustimmungsfähigen Entwurf vorzulegen. Die Einführung des Ehegattenvertretungsrechts in Krankheitsfällen schwäche das individuelle Selbstbestimmungsrecht der Ehepartner so massiv, dass eine Zustimmung oder eine Enthaltung für die FDP-Fraktion untragbar wäre. Auch die Linksfraktion und die Fraktion der AfD erteilten dem Gesetz wegen dieser Regelung eine Absage. Beide Fraktionen bezeichneten die Vorsorgevollmacht als den besseren Weg. Für Die Linke fehlt im Entwurf auch eine bessere Unterstützung für die wichtige Berufsgruppe der Betreuer.

In einer öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses hatten sich die Sachverständigen überwiegend positiv zu der Vorlage geäußert. Laut Entwurf ist das Vormundschaftsrecht durch zahlreiche Ergänzungen und Änderungen unübersichtlich geworden und bildet die aktuelle Praxis nicht zu treffend ab. Im Betreuungsrecht sei das Gebot größtmöglicher Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen im Vorfeld und innerhalb der rechtlichen Betreuung nicht durchgängig zufriedenstellend verwirklicht. *Michael Wojtek*

## Fundamentale Fragen

**FAMILIE** Linke will Schwangerschaftsabbruch legalisieren

Von einem „Aufregertema“ zu sprechen, wäre bei der Frage des strafrechtlichen Umgangs mit Schwangerschaftsabbrüchen untertrieben: Die Würde des Menschen, das Recht auf Leben, das Selbstbestimmungsrecht der Frau, das Menschenbild des Staates – alles fundamental, und nicht nur einmal hat der Bundestag dazu große, leidenschaftliche Debatten geführt.

Vergangene Woche befassten sich die Abgeordneten erstmals mit einem Linken-Antrag (19/26980), Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren. Dazu soll die Bundesregierung laut Vorlage einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Paragraphen 218, 218a, b und c sowie 219, 219a und b zum Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafrecht gestrichen werden und der auch das Schwangerschaftskonfliktgesetz ersetzt. Zudem sollen die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel und operative Eingriffe zur Empfängnisverhütung ohne Alters- und Indikationseinschränkungen durch die Gesetzliche Krankenkasse (GKV) übernommen werden. Ferner sollen dem Antrag zufolge die Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge durch die GKV im Fünften Sozialgesetzbuch geregelt werden. Darüber hinaus spricht sich Die Linke dafür aus, dass die Kosten für medizinische Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft auch unter Verwendung von Spendensamen für Menschen mit ungewollter oder medizinisch begründeter Kinderlosigkeit ebenfalls übernommen werden.

Cornelia Möhring (Linke) betonte, Menschen sollten sich frei für eine Schwangerschaft entscheiden können, doch müsse auch eine „Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen möglich sein“. Gülüstan Yüksel (SPD) sagte, Schwangerschaftskonflikte gehörten nicht ins Strafrecht. Alle Menschen müssten ohne Bevormundung und unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Situation über ihre Familienplanung und ihr Sexualleben selbst entscheiden können. Ulle Schauws (Grüne) kritisierte, Frauen werde bei einer ungewollten Schwangerschaft die Entscheidung nicht selbst überlassen. Zum Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper zähle auch „ein selbstbestimmter Schwangerschaftsabbruch, der nicht im Strafgesetzbuch geregelt wird“. Sylvia Pantel (CDU) warf der Linken vor, Schwangerschaftsabbrüche wie jede andere medizinische Leistung behandeln zu wollen. Mit ihrem Antrag kündigte Die Linke die Fristenlösung auf und stelle sich gegen die Verfassungsordnung. Beatrix von Storch (AfD) sagte, Die Linke wolle „Abtreibungen ohne Einschränkungen legalisieren – keine Beratung, keine Indikation, keine Fristenlösung –, also Abtreibungen bis fünf Minuten vor der Geburt“. Auch Katrin Helling-Plahr (FDP) kritisierte, Die Linke wolle „Abtreibungen bis zum letzten Tag, ohne medizinische Begründung, ohne Wenn und Aber.“ Das sei „offenkundig verfassungswidrig und ethisch wie politisch untragbar“. *Helmut Stoltenberg*

## »Die ständige Angst, entdeckt zu werden«

**VERTEIDIGUNG** Homosexuelle Soldaten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee sollen rehabilitiert und entschädigt werden für Benachteiligungen

Rund 20 Jahre nach der Öffnung der Bundeswehr für Homosexuelle wird all jenen Soldaten ein Stück Gerechtigkeit widerfahren, die wegen ihrer sexuellen Identität verurteilt, aus dem Dienst entlassen oder anderweitig dienstlich benachteiligt wurden. Auch wenn der von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) vorgelegte Gesetzentwurf am vergangenen Freitag erst in erster Lesung beraten wurde und noch verabschiedet werden muss, gilt dies bereits als gesichert. In der Debatte zeichnete sich eine sehr große Zustimmung durch alle Fraktionen zu dem Unter-

fangen an. In den Genuss der Rehabilitation und Entschädigung sollen auch alle Angehörigen der Nationalen Volksarmee kommen, die in der ehemaligen DDR unter Diskriminierung und Benachteiligung zu leiden hatten.

**Aufhebung von Urteilen** Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass alle wehrdienstrechtlichen Verurteilungen von Soldaten in beiden deutschen Armeen wegen ihrer homosexuellen Orientierung, wegen einvernehmlichen homosexuellen Handlungen oder wegen ihrer geschlechtlichen Identität per Gesetz außer Kraft gesetzt werden. Alle anderen Benachteiligungen sollen per Verwaltungsakt als Unrecht eingestuft werden. Die Betroffenen sollen pauschal eine Geldentschädigung in Höhe von je 3.000 Euro für jede aufgehobene Verurteilung sowie

einmalig für dienstliche Benachteiligungen erhalten. Bis zum Jahr 2000 seien Soldaten wegen ihrer Homosexualität „systematisch dienstrechtlich benachteiligt“ worden, heißt es in der Gesetzesbegründung. Mit Erlass des Verteidigungsministeriums vom 13. März 1984 seien diese Benachteiligungen, die bis zur Entlassung führen konnten, nochmals im Einzelnen festgelegt worden. Die Soldaten in der Nationalen Volksarmee seien ebenfalls solchen Benachteiligungen ausgesetzt gewesen.

Erst mit der Aufhebung des Erlasses zur Personalführung homosexueller Soldaten durch den damaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) am 3. Juli 2000 wurde die institutionelle Diskriminierung Homosexueller bei der Bundeswehr beendet. Der Umgang der Bundeswehr mit Homosexualität resultierte aus den im Nachkriegsdeutschland verbreite-

ten Moralvorstellungen und dem bis 1969 gelten Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches, der Sex unter Männern selbst dann hart bestrafe, wenn er einvernehmlich stattfand. Die Bundesregierung rechnet in den kommenden fünf Jahren mit etwa 1.000 Rehabilitationsverfahren und Gesamtkosten von rund sechs Millionen Euro.

Das Verteidigungsministerium hatte für das Gesetzesvorhaben eine wissenschaftliche Studie beim Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Auftrag gegeben. Nach drei Jahren intensiver Studien und 60 Interviews mit Zeitzeugen legte die Forschungseinrichtung die mehr als 400 Seiten umfassende Studie „Tabu und Toleranz“ von Oberstleutnant Klaus Storkmann Mitte September vergangenen Jahres vor. „Zeitzeugen berichteten eindrucksvoll von dem hohen psychischen

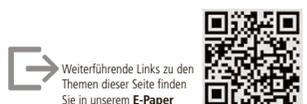


Oberstleutnant Storkmann bei der Vorstellung der Studie „Tabu und Toleranz“ im Verteidigungsministerium im September 2020.

© picture-alliance/dpa

Druck, unter dem sie als homosexuell orientierte Soldaten dienten. Die ständige Angst, entdeckt zu werden“, habe auch ihr Privatleben eingeschränkt sagte Storkmann

bei der Vorstellung der Studie. Die Toleranz bei den Kameraden sei wesentlich größer gewesen als die Vorschriften erlaubten. *aw*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Sie arbeiten unter extremen Bedingungen und erhöhter Ansteckungsgefahr: Krankenpflegerinnen auf einer Corona-Station.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

# Frauen in der Krise

**DEBATTE** Frauen dürfen nicht zu Verlierern der Corona-Pandemie werden, lautet die Warnung im Bundestag

**K**urz vor Beginn der jährlichen Frauentags-Debatte im Bundestag lieferte das Statistische Bundesamt am vergangenen Freitag frische Zahlen, die ein Bild bestätigen: Frauen müssen während der Corona-Krise nicht nur den Spagat zwischen Kindern und Arbeit unter verschärften Bedingungen wuppen. Sie arbeiten auch überproportional häufig in Berufen mit einem hohen Ansteckungsrisiko und einer durch die Pandemie verstärkten Dauerbelastung. Demnach sind im Lebensmittel-Einzelhandel 80 Prozent der Beschäftigten Frauen, in der Altenpflege und in Erziehung und Sozialarbeit lag der Frauenanteil bei rund 84 Prozent. Doch damit nicht genug: Frauen arbeiten außerdem häufig in Branchen, die durch die Pandemie in eine Krise gestürzt worden sind, wie im Hotel- und Gastgewerbe (64 Prozent).

**»Das letzte Jahr war hart für alle, aber für Frauen war es besonders hart.«**

Nadine Schön (CDU)

greifend. Ob es um die schlechtere Bezahlung, vor allem in sozialen Berufen, um die Situation im Homeoffice mit Home-schooling oder um die steigenden Fallzahlen häuslicher Gewalt ging: All diese Themen zeigten, wie sehr sich die aktuelle Pandemie-Situation auf das Leben von Frauen auswirkt, oft nicht zu ihrem Besten, wie viele Rednerinnen feststellten.

Katja Mast (SPD) sagte: „Wir brauchen Gleichstellung gerade jetzt. Frauen haben im Homeoffice nicht die gleichen Bedingungen wie Männer. Die Pandemie verstärkt alte Rollenverteilungen. Frauen verdienen strukturell immer noch weniger als Männer. Frauen stehen in der Krisenverantwortung in erster Reihe, aber leider nicht, wenn es um Führungsverantwortung in der Wirtschaft geht.“ Diese Muster müssten endlich durchbrochen werden.

Mariana Harder-Kühnel (AfD) kritisierte die ihrer Ansicht nach „untragbare Abwertung“ häuslicher Familienarbeit durch alle jene, die einen „Rückschritt“ für die Freiheiten der Frauen beklagen. In der Tat gebe es Rückschritte bei Freiheiten, etwa wenn Frauen nicht mehr allein joggen gehen könnten oder Angst haben müssten,

zwischenverheiratet zu werden. „Dass diese Freiheiten in Gefahr sind, liegt an Ihrer Politik der ungebremsten Migration“, warf Harder-Kühnel der Bundesregierung vor.

**Arbeit neu denken** Nadine Schön (CDU) betonte: „Frauen in der Krise, das sind die Superheldinnen, die Arbeit, Kinder, Haushalt und Pflege miteinander vereinbaren. Das sind die, die wir beklatschen, das sind die, die im Homeoffice ausgebremst sind und sich derzeit kaum noch auf lukrative Stellen bewerben. Das sind die Minijobberinnen, die kein Kurzarbeitergeld bekommen.“ Sie forderte: „Lasst uns Arbeit neu denken, Vereinbarkeit möglich machen, nicht mit starren Modellen, sondern mit Kreativität und Flexibilität.“

Nicole Bauer (FDP) sagte: „Wir Frauen wollen unsere Zukunft in der Politik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und vielen anderen Bereichen mitgestalten. Nicht die Frauen sind es, die sich anpassen müssen an längst Überholtes. Es liegt an uns als Gesellschaft, als Parlament, als Arbeitgeber, neue Rahmenbedingungen für faire, beste Startchancen zu setzen. Denken wir also neu, denken wir für ein Miteinander in Vielfalt, für einen Kulturwandel in Parteien und Unternehmen.“

Cornelia Möhring (Die Linke) betonte, auch heute seien es die politische Rechte und konservative Kreise, die Gleichstellung in dem Moment ablehnten, wo sie die ei-

gene Macht bedrohe. „Der Widerstand gegen die Parität, der Widerstand gegen die Quote zeugt davon“, sagte sie und zog ein grundsätzliches Resümee: „Solange Frauen nicht das Recht haben, über den Abbruch oder das Austragen einer Schwangerschaft selbst zu entscheiden, wird es keine wirkliche Gleichberechtigung geben.“ Ulla Schauws (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, die Pandemie zeige schmerzhaft, dass der Weg zur Gleichberechtigung noch weit sei. Die Regierung habe aber keinen Plan, wie sie verhindern möchte, dass Frauen zu Verlierern der Krise werden, kritisierte sie. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben in vielem ein Umset-

zungsproblem“, stellte sie fest. So seien beispielsweise die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch längst überfällig. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) wollte die Kritik nicht so stehen lassen. Diese Bundesregierung habe zum ersten Mal überhaupt eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie verabschiedet. Natürlich gebe es noch „Entwicklungs-spezifische, das ist gar keine Frage“. Dazu gehören laut Giffey die Aufwertung der sozialen Berufe, bessere Arbeitsbedingungen, die Entgeltgleichheit und der Kampf gegen Gewalt an Frauen. *Claudia Heine*

## STICHWORT

### Berufstätigkeit von Frauen

**> Berufstätigkeit** Im Jahr 2019 waren drei von vier Müttern (74 Prozent) mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren erwerbstätig. 2009 lag die Quote noch bei 66 Prozent.

**> Verdienste** Der Verdienstunterschied (unbereinigter Gender Pay Gap) zwischen Frauen und Männern lag bei 19 Prozent. Der bereinigte Gender Pay Gap lag bei rund sechs Prozent.

**> Strukturen** 71 Prozent dieser Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass Frauen in schlechter bezahlten Branchen und Berufen arbeiten und seltener in Führungspositionen.



© picture-alliance/dpa/empics/ste Giddens

## Den Finger in der Wunde

**MENSCHENRECHTE** Fraktionen sehen auch in Deutschland Defizite

Rüstungsexporte an Kriegsunterstützer, mangelhafte Unterbringung wohnungsloser Menschen, unzureichende Achtung von Sorgfaltspflichten in der Wirtschaft – immer wieder legt das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mit seinen Berichten zur Menschenrechtssituation in Deutschland den Finger in die Wunde. Sein fünfter Bericht macht da keine Ausnahme: Die Menschenrechtsexperten kritisieren unter anderem die Abschiebepolitik. Erkrankte Menschen dürften nicht abgeschoben werden, wenn sich dadurch ihr Gesundheitszustand gravierend verschlechtert oder ihr Leben gefährdet sei, schreiben die Experten – und doch passiert es. Auch wirft ihr Bericht ein Schlaglicht auf die mangelnde Inklusion im Bildungssystem: Jugendlichen mit Behinderungen werde der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt oft verwehrt, weil sie überwiegend keine reguläre Ausbildung mit anerkannten Abschlüssen absolvieren könnten. Mit Deutschlands menschenrechtlichen Verpflichtungen sei das nicht vereinbar.

**»Zu oft wurde die Diskussion hinter verschlossenen Türen geführt.«**

Gyde Jensen (FDP)

Im Bundestag löste der Bericht (19/24971), der am vergangenen Donnerstag mit dem parallel vorgelegten Jahresbericht des Instituts (19/24970) beraten wurde, kontroverse Reaktionen aus: Frank Schwabe (SPD) dankte dem Institut für den Fingerzeig auf die Abschiebepolitik von erkrankten Asylbewerbern. Selbstkritisch erinnerte er an Diskussionen im Parlament darüber und den dabei geäußerten Vorwurf der Vortäuschung von Krankheiten, um eine Abschiebung zu verhindern. „Möglicherweise sind wir dabei über das Ziel hinausgeschossen“, gestand Schwabe ein und mahnte, die vom Institut geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken ernst zu nehmen.

Jürgen Braun (AfD) hingegen warf dem Institut vor, Menschenrechtsverstöße zu verschweigen. Die „massiven und flächendeckenden“ Grundrechtseinschränkungen in der Corona-Pandemie kämen in dem Bericht ebenso wenig zur Sprache wie Kritik am Netzwerkdrucksetzungsgesetz, das die Meinungsfreiheit im Internet verletze. Auch Straftaten gegen Christen würden ignoriert.

Matthias Zimmer (CDU) betonte, die Idee der universellen Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg verpflichte: „Nie wieder soll es passieren, dass das Recht, Rechte zu haben, negiert wird.“ Deutschland erhebe seine Stimme gegenüber Menschenrechtsverletzungen weltweit und habe auch die Lage zu Hause kritisch im Blick. Gyde Jensen (FDP) hielt der Regierung vor, das Parlament in der Debatte um Grundrechtseingriffe zur Pandemiebekämpfung nicht genügend beteiligt zu haben: „Viel zu oft wurde die Diskussion hinter geschlossenen Türen geführt.“ Das Menschenrechtsinstitut habe klargestellt, dass der Bundestag nicht einfach nur anschließend informiert, sondern „sichtbar mit eingebunden“ werde müsse, so die Abgeordnete. Dieser Kritik schloss sich Zaklin Nastic (Linke) an: Solch „fundamentale“ Grundrechtsbeschränkungen müssten öffentlich im Parlament entschieden werden, forderte sie. Zudem warf sie der Regierung vor, durch ihren Sparkurs das Menschenrecht auf soziale Sicherheit ausgehöhlt zu haben. Margarete Bause (Grüne) lobte das DIMR als „wichtiges Korrektiv“. Sie warb dafür, das Institut mehr einzubinden und besser auszustatten: „Machen wir es sichtbar, stärken wir es – und damit unsere Menschenrechtspolitik.“ *Sandra Schmid*

## »Das Ganze hat System«

**AKTUELLE STUNDE** Breite Kritik an Maskendeals von Unionsabgeordneten

Britta Haßelmann (Grüne) zeigte sich erschüttert. Während die Menschen, die Unternehmen, Selbstständige und Kulturschaffende unter der Pandemie litten, bereicherten sich Abgeordnete der Union an der Vermittlung von Maskendeals. „Es reicht“, befand die Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion vergangene Woche während einer Aktuellen Stunde. Es gehe längst nicht mehr nur um Transparenz und die Offenlegung von Lobbyarbeit. „Es geht um das Vertrauen in und das Ansehen von Politik“, sagte sie. Die Maskenaffäre in der Union nehme immer größere Züge an. Es gehe dabei nicht um Einzelfälle. „Das Ganze hat System.“ CDU und CSU stünden nun in der Verantwortung, „diesen schwarzen Filz aufzuklären“, sagte Haßelmann. Patrick Schnieder (CDU) betonte, das Verständnis seiner Fraktion sei es, „dass wir als Abgeordnete diesem Land dienen“, statt den Eindruck zu erwecken, in Notsituationen durch Geschäfte mit Masken „unanständig zu verdienen“. Die Vorwürfe, die gegen einige seiner Fraktionskollegen erhoben

worden seien, „wiegen schwer“. Er habe die Erwartung, dass unverzüglich und vollumfänglich aufgeklärt werde und sehe auch die Kollegen in der Pflicht, für Transparenz zu sorgen. Gleichwohl, so betonte Schnieder, gelte auch bei Politikern die Unschuldsvermutung. Für Dirk Wiese (SPD) reißt sich der jüngst bekannt gewordene Vorwurf gegen den Unionsabgeordneten Nikolas Löbel, eine sechsstellige Provision für die Vermittlung von Masken angenommen zu haben, in eine Liste mit den Fällen Amthor, Guttenberg, Nüßlein und Fischer ein. „Das hat System und muss vollumfänglich aufgeklärt werden“, sagte er. Zynisch nannte es Wiese, wenn darauf verwiesen werde, die Provisionen seien marktgerecht. Eine Abgeordnetendiät allein sei durchaus auskömmlich. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, sprach von Vertrauen, das verloren gehe, „wenn der Eindruck entsteht, dass sich hier einige die Taschen voll machen“. Es gelte nun, parlamentsrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Im Falle des CSU-Abgeordneten

## KURZ NOTIERT

### Grünen-Vorstoß zu Waffenrecht im Bundestag gescheitert

Bei Enthaltung der Linken hat der Bundestag vergangene Woche einen Grünen-Antrag (19/17520) zum Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse abgelehnt. Danach sollte die Bundesregierung gesetzliche Regelungen vorlegen, die diesen Entzug gewährleisten, wenn die persönliche Eignung nicht mehr gegeben ist. Zugleich beriet das Parlament erstmals über einen FDP-Antrag (19/27183), dass die Regierung von Vorschlägen zur Verschärfung des Waffenrechts absehen und den Kampf gegen Besitz und Handel illegaler Waffen verschärfen soll. *sto*

### Immunität des CDU-Politikers Axel E. Fischer aufgehoben

Einstimmig hat der Bundestag in der vergangenen Woche die Immunität des CDU-Abgeordneten Axel E. Fischer aufgehoben und damit den Vollzug gerichtlicher Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse genehmigt. Das Plenum folgte einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (19/27270). *pk*

### Grüne wollen leichteren Geschwisternachzug

Einen Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (19/27189) hat der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwiesen. Danach sollen minderjährige, ledige Kinder leichter zusammen mit ihren Eltern zu einem in Deutschland als schutzberechtigt anerkannten Geschwisterkind nachziehen können. *sto*

### AfD will mit Antikörpertests Herdenimmunität ermitteln

Die AfD-Fraktion fordert flächendeckende Antikörpertests, um die Herdenimmunität zu ermitteln. Es gebe inzwischen aussagekräftige Antikörpertests, die eine überstandene Infektion und eine daraus wahrscheinlich resultierende Immunität nachweisen könnten, heißt es in einem Antrag (19/27202) der Fraktion, der vergangene Woche beraten wurde. *pk*

### Ordnungsgeld für Störungen im Bundestag beschlossen

Störungen im Bundestag können künftig mit einem Ordnungsgeld von bis zu 2.000 Euro belegt werden. Es kann vom Präsidenten bei einer Verletzung der Hausordnung festgesetzt werden. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (19/26540) wurde mit den Stimmen von Union, SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen von AfD und Linken beschlossen. *pk*

### FDP-Fraktion fordert »Digitalpakt für die Polizei«

Einen „Digitalpakt für die Polizei“ fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (19/27172), den der Bundestag an die Ausschüsse überwies. Danach soll die Bundesregierung mit den Landesregierungen einen solchen Pakt ausarbeiten, der die Entwicklung gemeinsamer Polizei-IT regelt. *sto*

Georg Nüßlein gebe es auch nicht nur eine strafrechtliche Komponente. Ihn interessiere beispielsweise, ob Nüßlein an Verhandlungen des Gesundheitsausschusses teilgenommen habe, bei denen es um Masken ging. Dem Verknüpfungsverbot zu Folge hätte Nüßlein das anzeigen müssen, sagte Buschmann. Friedrich Straetmanns (Die Linke) nahm Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in den Blick. Dieser verspiele Vertrauen, wenn er am Tage die Menschen auffordere, soziale Kontakte einzuschränken, sich dann aber am Abend mit anderen zum Essen treffe und von denen eine Spende für seinen Bundestagswahlkampf in Höhe von 9.999 Euro verlange – genau einen Euro unter der Verpflichtung zur Anzeige der Spender. Ein lukrativer Abend für den Gesundheitsminister sei das gewesen, befand auch Joana Cotar (AfD). „Und eine ganz dunkle Stunde für die Glaubwürdigkeit der Politik.“ *Götz Hausding*



**KURZ NOTIERT**

**Haushaltsausschuss bewilligt weitere Kultur-Milliarde**

Der Bund will erneut eine Milliarde Euro für die Aufstockung und Fortsetzung des Rettungs- und Zukunftsprogramms „Neustart Kultur“ zur Verfügung stellen. Der Haushaltsausschuss befürwortete in der vergangenen Woche eine entsprechende Vorlage. Dies entspricht dem gesamten Kulturret des Bundes eines Jahres. Auf die Mittelaufstockung hatten sich die Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD Anfang Februar verständigt. Dies wurde im Beschluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder am 10. Februar noch einmal bestätigt. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) kündigte an, insbesondere Stipendienprogramme neu aufzuladen oder weiter ausgebaut. Diese hätten sich als besonders wirksam zur Abmilderung der Pandemiefolgen für Künstler und Kreative herausgestellt.

**Liberaler wollen Förderung von digitalen Lernspielen**

Die FDP-Fraktion spricht sich für die Förderung der Entwicklung und Nutzung von sogenannten „Serious Games“ und „Gamification“-Projekten aus. In einem Antrag (19/27050), den der Bundestag ohne Aussprache in die Ausschüsse überwie, fordert sie die Bundesregierung auf, die Attraktivität des Entwicklungsstandortes Deutschland für diese Branche durch Breitbandausbau, Digitalisierung und die Zuwanderung und Ausbildung von Fachkräften zu verbessern. Als „Serious Games“ werden digitale Spiele verstanden, die nicht ausschließlich der Unterhaltung dienen, sondern auch Bildung und Information vermitteln.

**Grüne: Zeitverträge in der Wissenschaft verlängern**

Angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Verlängerung der zulässigen Befristungsdauer für Arbeitsverhältnisse nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz um weitere sechs Monate. Den entsprechenden Gesetzentwurf (19/27188) überwie der Bundestag ohne Aussprache in die Ausschüsse. Zudem soll das Bundesbildungsministerium ermächtigt werden, die zulässige Befristungsdauer um weitere sechs Monate zu verlängern, wenn die Pandemielage dies notwendig mache. Darüber hinaus sollen auch Arbeitsverträge, die nach dem 31. März 2021 abgeschlossen werden, in die Regelung miteinbezogen werden.

**FDP: Zusammenarbeit mit Konfuzius-Instituten beenden**

Nach dem Willen der FDP-Fraktion soll an deutschen Hochschulen die Kooperation mit Chinas Konfuzius-Instituten beendet werden. In dem entsprechenden Antrag (19/27109), den der Bundestag ohne Aussprache in die Ausschüsse überwie, fordert die Fraktion die Bundesregierung zudem auf, gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Hochschulen eine Expertenkommission zu schaffen, die aufarbeitet, inwieweit die chinesische Regierung Forschungs- und Lehraktivitäten an Wissenschaftseinrichtungen finanziert oder Einfluss auf Forschung und Lehre nimmt.



Zurück auf der Schulbank: Schülerinnen einer vierten Klasse in Kiel im Februar dieses Jahres. © picture-alliance/Gregor Fischer

# Notenvergabe

## BILDUNG Die Opposition übt massive Kritik an Ministerin Karliczek. Die aber sieht eine »Aufbruchstimmung«

**B**ildungsministerin Anja Karliczek (CDU) und die Bildungspolitiker der Oppositionsfaktionen scheinen in zwei verschiedenen Ländern zu leben. Diesen Eindruck konnte man zumindest am vergangenen Donnerstag während der Debatte über den „Nationalen Bildungsbericht 2020“ (19/24780) gewinnen. Und die Opposition formulierte es auch so. Die Ministerin leide an „Realitätsverlust“ bescheinigte ihr Margit Stumpp (Grüne), Thomas Sattelberger (FDP) warf ihr „Etikettenschwindel“ vor, es fehle ihr der „Mut zur Wahrheit“ befand Götz Frömming (AfD), Birke Bull-Bischoff (Die Linke) erkannte in Karliczeks Worten gar die Rede einer „Märchentante“.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Regierung und Opposition die Dinge unterschiedlich bewerten. Doch selten fällt die „Betrach-

tung der Wirklichkeit“, mit der Politik nach einem häufig wiederholten Zitat beginnt, so unterschiedlich aus wie am vergangenen Donnerstag im Plenarsaal des Bundestages. Ein Grund dafür lautet: Corona. Seit gut einem Jahr liegen weite Teile des Bildungssystems brach. Kitas, Schulen, Universitäten sind entweder geschlossen oder nur zeitweise geöffnet, die Schüler büffeln im Homeoffice ihrer Eltern, Lehrer bangen um ihre Gesundheit. Die Nerven aller Beteiligten liegen blank – auch die von Politikern.

**Schulabschlüsse** Neben dem Bildungsbericht stand ein gutes Dutzend von Oppositionsanträgen zur Debatte, die entweder neu eingebracht oder abschließend beraten und allesamt mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt wurden. Auch in ihnen spiegeln sich die Auswirkungen der Pandemie auf den Bildungssektor. Aber es geht auch um

voller Tragweite abgebildet werde, fragte der FDP-Abgeordnete. Dies befürchtete auch der AfD-Politiker Götz Frömming. Er forderte denn auch ein Ende des Schul-Lockdowns. Dass dieser eben nicht alternativlos sei, zeige das Beispiel Frankreich. Dort seien sogar weniger Fälle von schweren Krankheitsverläufen und Todesfällen durch Corona zu verzeichnen, befand Frömming. Die Situation im Bildungssektor habe allerdings auch vor Corona und Lockdown nicht gut ausgesehen. Die Zahl der Hauptschulen nehme bundesweit ab, weil die Hauptschule über Jahre hinweg „systematisch schlechtmacht“ und schließlich in Bundesländern wie Berlin „ganz abgeschafft“ worden sei. Die Leistungen der Schüler seien dadurch aber nicht besser geworden, sagte Frömming. Das Gegenteil sei der Fall. „Ausgerechnet in Bayern, wo es noch die meisten Hauptschulen gibt, schneiden die Schüler quer über alle Schultypen relativ gut ab.“

**Digitalpakt** Birke Bull-Bischoff (Linke) erkennt ebenfalls schwere Mängel im deutschen Schulsystem, die abgestellt werden müssten: Der Lehrermangel, der Mangel an Schulsozialarbeitern, der Mangel an schönen Schulen und der Mangel an digitaler Infrastruktur. „Was wäre das eigentlich für eine Schulleistung“, wenn gerade mal 28 Prozent der Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes an die Länder abgeflossen sind, fragte Bull-Bischoff Ministerin Karliczek und schob die Antwort gleich nach: „Einen Abschluss schaffen Sie auf diese Weise ganz sicher nicht!“ Der Bildungsweg hänge noch immer stark von der Herkunft ab, befand die Abgeordnete. So fänden sich alte und baufällige Schulen vor allem in den sozialen Brennpunkten und die digitale Infrastruktur werde vor allem in der dualen Bildung gefördert, nicht aber bei den Trägern der Jugendsozialarbeit oder im Übergangssystem, bemängelte die Linke.

In diesem Sinne argumentierte auch die Grünen-Abgeordnete Margit Stumpp. Nach wie vor hänge der Bildungserfolg vom Elternhaus ab. „Die Risikolagen – sozial, finanziell, formal geringqualifizierter Eltern – sind bei Alleinerziehenden und bei Familien mit Migrationshintergrund besonders zahlreich.“ Im Ergebnis stagniere die Zahl der Abiturienten und die Zahl der Abgänger ohne Abschluss steige. „Das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung wird immer seltener eingelöst“, resümierte Stumpp.

Auch von Seiten des Koalitionspartners musste sich Bildungsministerin Karliczek etliche Mahnungen anhören. Positiv sei, betonte Barbel Bas (SPD), dass sowohl die Ausgaben für Bildung ebenso gestiegen seien wie der Bildungsstand insgesamt. Zudem sei das Bildungssystem durchlässiger geworden. Aber der Bildungsbericht zeige die Defizite deutlich auf und auf diese sei die Ministerin zu wenig eingegangen, kritisierte Bas. Es sei zwar richtig, dass für den Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt vor allem die Länder und Kommunen verantwortlich seien. „Aber ich erwarte von einer Bildungsministerin auch, dass sie das Problem in Angriff nimmt“, sagte Bas Richtung Regierungsbank.

Die Angesprochene räumte auch ein, dass Corona die „Schwierigkeiten“ gnadellos offengelegt habe. Ja, es habe eine Weile gebraucht, bis die Digitalisierung ins Laufen gekommen sei. Und nein, nicht alles sei perfekt, sagte Karliczek. Aber der Mittelabfluss aus dem Digitalpakt steige, der Bund stelle inzwischen 6,5 Milliarden Euro bereit. Der Bund bezahle Laptops für Schüler und Lehrer und den Aufbau von Administrationsstrukturen. „Überall herrscht Aufbruchstimmung“, befand die Ministerin. Es gehe ein „Ruck“ durch das Bildungsland Deutschland.“ Alexander Weinlein

**KURZ REZENSIIERT**



**Hermann Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland. 1985-1991. Metropolis Verlag, Berlin 2020; 670 S., 29 €**

Erste Eindrücke über Gorbatschow erhielt Bundeskanzler Helmut Kohl im Januar 1985 von Margaret Thatcher. Der Russe hatte auf die Britin einen günstigen Eindruck gemacht, allerdings räumte sie ein: „Die charmantesten Kommunisten seien auch die gefährlichsten“. Am 14. März 1985 konnte Kohl – am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Gorbatschows Amtsvorgänger – erstmalig direkt mit dem designierten Generalsekretär sprechen. Von Charme war keine Rede. Gorbatschow warf Deutschland vor, gegenüber den USA „stramm“ zu stehen. Diese barsche Rhetorik wertete der Kanzler als Fortsetzung der russischen Versuche, Westeuropa von den USA zu lösen. Die Begegnung war „kein Spaß“, versicherte Kohl denn auch laut einem Vermerk des Auswärtigen Amtes.

Wenige Jahre später gestalteten sich die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau harmonischer. Gorbatschows Spruch: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ gehört heute zur deutschen Folklore wie Kennedys Satz „Ich bin ein Berliner“. Gorbatschows Politik der Offenheit und Umgestaltung, Glasnost und Perestrojka, verfolge kein anderes Volk so aufmerksam wie die Deutschen, bemerkte schon im April 1987 US-Botschafter Richard Burt. In beiden deutschen Staaten beobachtete man das Geschehen in der Sowjetunion mit angehaltenem Atem: Der große Reformführer führte sein Land in eine Umbruchsituation, die ungewollt in dessen Zerfall mündete.

Der Historiker Hermann Wentker vom Institut für Zeitgeschichte analysierte nahezu alle zugänglichen Archivaldokumente, Zeitungsberichte und andere Veröffentlichungen über die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und der Sowjetunion in der Regierungszeit Gorbatschows. Das gut lesbare und hochinformative Buch bringt uns die letzten spannenden fünf Jahre vor der deutschen Wiedervereinigung wieder in lebhaftige Erinnerung. manu



**Dan Morain: Kamala Harris. Die Biografie. Heyne Verlag, München 2021; 384 S., 22 €**

„Es mag sein, dass ich die erste Frau in diesem Amt bin, aber ich werde nicht die letzte sein, denn jedes kleine Mädchen, das zuschaut, sieht, dass dies ein Land der Möglichkeiten ist“. Dieser Satz der ersten schwarzen Vizepräsidentin im „Land of the free“, wie die US-Hymne beschräftigt, wird in die Geschichte eingehen und noch oft zitiert werden.

Als Tochter einer Inderin und eines Jamaikaners, die sich an der Universität Berkeley kennengelernt hatten, wuchs Kamala Harris in einem akademischen Umfeld in den USA und in Kanada auf. „Vom Kinderwagen“ aus begleitete sie ihre Eltern zu den Bürgerrechtsdemonstrationen. Harris erinnert sich, dass sie und ihre Schwester stets als „schwarze Mädchen“ galten, obwohl sich in den 1960er Jahren die politische Kultur allmählich wandelte. Nach der Scheidung ihrer Eltern habe die Mutter dafür gesorgt, dass die Töchter zu „selbstbewussten und stolzen schwarzen Frauen“ heranwuchsen.

Die Biografie von Kamala Harris verfasst der erfahrene Journalist Dan Morain. Er beobachtete die Karriere der heutigen Vizepräsidentin von Anfang an. Seine umfassenden Kenntnisse gehören zu den Stärken dieses empfehlenswerten Buches: Der Journalist entfaltet vor den Lesern die politische Landschaft Kaliforniens in allen ihren Facetten. Teile des Bundesstaates sind konservativer als einige Südstaaten, andere gehören zu den liberalsten der Vereinigten Staaten. Es sei wichtig, „den höchst widersprüchlichen Umgang mit Rassismus in Kalifornien zu verstehen“, betont Morain. Ihren Aufstieg verdankt Kamala Harris nicht zuletzt ihrer Fähigkeit, sich souverän zwischen der liberalen und der konservativen Welt Kaliforniens zu bewegen. Als 25-Jährige begann ihre Erfolgsgeschichte als stellvertretende Bezirksstaatsanwältin, drei Jahrzehnte später war sie die Vertreterin Kaliforniens im Senat und ist als US-Vizepräsidentin qua Amt heute dessen Vorsitzende. manu

# Gendersternchen in der Drucksache

## BUNDESTAG Geschlechtergerechte Sprache in Anträgen der Fraktionen

Der Bundestag erlaubt künftig den Genderstern, den Doppelpunkt und weitere geschlechtergerechte Formen in Anträgen, Entschließungsanträgen und Begründungen von Gesetzesentwürfen, meldete der Online-Newsletter „Checkpoint“ des „Tagesspiegels“ in der vergangenen Woche. Man habe mit der Verwaltung „die Verständigung erreicht“, dass die Formulierungen nicht mehr „herauskorrigiert“ werden, wurde die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Britta Haßelmann, zitiert.

So ganz neu ist dies allerdings nicht, bereits seit einiger Zeit werde auf besagte Korrekturen verzichtet, bestätigte eine Sprecherin des Bundestages auf Anfrage. Ein formeller Beschluss etwa im Präsidium oder im Ältestenrat des Bundestages sei darüber aber nicht gefasst worden. Ausgenommen von der Übereinkunft sind im Gegensatz zur Begründung eines Gesetzesentwurfes der vorgeschlagene Gesetzestext selbst, Kleine Anfragen der Fraktionen an die Bundes-

regierung und deren Antworten sowie der Titel von Drucksachen und die Tagesordnung des Bundestages. Klingt alles ein wenig verwirrend, hat aber handfeste Hintergründe. So haben beispielsweise Beamte und Angestellte des Bundes und der Länder im amtlichen Schriftverkehr das Regelwerk „Deutsche Rechtschreibung, Regeln und Wörterverzeichnis“ des Rats für deutsche Rechtschreibung zu beachten. Für Gesetzestexte gilt dies allemal.

**Empfehlung des Rechtschreibrates** Allerdings hat der Rat 2018 zumindest „Empfehlungen zur ‚geschlechtergerechten Schreibung‘“ gegeben. So sollen geschlechtergerechte Texte sachlich korrekt, verständlich und lesbar, vorlesbar sein (mit Blick auf die Altersentwicklung der Bevölkerung und die Tendenz in den Medien, Texte in vorlesbarer Form zur Verfügung zu stellen), Rechtssicherheit und Eindeutigkeit gewährleisten, übertragbar sein im Hinblick auf deutschsprachige Länder mit mehreren Amts- und Minderheitensprachen, und für die Lesenden beziehungsweise Hörenden die Möglichkeit zur Konzentration auf die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformationen sicherstellen. Zuletzt war es im Oktober vergangenen Jahres zwischen dem Bundesinnenministe-

rium und dem Bundesjustizministerium über einen Gesetzentwurf zum Insolvenzrecht zum Streit gekommen. So waren im ursprünglichen Gesetzentwurf von Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) durchgängig weibliche Begriffsformen wie „Arbeitnehmerinnen“ oder „Verbraucherinnen“ verwendet worden.

Das Innenministerium intervenierte und verwies darauf, dass das generische Femininum „zur Verwendung für weibliche und männliche Personen bislang sprachwissenschaftlich nicht anerkannt“ sei und somit die Gefahr bestehe, dass das Gesetz nur für Frauen gilt. Das Justizministerium wollte sich dieser Auslegung zwar nicht anschließen, überarbeitete den Entwurf aber trotzdem – um den Gesetzgebungsprozess nicht unnötig zu verlängern.

Anzeige

»wertvolles Werkzeug für Wissenschaftler\*innen und andere Fachleute«

Max Lügert, pw-portal.de/3/2017, zur Voraufgabe



**Handbuch zur deutschen Europapolitik**

Mit einem Vorwort von Michael Roth, Staatsminister für Europa  
Herausgegeben von Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Mathias Jopp  
2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2021, 704 S., geb., 68,- €  
ISBN 978-3-8487-6852-3

Das Handbuch zur deutschen Europapolitik verschafft einen Überblick u. a. über Ziele deutscher Europapolitik und ihres Einflusses auf die Prozesse europäischer Entscheidungsfindung und Integration. Dabei werden die innenpolitischen Grundlagen in den mit der EU verbundenen Politikbereichen analysiert.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Ein abgesperrter Sitzbereich auf dem Dresdner Neumarkt. Die Gastronomie leidet besonders unter den Corona-Maßnahmen – mit unsicheren Öffnungs-Perspektiven.

© picture-alliance/dpa/ZB/Sebastian Kahmert

# Nach dem Stillstand

**WIRTSCHAFT** Vorschläge der Opposition für Wege aus dem Lockdown sind umstritten

**L**ockdown – und wie weiter? Je länger der Stillstand im Land andauert, desto lauter ist das Ächzen der Wirtschaft zu hören, vom Einzelhandel über die Gastronomie bis hin zu Zulieferern. Und umso dramatischer die Situation in einzelnen Branchen wird, desto schärfer wird der Ton unter den wirtschaftspolitischen Fachleuten im Bundestag. In der vergangenen Woche hatten sich die Abgeordneten zu gleich zwei längeren Debatten über Zustand und Perspektiven der Wirtschaft im Bundestag ausgetauscht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe das Land in eine Sackgasse manövriert, ohne Plan oder Willen für ein Wendenanöver, warf etwa Tino Chrupalla (AfD) der Bundesregierung vor. Seine Fraktion hatte mit gleich drei Anträgen die Impulse für die erste Aussprache geliefert (siehe Kasten). Chrupalla sah darin eine Mischung aus schlüssigen Einzelmaßnahmen und Konzepten unter der Voraussetzung eines sofortigen Endes des Lockdown. „Die Wirtschaft muss wieder hochfahren.“ Chrupalla forderte unmittelbare Hilfen für Geschäfte, die noch existierten,

**»Wer an die Mehrwertsteuer heran will, der sollte sie klug reformieren.«**

Wiebke Esdar (SPD)

und ebenso Unterstützung auf Verbraucherseite. Dafür schwebt der AfD eine dauerhafte Mehrwertsteuersenkung vor, die beispielsweise durch geringere Zahlungen an die EU und einen Ausstieg aus der Energiewende gegenfinanziert werden sollte.

Die Linksfaktion bezeichnete solche Ansinnen als überflüssige Zusammenfassung all dessen, was dem Land schaden würde. Nach ihren Vorstellungen sollte der Neustart zu einem Teil-Umbau des Systems genutzt werden: Mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren könnte die Gesellschaft sozial-ökologisch umgebaut werden, so der Linken-Abgeordnete Alexander Ulrich. Finanziert werden solle dies mit höheren Steuern für Reiche und Wohlhabende und eine Abkehr von der „schwarzen Null“. Die Linke hatte die zweite Aussprache maßgeblich initiiert. In Anträgen fordert sie ein „Mindest-Kurzarbeitergeld“ und außerdem, pandemiebedingte Hilfen für Unternehmen an Bedingungen zu knüpfen. Alles andere sei „Abzocke unter Aufsicht der Regierung“, sagte die Abgeordnete Susanne Ferschl (Die Linke).

Für Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) ist dieses Ansinnen berechtigt. Leider differenziere die Linke nicht zwischen großen und kleinen Unternehmen. Dröges Kritik richtete sich indes vor allem an die Bundesregierung, die bei der Auszahlung von Corona-Hilfen komplett versagt habe – eine Haltung, die die Grünen mit einem eigenen Antrag zu schnelleren und unbürokratischeren Hilfen untermauern. Fraktionskollegin Claudia Müller rief dazu auf, die Zäsur zu einer neuen klimagerechten Ausrichtung der Wirtschaft zu nutzen, was Teile der Industrie längst forderten und für sich selbst umsetzten. Die Regierungskoalition freilich wehrte sich gegen Vorwürfe genauso wie gegen alle weitreichende Transformationsforderungen. „Die Coronahilfsmaschine läuft mittlerweile auf Hochtouren“, sagte Klaus-Peter Willsch (CDU). Die Programme seien inzwischen passgenauer. Fraktionskollege Peter Bleser (CDU) bewertete den Kurs von Bundeskanzlerin Merkel als klug und besonnen, die Wirtschaft bleibe funktionsfähig. Er sei optimistisch, was deren Erholung und Innovationskraft angehe. Deutsche Unternehmen seien auch bei Strategien zum Ausstieg aus der Kernenergie und beim Umbau der Energieversorgung federführend, sagte Bleser. „Sie stecken in alten Denkschablonen“, warf der Abgeordnete der AfD vor.

Für die SPD nahm Wiebke Esdar die AfD-Steuerpläne auseinander. „Wenn die AfD die unteren Einkommen hätte entlasten wollen, dann hätte sie der Abschaffung des Solidaritätszuschlages zugestimmt“, sagte sie. Die jetzigen Forderungen würden zu Milliardenausfällen führen – Geld, das für die öffentliche Infrastruktur und Investitionen und damit für den Zusammenhalt der Gesellschaft fehlen würde. „Wer an die Mehrwertsteuer heran will, der sollte sie klug reformieren, nicht einfach via Gieß-

kanne alles senken“, so Esdar. Auch die FDP griff die AfD für deren Vorstöße an und sah darin ein Sammelsurium aus Steuerentlastungen, Bürokratieabbau und Fremdenfeindlichkeit. Dabei wäre es notwendiger denn je, den europäischen Gedanken als Grundlage jeglichen wirtschaftlichen Wachstums zu stärken, sagte Michael Theurer. Die FDP forderte mehr unbürokratische Hilfen für Selbstständige, steuerliche Entlastungen und einen Weg aus der Kurzarbeit. *Kristina PezzeilFranz Averdunk* ■

## STICHWORT

### Oppositionsanträge zum Lockdown

**> Vorstöße der AfD** Um die Wirtschaft stärker zu unterstützen, fordert die Fraktion unter anderem, Zahlungen an die EU zu kürzen, an der Energiewende zu sparen (19/26895); auch denkt sie an einen „Aufbruch für Deutschland“ (19/27206) und ein Absenken der Umsatzsteuer (19/27204). Die Anträge wurden an Wirtschafts- und Finanzausschuss überwiesen.

**> Anträge der Linken** Die Abgeordneten wollen Unternehmenshilfen an Bedingungen knüpfen (19/27190), wer pandemiebedingt Unterstützung erhalte, dürfe keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen. Der Wirtschaftsausschuss berät über die Vorlage. Abgelehnt wurde ein Antrag für ein „Mindest-Kurzarbeitergeld“ (19/26526).

**> Vorschläge der Grünen** Einfachere Beantragung, schnellere Auszahlung – das fordert die Fraktion mit Blick auf die Corona-Hilfen. Die Konditionen sollten verbessert werden. Die Abgeordneten plädieren darüber hinaus für einen transparenten Stufenplan für den Weg aus dem Lockdown (19/27194). Auch hier debattiert der Wirtschaftsausschuss weiter.

## KURZ NOTIERT

### Unterstützung für strukturschwache Regionen

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem strukturschwache Regionen unterstützt werden sollen. Der „Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des GRW-Gesetzes“ (19/25632) zielt konkret auf Hilfen beim Straßenausbau ab. Man wolle dazu beitragen, dass an sich sinnvolle Gewerbegebietsentwicklungen eher umgesetzt werden können sowie ausgebauten Gewerbegebiete befriedigend genutzt werden, weil die Finanzierung des notwendigen Straßenausbaus zur Herstellung einer bedarfsgerechten Straßenanbindung gesichert ist. Die Neuregelung ist den Angaben zufolge notwendig, weil das bisherige Recht eine Förderung der Anbindung eines Gewerbegebiets an das überregionale Straßennetz verhindert. GRW steht für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

### Transformationsprogramm für die Industrie

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert, die Industrie mit einem Transformationsprogramm auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten. Über einen entsprechenden Antrag (19/26911) hat der Bundestag am Freitag erstmalig debattiert und ihn in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Den Grünen schwebt ein Investitionsprogramm für die nächste Dekade mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro vor. Ausschlaggebend für alle geförderten Vorhaben müsse sein, dass sie die ökologische Transformation vorantreiben und die Gesellschaft zukunftsfähig und klimagerecht machen. Abgelehnt wurde ein Antrag der FDP-Fraktion, der Deutschland als Leitmarkt für die Industrie 4.0 etablieren will (19/14030).

### Kostenverteilung von CO2-Preis auf dem Wohnungsmarkt

Der Bundestag hat am Freitag darüber beraten, wer auf dem Wohnungsmarkt die Kosten für den CO2-Preis tragen soll. Dabei fand ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/24432) mit Vorschlägen für eine Kostenverteilung keine Mehrheit. Die Grünen wollen, dass in vermieteten Gebäuden Vermieter für den CO2-Preis aufkommen – mit Härtefallregelungen. Bei energetischen Modernisierungen im Bestand schlagen die Grünen eine Drittelregelung vor zwischen Vermieter, Mieter und dem Staat. Ein Antrag der Linksfaktion mit dem Plädoyer, den CO2-Preis komplett Vermietern aufzubürden (19/27191) wurde an die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. *pez* ■

### Miteinander von Förstern und Jägern

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen Antrag der AfD-Fraktion für ein „fachlich fundiertes Miteinander zwischen Förstern und Jägern“ (19/27205) zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. Die Fraktion fordert einen Dialog nach dem Motto „Wald mit Wild“. *pez* ■

## Synthetische Kraftstoffe

**VERKEHR I** AfD und FDP gegen Fokus auf E-Mobilität

In diesem Punkt sind sich AfD und FDP einig. Beide Fraktionen können „die einseitige Fokussierung der Bundesregierung auf die Elektromobilität nicht nachvollziehen“, wie Judith Skudelný (FDP) unter Beifall von Dirk Spaniel (AfD) vergangene Woche vor dem Bundestag deutlich machte. Debattiert wurden Anträge der beiden Fraktionen, in denen sie sich für den Einsatz synthetischer Kraftstoffe (E-Fuels) stark machen. Die Vorlage der Liberalen (19/27180) wurde im Anschluss an die Debatte an den Umweltausschuss überwiesen, der AfD-Antrag (19/22186) auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (19/24684) abgelehnt. Ihrer Fraktion gehe es darum, einen weiteren Weg zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu eröffnen und synthetischen, klimaneutralen Kraftstoffen eine faire Chance im Energie- und Mobilitätsmix der Zukunft einzuräumen“, sagte Skudelný während der Debatte. Der FDP-Antrag sei ein Erkenntnis zur Technologieoffenheit – nicht als Selbstzweck, sondern als Möglichkeit, Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland für die Zukunft zu sichern. Auch aus Sicht von Oliver Grundmann (CDU) sind synthetische Kraftstoffe ein ganz zentraler Baustein, um auch zukünftig die Klimaziele zu erreichen. Wer glaube,

den ideologischen Endkampf gegen den Verbrenner vom Zaun brechen zu müssen, verfolge den falschen Ansatz. Spaniel sagte, drei Jahre habe es gedauert, „bis auch Sie festgestellt haben, dass synthetische Kraftstoffe die Lösung sind, mit der wir Mobilität für die Menschen in diesem Land sicherstellen können“. Schon damals habe seine Fraktion einen Antrag eingebracht, bei dem es um die Anerkennung synthetischer Kraftstoffe ging – der seinerzeit aber abgelehnt wurde. Ihre Fraktion wolle der Batterietechnik ebenso eine Chance geben „wie den synthetischen Kraftstoffen“ sagte Ulli Nissen (SPD). „Kurzum, wir wollen wirkliche Technologieoffenheit“, machte die Abgeordnete deutlich. Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) warnte davor, Energie zu verschwenden, „wenn wir erneuerbare Energien für die Herstellung synthetischer Kraftstoffe einsetzen, wobei 90 Prozent der eingesetzten Energie verloren geht“. Nicht zuletzt mit Blick auf die hohen Herstellungskosten von synthetischen Kraftstoffen seien diese für den Pkw-Bereich „der falsche Weg“. Auch Cem Özdemir (Grüne) befand: „E-Fuels sind viel zu teuer fürs Auto.“ Deshalb würden immer mehr Hersteller auf die Batterie setzen. *hau* ■

## Freie Fahrt für alte und neue Mobilität

**VERKEHR II** Bundestag gibt grünes Licht für die Novelle des Personenbeförderungsrechts

Das zweijährige Reformvorhaben zum Personenbeförderungsrecht hat ein Ende gefunden. Ein gutes, finden Union und SPD, aber auch die Grünen. Anders als der Rest der Opposition stimmten sie für den Gesetzentwurf der Koalition „zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts (PBefG)“ (19/26175, 19/27288) in der durch den Verkehrsausschuss geänderten Fassung. Ziel der Neuregelung ist es vor allem, neuen Formen der Mobilität einen rechtssicheren Rahmen zu geben.

**Rückkehrpflicht** Ein modernes und attraktives Personenbeförderungsrecht sei geschaffen worden, „das Innovationen ermöglicht und Bewährtes erhält“, sagte Alois Rainer (CSU) während der Debatte vergangene Woche. Er stellte klar, dass die Möglichkeit, Kunden spontan aufzunehmen, Taxis vorbehalten bleibe. Auch werde an der Rückkehrpflicht zur Betriebsstätte bei Mietwagen festgehalten. Die Kommunen könnten aber statt nur eines Betriebsplatzes mehrere geeignete Abstellorte für Mietwagen zulassen. „Ohne eine neue Regulierung des Marktes würden wir in eine kaum kontrollierbare Konkurrenz zwischen klassischem ÖPNV und dem Taxibereich hineingeraten“, sagte SPD-Fraktionsvize Sören Bartol. Das würde

zu einem hohen Risiko für die Beschäftigten führen, indem soziale Standards durch Dumping-Angebote unterlaufen würden. Stefan Gelbhaar (Grüne) glaubt, dass das Taxigewerbe mit diesem Kompromiss bestehen werde. Auch weil die Taxitarife flexibler würden und die Rückkehrpflicht für die Mietwagen bleibe. „Auf unseren Druck hin können Mietwagenangebote wie Uber

strenger reguliert werden“, betonte der Grünen-Abgeordnete. Von Flickschusterei sprach hingegen Dirk Spaniel (AfD). „Das Gesetz ist auch von politischer Feigheit geprägt“, sagte er. Wenn es darum gehe, politisch Farbe zu bekennen, würden die Entscheidungen auf die kommunale Ebene verschoben. Wichtig sei Chancengleichheit zwischen Taxi,

Mietwagenvermittlungsdiensten wie Uber und dem ÖPNV-Angebot. „Wir wollen, dass der Kunde letztendlich frei entscheiden kann“, sagte Spaniel. Verlierer der Neuregelung seien die Verbraucher, befand Torsten Herbst (FDP). Ihnen bleibe vorenthalten, was im europäischen Ausland längst gängig sei: Neue Angebote, mehr Auswahl, besserer Service und lukrative Preise. Das Gesetz sei völlig überbürokratisiert und wettbewerbsfeindlich. Es zementiere Besitzstände, unterdrücke Innovationen und sei mithin „ein Gesetz der verpassten Chancen“, urteilte der FDP-Abgeordnete. Die Kritik von Sabine Leidig (Die Linke) ging in eine andere Richtung. Sie bemängelte die Rosinenpickerei privater Pooling-Anbieter wie Moia oder auch des Mietwagenverleihers Uber, die nur am lukrativen Geschäft in den Städten interessiert seien. In dünn besiedelten ländlichen Regionen aber, wo es einen großen Bedarf gebe, seien sie nicht zu finden. *Götz Hausding* ■



Uber ist etablierten Taxifahrern ein Dorn im Auge.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Selten ist ein Ereignis so weitreichend, dass als Reaktion darauf ein komplettes Gesetz gemacht wird. Im Fall Wirecard ist das der Fall. Der Bundestag debattierte vergangene Woche erstmals über den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Skandale wie im Fall des Finanzdienstleisters Wirecard künftig verhindern soll. Das Vorhaben trägt den Titel „Finanzmarktintegrationsstärkungsgesetz“ (19/26966), im Volksmund heißt es kurz Wirecard-Gesetz.

Es könnte auch BaFin-Gesetz heißen, denn der Skandal umfasst nicht nur die Bilanz-Machenschaften des Unternehmens Wirecard, sondern auch das Versagen der staatlichen Kontrollbehörde BaFin, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wirecard hat im Sommer 2020 Insolvenz angemeldet, das Unternehmen soll jahrelang die Bilanzen gefälscht haben, Wirtschaftsprüfer waren angeblich ahnungslos. Der BaFin wird vorgeworfen, Betrugshinweise lange Zeit nicht entschieden genug verfolgt zu haben. Mitarbeiter der BaFin handelten bis kurz vor der Insolvenz selbst mit Aktien von Wirecard.

Das wird ihnen künftig untersagt. „Wir schieben den Handelsbestrebungen einzelnen Mitarbeiter der BaFin einen Riegel vor“, erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Sarah Ryglewski (SPD), bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs. Der von ihrem Haus vorgelegte Entwurf sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, die die Kontrolle verbessern sollen. Er sei „ein wesentlicher Schritt, damit sich der Fall Wirecard nicht wiederholt“, sagte Ryglewski.

Das Gesetz sieht vor, einerseits die Bilanzkontrolle zu verbessern und zusätzlich die BaFin mit neuen Rechten und Befugnissen auszustatten. Gleichzeitig soll die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer gestärkt werden.

Grundlegend reformiert werden soll das Bilanzkontrollverfahren, bisher war es auf die freiwillige Mitwirkung von Unternehmen angewiesen. Die BaFin erhält dem Entwurf zufolge zusätzlich hoheitliche Befugnisse, um bei Verdacht von Bilanzverstößen direkt und unmittelbar gegenüber den Unternehmen auftreten zu können. Dazu gehört ein Prüfungsrecht gegenüber allen kapitalmarktorientierten Firmen.

Künftig ist für Kapitalmarktunternehmen ein Wechsel der externen Prüfer nach zehn Jahren verpflichtend vorgeschrieben. Prüfung und Beratung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse sollen schärfer getrennt werden. Die zivilrechtliche Haftung des Abschlussprüfers gegenüber dem geprüften Unternehmen für Pflichtverletzungen wird verschärft. Das soll die Qualität der Abschlussprüfung fördern. Außerdem wird das Bilanzstrafrecht geändert, um eine Ahndung der Unternehmensverantwortlichen bei Abgabe eines falschen Bilanzzeugs zu ermöglichen. Das Gleiche soll für Abschlussprüfer gelten, wenn sie einen inhaltlich unrichtigen Bestätigungsvermerk zu Abschlüssen erteilen. Die AfD-Fraktion stellte einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Handelsgesetzbuchs (10/27023) vor, mit dem sie die Abschlussprüfung von Kapitalgesellschaften verbessern will.

# Das Gesetz zum Skandal

**FINANZEN I** Die Bundesregierung will die Bilanzkontrolle verbessern und die Aufsicht stärken



Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht soll reformiert werden.

© picture-alliance/Bildagentur-online/Schoeningh

In der Debatte am vergangenen Donnerstag sahen alle Fraktionen bis auf die SPD Nachbesserungsbedarf. Der AfD-Abgeordnete Kay Gottschalk sagt, er sei „heißfroh“, dass es den Untersuchungsausschuss Wirecard gebe, „der durch seinen Druck und seine Aufklärungsarbeit dazu beigetragen hat, dass die Koalition nun endlich auch handelt“. Die AfD werde sich bei den Beratungen einbringen. Er verwies darauf, dass seine Fraktion mit dem eigenen Gesetzentwurf bei der Rotation der Bilanzprüfer eine Wechselpflicht nach vier Jahren vorschläge, nicht nach zehn Jahren wie im Entwurf des Bundesfinanzministeriums vorgesehen. Der CDU-Abgeordnete Matthias Hauer erklärte, seine Fraktion wolle den Gesetzentwurf noch nachschärfen. Das sei nötig, um

„konsequente Lehren aus dem Fall Wirecard zu ziehen“. Er forderte eine Bilanzkontrolle aus einer Hand, klare Kompetenzen bei der Geldwäscheaufsicht und weniger Konzentration auf dem Wirtschaftsprüfermarkt. Dies sei im Gesetzgebungsverfahren zu ergänzen. Florian Toncar von der FDP-Fraktion beklagte in der Debatte den „beispiellosen Betrug vor den Augen unserer Behörden“. Die seien nicht nur untätig geblieben, es sei den „Leuten bei Wirecard sogar gelungen, die Behörden zum Werkzeug ihres Betrugs zu machen“. Bei der weiteren Beratung werde man Vorschläge zum Aufgabenprofil der Finanzaufsicht machen. „Fokussierung“ sei nötig, „nicht immer mehr Aufgaben in der Breite“.

Fabio de Masi (Linke) erklärte, in anderen EU-Mitgliedstaaten sei die Bilanzkontrolle eine hoheitliche Aufgabe. Die BaFin aber sei zur Bilanzkontrolle nicht befähigt. „Sie hat nur fünf Mitarbeiter mit Wirtschaftsprüfer-Examen, und das müssen wir dringend ändern.“ Lisa Paus (Bündnis 90/Grüne) kritisierte, der Gesetzentwurf greife an entscheidenden Stellen zu kurz. So habe etwa die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung „total versagt“. Sie habe nicht die Mittel dazu, als Bilanzpolizei zu agieren. Trotzdem wolle die Bundesregierung die Prüfstelle weiter bestehen lassen. Die Gesetzentwürfe wurden zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen. **Annette Beutler** ■

## BaFin ignorierte Bundesbank

**WIRECARD** EU-Finanzaufsicht sieht erhebliche Defizite im deutschen System

Böse Absicht oder fatale Fehleinschätzung? Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stellte sich Anfang 2019 eindeutig auf Seite der Wirecard AG. Das Unternehmen war schweren Angriffen der Medien ausgesetzt: Es täusche Gewinne vor und wasche Geld. Als sich im Februar 2019 die Staatsanwaltschaft München bei der BaFin meldete, erwähnte sie einen scheinbar alarmierenden Sachverhalt: Es lägen Vorwürfe vor, dass Finanzmarktakteure und Journalisten die Wirecard AG mit der Drohung negativer Berichterstattung erpressen.

Heute ist bekannt: Der Erpressungsvorwurf war fingiert, um von tatsächlichem Betrug bei Wirecard abzulenken. Doch die BaFin wandte sich mit allen Mitteln gegen die Überbringer der schlechten Nachricht statt gegen die Täter im Wirecard-Vorstand. Die Behörde verbot Anlegern, auf fallende Kurse der Wirecard-Aktie zu setzen – im Fachjargon: Sie verhängte ein Leerverkaufsverbot. Und sie erstattete Anzeige gegen die Journalisten. Das alles müssen die Verantwortlichen nun vor dem 3. Untersuchungsausschuss dieser Legislaturperiode erklären. In der vergangenen Woche stand die Frage im Mittelpunkt, wie das fragwürdige Leerverkaufsverbot begründet wurde. Eine Zeugin von der BaFin betonte, der Erpressungsvorwurf aus München habe den entscheidenden Anstoß gegeben, um das Leerverkaufsverbot durchzusetzen. Der Ausschuss unter Vorsitz von Kay Gottschalk (AfD) befragte zu diesem Punkt jedoch auch die Verantwortlichen bei der Bundesbank, die ebenfalls in den Entscheidungsweg über ein Leerverkaufsverbot eingebunden ist. In der Bundesbank sahen Fachleute keine Veranlassung für ein Spekulationsverbot – sie wiesen sogar umgekehrt auf mögliche Probleme bei Wirecard hin. Die



Minister Olaf Scholz (SPD, rechts im Bild) und Peter Altmaier (CDU)

Führungsebene schaltete sich jedoch nicht ein, um diesen Warnungen Nachdruck zu verleihen. „Da hätten doch, auch bei der Bundesbank-Führung, Alarmzeichen angehen müssen“, klagte der Abgeordnete Hans Michelbach (CSU). Stattdessen gingen die Vermerke lapidar auf dem Dienstweg an die BaFin. Die BaFin ignorierte die Einschätzung der Deutschen Bundesbank und verhängte wie geplant das Verbot, um Wirecard zu schützen. „Sie wollte das Leerverkaufsverbot offenbar unter allen Umständen“, sagte Danyal Bayaz (Bündnis 90/Die Grünen). Im Hinblick auf geplante Vernehmungen der Bundesminister Olaf Scholz (SPD) und Peter Altmaier (CDU) im April interessierte sich der Ausschuss auch dafür, ob die Führung der Ministerien in die Entscheidungsfindung eingebunden war. Eine Fachbeamtin der BaFin sagte nach längerer Befragung

aus, dass Scholz nach ihrem Kenntnisstand nicht informiert war. Im Dezember jedoch hatte die Regierung als Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) angegeben, dass die BaFin das Ministerium über die geplante Maßnahme informiert hatte. Demnach gelangte die Kunde von der geplanten Handelskontrolle also nicht an die Spitze. Eine Erklärung für die verblüffenden Fehleinschätzungen lieferte ein Vertreter der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA, der als Fachmann befragt wurde. Die EU-Behörde diagnostizierte Lücken im System der deutschen Finanzaufsicht. „Wir haben Defizite in den Abläufen sowie Leistungsmängel und rechtliche Hindernisse für ein wirksames Funktionieren identifiziert“, sagt Evert van Walsum, Leiter der Abteilung Investoren und Emittenten bei der ESMA.

Gerade auf den Umgang mit einem Betrugsfall sei das Aufsichtssystem nicht vorbereitet gewesen. Unter den deutschen Institutionen habe nur die Staatsanwaltschaft die Mittel gehabt, um einem Verdachtsfall wirklich nachspüren – aber die Hürden für deren Einbeziehung seien zu hoch. Wenn die BaFin jedoch ihre Möglichkeiten ausreizt und die Hinweise aus den Medien und von Finanzmarktakteuren ernstern genommen hätte, dann wäre eine eindeutige Reaktion zu einem früheren Zeitpunkt möglich gewesen, sagte van Walsum. Eine solche Hinweisgeberin sagte ebenfalls aus: die Mathematikerin und Hedgefonds-Managerin Fahmi Quadri aus New York. Sie hatte früh die Alarmzeichen bei Wirecard gesehen und auch versucht, die Aufseher darauf aufmerksam zu machen. Doch „die behandelten sie wie eine lästige Querulantin“, twitterte Lisa Paus aus der Sitzung. **Finn Mayer-Kuckuk** ■

## Griechenland tilgt früher

**FINANZEN II** Vorzeitige Teil-Rückzahlung der IWF-Kredite

Zum zweiten Mal möchte Griechenland einen Teil seiner Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) vorzeitig zurückzahlen und hat seine europäischen Partner dafür um Zustimmung gebeten. Der Bundestag stimmte vergangene Woche für den Antrag der Bundesregierung, mit dem der zustimmende Beschluss dafür eingeholt wurde (19/26846). Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dafür, die der AfD dagegen, die FDP-Fraktion enthielt sich. Der zustimmende Beschluss ist laut Stabilisierungsmechanismusgesetz und ESM-Finanzierungsgesetz für die vorzeitige Rückzahlung erforderlich. Griechenland möchte bis zu 2,786 Milliarden Sonderziehungsrechte in Höhe von rund 3,3 Milliarden Euro vorzeitig tilgen. Das entspricht knapp zwei Drittel des derzeit ausstehenden Kredits des Internationalen

Währungsfonds von 4,296 Milliarden Sonderziehungsrechten in Höhe von 5,1 Milliarden Euro.

Nach Angaben der Bundesregierung will Griechenland für die Tilgung Erlöse aus bereits am Kapitalmarkt begebenen Anleihen sowie bestimmte Überschussreserven verwenden. Die Struktur der griechischen Staatsschulden würde sich durch Zinseinsparungen geringfügig verbessern. Die finanziellen Einspareffekte seien zwar gering, jedoch wäre die vorzeitige Rückzahlung ein positives Signal. Der IWF bleibe an der Nachprogrammüberwachung beteiligt.

Griechenland folge damit dem Vorbild anderer Programmländer wie Portugal, Irland und Zypern, die ihre IWF-Schulden ebenfalls vorzeitig zurückgezahlt haben, so die Bundesregierung. **ab** ■

## Handels-Erleichterungen

**STEUERN** EU-Richtlinien zu Verbrauchssteuern umgesetzt

Um den Handel mit verbrauchssteuerpflichtigen Produkten wie Tabak, Alkohol, aber auch Strom- und anderen Energieerzeugnissen innerhalb der EU zu erleichtern, hat die Europäische Union Richtlinien zur Systemharmonisierung erlassen. Mit dem siebten Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (19/25697) hat der Bundestag diese am vergangenen Freitag in nationales Recht umgesetzt. Der Bundestag stimmte dem Gesetzentwurf in veränderter Form zu.

Bei den Richtlinien geht es darum, nicht die Steuersätze, aber die Struktur der Verbrauchssteuern zu vereinheitlichen und Verfahren zur Besteuerung, Beförderung Lagerung solcher Produkte anzugleichen. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Umstellung von der Papierform auf ein elektronisches System. Das Gesetz umfasst eine Vielzahl von Detailregelungen dazu. Neben der Umsetzung der Richtlinie enthält es weitere Neuregelungen, etwa eine Steuerbefreiung, wenn an sich steuerpflichtige Produkte für Wissenschaft und Forschung verwendet werden.

Mit dem Gesetz wurde auch die Behandlung der Ehrenamtszuschläge geändert. Bei der Anhebung der Ehrenamtszuschläge auf 840 Euro mit dem Jahressteuergesetz war versäumt worden, das Haftungsprivileg auszuweiten. Dies wurde nachgeholt. Ebenso geändert wurde mit dem Vorhaben das Finanzverwaltergesetz. Nötig wurde die Anpassung wegen der Umwandlung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) in eine eigene Direktion der Generalzolldirektion. **ab** ■

## Elektronische Wertpapiere

**KAPITALMARKT** Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Die Bundesregierung plant neue Regelungen im Bereich des Kapitalmarktes. Drei Gesetzentwürfe dazu hat der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung beraten. So will die Bundesregierung elektronische Wertpapiere in Deutschland einführen (19/26925), die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten neu regeln (19/26929) und die sogenannte Covered-Bonds-Richtlinie der EU durch Änderung des Pfandbriefrechts umsetzen (19/26927).

Das deutsche Recht soll generell für elektronische Wertpapiere geöffnet werden. In einem ersten Schritt soll die elektronische Begebung von Schuldverschreibungen ermöglicht werden, in kleinerem Umfang auch die Begebung von Anteilscheinen. Die bisherige Wertpapierurkunde soll durch die Eintragung in ein

elektronisches Wertpapierregister ersetzt werden.

Mit dem Gesetzentwurf über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten soll eine entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt werden. Außerdem plant die Bundesregierung die Umsetzung der sogenannten Covered-Bonds-Richtlinie der EU. Dies soll durch Änderungen des Pfandbriefrechts und Einführung neuer Bezeichnungen vollzogen werden.

Ein FDP-Antrag (19/26025) zu innovationsfreundlicher Regulierung blockchainbasierter Vermögenswerte wurde ebenfalls erstmals beraten.

Alle vier Initiativen wurden im Anschluss an die Debatte an den federführenden Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. **ab** ■

## Streitpunkt Ruhegeld

**FINANZEN III** FDP-Antrag zur Besteuerung von Renten

Der Grundsatz ist klar: Doppelbesteuerungen sind verboten. Der Staat darf die Bürger nicht zwei Mal zur Kasse bitten – während des Erwerbslebens bei den Beiträgen zur Rentenkasse, ein zweites Mal im Alter, bei der Auszahlung der Renten. Ob bei der geltenden Regel eine Doppelbesteuerung vorliegt, ist strittig. Der Bundesfinanzhof (BFH) will bis zum Sommer über die Rentenbesteuerung urteilen. Der Bundestag debattierte vergangene Woche über einen Antrag der FDP-Fraktion (19/27174) zu einer angenommenen Doppelbesteuerung.

Nach der Reform der Rentenbesteuerung im Jahr 2005 werden Renten in einer 35 Jahre andauernden Übergangszeit bis 2040 schrittweise zu einem immer höheren Anteil besteuert. Im Gegenzug erkennt der Staat seit 2005 immer höhere Vorsorgeaufwendungen als „Sonderausgaben“ an, um die Altersvorsorge steuerlich zu schonen.

Der FDP-Antrag sieht unter anderem vor, die Steigerung beim Besteuerungsanteil der

Rente von einem Prozent pro Jahr auf 0,5 Prozent herabzusetzen. Auch soll dem Steuerpflichtigen auf Antrag die Möglichkeit eingeräumt werden, individuell durch die Finanzverwaltung prüfen zu lassen, inwiefern seine Renteneinkünfte einer doppelten Besteuerung unterliegen. So soll eine Beweislastumkehr vom Steuerpflichtigen zur Finanzverwaltung eintreten. Zudem sieht der Antrag vor, Rentenbezugsmitteilungen um Angaben darüber zu ergänzen, welcher Teil der Rente seit Rentenbeginn steuerpflichtig ist.

Die Bundesregierung soll darlegen, wie sich die Erweiterung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Rentenversicherungsbeiträgen auf die angenommene Doppelbesteuerung auswirkt. Der Antrag wurde an den Finanzausschuss überwiesen.

Der FDP-Abgeordnete Markus Herbrand erklärte in der Debatte, im Zentrum des Antrags stehe die Beweislastumkehr. Er sah einen „respektlosen Umgang der Bundesregierung mit der Verfassung im Steuerrecht“. Die AfD-Abgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing argumentierte, das Modell entspreche nicht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Auch der Linken Abgeordnete Matthias Birkwald kritisierte, dass es vor allem in der Umstellungsphase zu Fällen doppelter Besteuerung kommen werde. Olav Gutting (CDU) sah dagegen keine Begründung für den Antrag: Man sollte „alles unterlassen, was irgendwie nach Effekthascherei aussieht“. Auch die SPD-Abgeordnete Cansel Kiziltepe sah in dem Antrag „eine Show im Wahlkampfjahr“. Ähnlich äußerte sich Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Grüne): „Die meisten Expertinnen und Experten sagten: Es gibt zur Zeit keine Doppelbesteuerung“, so der Grünen-Abgeordnete. „Das ist ein Scheinproblem.“ **ab** ■



Die Besteuerung von Renten ist strittig

### KURZ NOTIERT

#### Verbraucherdarlehensrecht und Musterwiderruf geändert

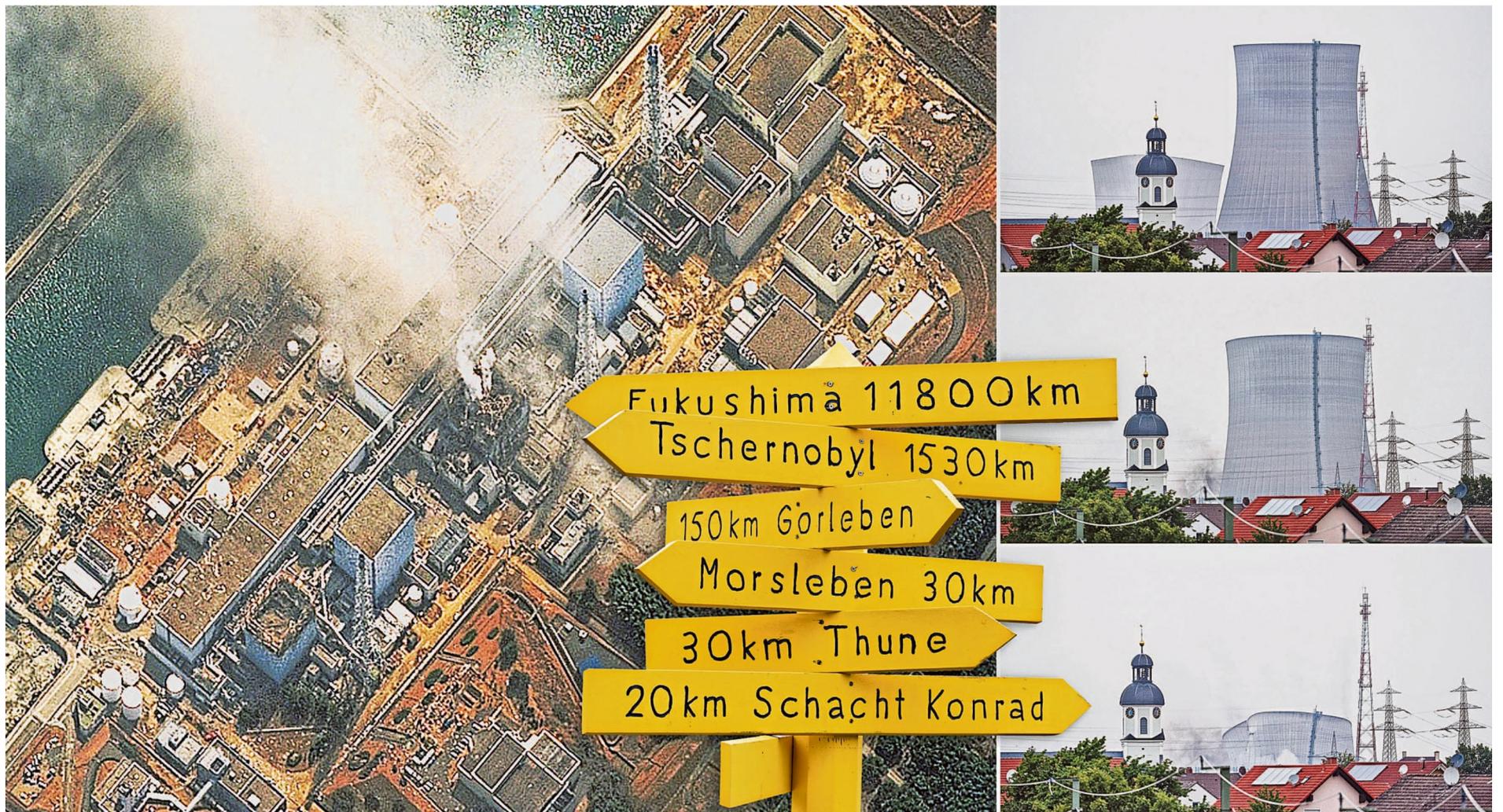
Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/26928) zur Änderung des Verbraucherdarlehensrechts beschlossen. Das Gesetz setzt zwei Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union um. Der Paragraph 501 BGB wird so geändert, dass hinsichtlich des Rechts auf Kostenermäßigung im Fall der vorzeitigen Rückzahlung nicht mehr zwischen laufzeitabhängigen und laufzeitunabhängigen Kosten unterschieden wird. Zudem wird die Musterwiderrufsinformation ausgeweitet. Verbraucher können dann den Umfang der für ihren Vertrag einschlägigen Pflichtangaben und den Beginn der Widerrufsfrist anhand ihres Vertragsdokuments ermitteln.

#### Steuerabkommen mit Dänemark

Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Dänemark soll geändert werden. Umgesetzt werden sollen die Inhalte des Übereinkommens zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument). Der Bundestag überwies in der vergangenen Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/26833) an den Finanzausschuss. **ab** ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Atom-Katastrophe von Fukushima (linkes Bild) führte zum beschleunigten Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft, erste Kraftwerke wie das in Philippsburg (Bilder rechts) werden abgerissen

© picture-alliance/Photo12/Ann Ronan Picture Library/dpa/Sebastian Gollnow/GES/Markus Gilliar/Colloge: Stephan Roters

# Raus aus dem Risiko

**ENERGIE** Wie das Atom-Unglück von Fukushima die Energiepolitik Deutschlands verändert hat

Deutschland im März vor zehn Jahren: Im Bundestag herrscht eine schwarz-gelbe Mehrheit, die Kanzlerin heißt Angela Merkel (CDU), der Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). 17 Atomkraftwerke produzieren Strom, gerade erst hat die Regierung beschlossen, deren Laufzeiten um zwölf Jahre zu verlängern. In wenigen Wochen steht eine Landtagswahl in Baden-Württemberg an. Das ist die Konstellation, als es in Japan zum Atom-Unglück kommt. Die Bilder davon sind ähnlich mächtig wie die des Terror-Anschlags vom 11. September 2001 in den USA. Riesige Seewellen eines Tsunamis zerstören das Atomkraftwerk Daiichi in Fukushima. Aus einem Leck im Reaktor tritt Radioaktivität aus. Versuche, den Reaktor zu kühlen scheitern. Das Atomkraftwerk ist außer Kontrolle. Die Bilder von verzweifelt kämpfenden Kraftwerksmitarbeitern und umherfliegenden Trümmerteilen bestimmen Sondersendungen und Live-Ticker. Sie zeigen, was das Wort Restrisiko bedeutet. Waren Probleme in Atomkraftwerken bis dahin meist weit weg oder lange her, verändert das Unglück die Sichtweise auf die Beherrschbarkeit der Atomkraft nachhaltig. „Die Geschehnisse in Japan sind ein Einschnitt für die Welt“, erklärt Kanzlerin Angela Merkel nach den ersten Bildern aus Japan. Und sie werden zum Einschnitt für die deutsche Energiepolitik. Noch bevor sich die Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder mit Atomkraftwerken zum Krisengespräch trifft, verkündet Baden-Württembergs Landes-Chef Stefan Mappus (CDU), das Kraftwerk Neckarwestheim I abzuschalten. Daraufhin erklärt Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) beim Krisentreffen, das Kraftwerk Isar 1 stillzulegen. Und auch Schleswig-Holsteins Landeschef Peter Harry Carstensen (CDU) will nun das schnelle Aus für das Kraftwerk Krümmel in seinem Land. Keiner will damals der Letzte sein, der die Zeichen der Zeit erkannt hatte, erzählt einer, der bei dem Krisentreffen dabei war.

**Schwarz-gelbe Kehrtwende.** Galt bis dahin Atomkraft als „Brücke ins regenerative Zeitalter“ und wichtig, um „Energie bezahlbar“ zu halten, stehen jetzt Sicherheitsbedenken im Vordergrund. Alle Atommeiler, die vor 1980 gebaut wurden, sollen sofort vom Netz. In den Folgemonaten wird außerdem die zuvor mit den Atomkonzernen ausgehandelte Verlängerung der Laufzeiten zurückgenommen. Entscheidungen,

die kurz zuvor noch bei den Regierenden undenkbar schienen. Im Sommer 2011 stimmt der Bundestag parteiübergreifend zu, aus der Atomenergienutzung auszusteigen.

**Ausstieg als Wendeschleuniger** Heute sind von 17 Atomkraftwerken noch sechs in Betrieb. Sie sollen bis spätestens Ende 2022 vom Netz gehen, also nächstes Jahr. Der Anteil der Atomkraft an der Bruttostromerzeugung sank von 18 Prozent im Jahr 2011 auf elf Prozent 2020. Die erneuerbaren Energien steigerten parallel ihren Anteil von 20 auf 45 Prozent. Bei der Nettostromerzeugung, also dem Strommix, der tatsächlich aus der Steckdose kommt, liegt der Anteil der Erneuerbaren sogar bei 50,5 Prozent. War der Atomausstieg 2011 damit ein Beschleuniger für die Energiewende? Was den Ausbau der Erneuerbaren angeht, ja. Dem Klimaschutz setzte der Ausstieg dagegen einen Dämpfer. Ein „Energiewende-Paradoxon“ stellte etwa der einflussreiche Thinktank Agora Energiewende fest: Steigende Treibhausgas-Emissionen trotz steigender Anteile erneuerbarer Energien, durch den Wegfall der Kernenergie. Denn Braun- und Steinkohlekraftwerke verdrängen teure Gaskraftwerke vom Markt.

Für eine weitere Entwicklung wirkte der Atomausstieg als Beschleuniger: Er machte den Weg frei, die Suche nach einem atomaren Endlager neu zu starten. Jahrzehntlang stritt Deutschland über den Standort

Gorleben, die Sache steckte fest. Mit Fukushima und dem endgültigen Atomausstieg jedoch bröckelten alte Blockaden. Nach einer parteiübergreifenden Initiative der Fachpolitikerinnen (ja, ausschließlich Frauen) im Bundestag beschloss dieser 2013 das Standortauswahlgesetz. Auf einer „weißen Landkarte“ soll ergebnisoffen und transparent der bestmögliche Endlager-Standort gesucht werden.

Im vergangenen Herbst legte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die mit der Suche beauftragt ist, den ersten Zwischenbericht vor. Ergebnis: 54 Prozent der Fläche Deutschlands kommt theoretisch für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Frage. Gorleben ist ausgeschieden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung hat einen großen Stellenwert, damit die Sache nicht wieder im Konflikt endet. Sie ist ein Experiment, das es vorher noch nicht gab: Bei gesetzlich vorgesehenen Konferenz-Veranstaltungen sollen die Bürger informiert und beteiligt werden. Bis 2031 wird der Kreis der Gebiete so weit eingegrenzt, bis ein Standort gefunden ist. Bundestag und Bundesrat werden über ihn abstimmen.

**Finanzielles Nachspiel** Bis heute nicht restlos geklärt ist die finanzielle Entschädigung für die Energiekonzerne. Mit der Entscheidung, die Atomkraftwerke früher vom Netz zu nehmen als geplant, hat der Staat in Eigentumsrechte eingegriffen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2020 entschieden, dass eine Entschädigung zügig geregelt werden müsse. Die Sache wird teuer: Es geht um mindestens mehrere hundert Millionen Euro für zugesagte Strommengen, die Vattenfall, RWE, Eon und EnBW nicht mehr produzieren dürfen. Zudem erwarten die Atomkonzerne Entschädigungen für Investitionen. Während in Deutschland im nächsten Jahr die restlichen Kraftwerke endgültig abgeschaltet werden, wird um Deutschland herum die Atomkraft weniger gefährlich eingestuft. Frankreich etwa plant, die Laufzeit der ältesten Atomkraftwerke von 40 Jahre auf 50 Jahre zu verlängern. Frankreich ist von Kernenergie so abhängig wie kein anderes Land weltweit, mehr als 70 Prozent des produzierten Stroms stammt aus Kernkraftwerken. Zwar sollen die Altkraftwerke zum Teil nachgerüstet werden. „Doch es gibt technische und wirtschaftliche Grenzen der Nachrüstbarkeit“, kritisiert Bundes-

umweltministerin Svenja Schulze (SPD). Die „zunehmende Überalterung“ bereite ihr Sorge. Nachbar Polen plant den Bau zweier Kernkraftwerke westlich von Danzig. Im Falle eines Atom-Unglücks wären Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein betroffen, die Bundesländer protestieren. „Wir brauchen einen Atomausstieg nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa“, fordert Mecklenburg-Vorpommerns Landes-Chefin Manuela Schwesig (SPD). Davon ist Europa noch entfernt. Wie Deutschland haben sich die Länder Italien, Belgien und die Schweiz von der Atomkraft abgewendet. Weltweit werden mehr Atomreaktoren in Betrieb genommen als stillgelegt, knapp 50 Kraftwerke werden zurzeit neu gebaut, davon allein in China rund ein Dutzend. Das Land hat im Februar sein erstes ohne ausländische Hilfe gebautes Atomkraftwerk in Betrieb genommen. Die Befürworter der Atomkraft greifen auf ein starkes Argument zurück: Den Klimawandel. So plädiert etwa Bill Gates reichweitenstark in seinem jüngsten Buch für

die Reduzierung der CO2-Emissionen bis 2050 auf null – und für Innovation bei der Atomkraft. Er selbst hat in ein Startup investiert, das Atomkraft auf neue Art nutzen will. Wie Gates argumentieren mehr und mehr Stimmen, der Atomkraft eine Chance zu geben, um die dramatischen Folgen des Klimawandels aufzuhalten. Doch alle bisherigen Versuche, etwa mit einer kontrollierten Kernfusion, scheiterten. Und: für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomenergie, die hochradioaktiven Abfälle, gibt es bis heute weltweit kein einziges Endlager in Betrieb.

**Grüne Strategie** Deutschland will zusätzlich zur Atomkraft bis 2038 auch aus der Kohleverstromung aussteigen. Das Vorhaben ist anspruchsvoll. Die erneuerbaren Energien sollen der Schlüssel zur Klimaneutralität sein. Sie sollen vermehrt Elektroautos antreiben und auch zum Heizen eingesetzt werden. Ökostrom lässt sich zudem in Wasserstoff verwandeln, der als Wunderwaffe gegen den Klimawandel gilt. Schon heute lassen sich mit Wasserstoff

Stahl oder Chemieprodukte herstellen, ohne die Atmosphäre stark zu belasten. Für all das braucht es jedoch noch viel mehr grünen Strom, bis 2030 soll der Anteil auf 65 Prozent am deutschen Strommix steigen. Für die Versorgungssicherheit setzt die Bundesregierung auf Stromspeicher, effiziente Gaskraftwerke und den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die Strom und Wärme gleichzeitig liefern. Was die Atomkraft angeht, bleibt Deutschland vorsichtig. Im Februar hat das Bundesamt für Strahlenschutz BfS den veränderten Notfallschutz bei Atomkatastrophen vorgestellt: Nach umfangreichen Ausbreitungsrechnungen für die deutschen Kernkraftwerke wurde der Radius für Schutzmaßnahmen um einzelne Reaktoren erweitert. Statt die Anwohner in einem Umkreis von zehn Kilometern zu evakuieren, gilt nun ein Radius von 20 Kilometern. Die Bestände an Jodtabletten für Kinder, Schwangere und Ältere wurden aufgestockt. BfS-Präsidentin Inge Paulini sagt zur Begründung: „Auch in einem hochindustrialisierten Land birgt Atomkraft ein unkalkulierbares Risiko.“

Annette Beutler

## »Nicht die Besserwisser der Welt«

**UMWELT** Grüne ernten Widerspruch für Antrag zum europaweiten Atomausstieg

Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene für den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie einsetzen: Das ist das zentrale Anliegen eines Antrags (19/27193) der Fraktion Bündnis 90/Grünen, über den der Bundestag wenige Tage vor dem zehnten Jahrestag der Reaktor-Katastrophe von Fukushima debattiert hat. Dabei erinnerte Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) zunächst an die 20.000 Toten, welche die Dreifachkatastrophe aus Erdbeben, Tsunami und Reaktorunglück am 11. März 2011 gefordert hatte. Zehn Jahre danach gebe es immer noch Menschen und Länder, die dem Atomlobbyismus erliegen. Kotting-Uhl appellierte an die Bundesregierung, zu ihrer „kraftvollen Haltung von 2011“ zurückzukehren und sich auf europäischer Ebene gegen eine Renaissance der Atomkraft einzusetzen. Diese Forderung stieß auf heftigen Widerspruch von Karsten Möring (CDU). Zwar sei es richtig, dass die Bundesrepublik aus der Stromerzeugung durch Kernkraft aussteige. Er halte es aber für „unvertretbar“, mit einem „missionarischen Ansatz“ andere Länder dazu zwingen zu wollen, der deutschen Politik zu folgen. Möring erklär-

te: „Wir sind doch nicht die Besserwisser der Welt!“ Ins gleiche Horn stieß Judith Skudelnly (FDP). „Was Sie hier formulieren, ist schlicht und ergreifend arrogant“, warf sie den Grünen vor. „Sie können doch nicht davon ausgehen, dass die Krönung der Intelligenz die Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag ist.“ Offenbar könnten sich die Antragsteller nur Machtgier, Naivität und Bestechlichkeit als Gründe für die Befürwortung der Kernkraft vorstellen, so Skudelnly. So könne man nicht auf befreundete Demokratien wie Japan und Frankreich schauen, die sich für einen anderen Weg entschieden hätten. Zusätzliche Schärfe erhielt die Debatte durch Rainer Kraft (AfD). Er attackierte Sylvia Kotting-Uhl in ihrer Funktion als Vorsitzende des Umweltausschusses, weil sie eine für den Vortag geplante öffentliche Anhörung über die Folgen der Katastrophe von Fukushima abgesagt habe – laut Kraft, weil ihr die von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Expertin, die britische Forscherin Geraldine Thomas, nicht passe. Das beweise einmal mehr, dass Wissenschaft nicht unabhängig von der Politik sei, kritisierte

Kraft. Kotting-Uhl sagte, sie habe Thomas kein Podium geben wollen, weil diese der Meinung sei, die Menschen in Tschernobyl hätten durch die Reaktor-Katastrophe keine Schäden davongetragen. Nina Scheer (SPD) stellte fest, dass zwar die Investitionen in die Atomenergie in den letzten Jahren weltweit gesunken seien, dass aber immer noch mehr Forschungsgelder für die Atomkraft als für erneuerbare Energien ausgegeben würden. Ohne Ausstieg aus der Atomenergie werde es auch kein Ende der Atomwaffen geben. Ralph Lenkert (Die Linke) erinnerte daran, dass die Katastrophe von Fukushima hätte vermieden werden können, wenn der Betreiber sich an die Vorschriften gehalten und die Anlage auf Erdbebenstärke 8 angelegt hätte. Seine Schlussfolgerung: „Es war das Profitstreben, das zur Katastrophe führte.“

Christian Hunziker

### STICHWORT

#### Deutschlands Weg aus der Kernkraft

**Erster Ausstieg** Die rot-grüne Bundesregierung verhandelt im Jahr 2000 mit den Energiekonzernen, aus der Atomkraft auszusteigen, sie verabreden Reststrommengen statt eines fixen Datums.

**Verlängerung** Ende 2010 erhöht die schwarz-gelbe Bundesregierung die Strommengen und damit die Laufzeiten um durchschnittlich zwölf Jahre.

**Zweiter Ausstieg** Nach dem Unglück in Fukushima im März 2011 wird der endgültige Ausstieg bis 2022 beschlossen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**A**ls „ofenfertigen“ Deal hatte Boris Johnson das angestrebte Abkommen seines Landes mit der Europäischen Union einst angepriesen. Kaum zehn Wochen nach Ende der Übergangszeit ist der britische Premier stattdessen mit einer schwierigen Realität konfrontiert. Das Vereinigte Königreich ist im Verhältnis zur EU nur noch ein Drittstaat. Der am Heiligabend geschlossene Vertrag ist dünn, der Teufel steckt im Detail. Für die britische Wirtschaft enorm wichtige Fragen wie etwa der Handel in Dienstleistungen waren nicht einmal Teil des Abkommens. Beim bisher schrankenfreien Warenhandel knirscht und kracht es daher jetzt an allen Ecken und Enden. Aber auch politisch beginnt das neue Verhältnis alles andere als harmonisch, und das in einer besonders heiklen Frage: Nordirland. Ende vergangener Woche holte die EU-Kommission zu einem heftigen verbalen Schlag aus und beschuldigte London, „zum zweiten Mal internationales Recht brechen zu wollen“. Hintergrund ist, dass London ohne Absprache einseitig die Schonfrist für Kontrollen von Lebensmittellieferungen von Großbritannien nach Nordirland bis Oktober 2021 beschlossen hatte. Eigentlich sollten diese zum 1. April auslaufen. Brüssel will mit Kontrollen in der Irischen See garantiert sehen, dass nur europäischen Vorgaben entsprechende Güter, hier vor allem Lebensmittel, in den Binnenmarkt gelangen. Die historisch fragile Grenze zwischen dem britischen Nordirland und der Republik Irland sollte nach Willen aller Seiten immer offenbleiben. Johnson hatte den Kontrollen für Lieferungen aus Großbritannien nach Nordirland zugestimmt. Doch die Kontrollen sorgen für Lieferengpässe in seinem eigenen Binnenmarkt. Britische Zulieferer in Großbritannien wollen an ihre britischen Kunden in Nordirland teilweise nicht mehr verkaufen, weil der Verwaltungsaufwand für nun fällige Dokumente riesig und teuer ist. Außerdem stellen strenge phytosanitäre Prüfungen für Pflanzen und Tiere oder Tierprodukte viele Supermärkte und Produzenten auf eine harte Probe. Transportunternehmer, die bisher mit einer kurzen Warendeckelung auf die Fähre Richtung Belfast gingen, haben jetzt Papierberge abzuarbeiten. Für Kunden in Nordirland wird das Angebot bereits teurer und weniger.

**Auftrieb für Extremisten** Den Extremisten im fragilen nordirischen Territorium sind solche Spannungen willkommen. Die pro-britischen Unionisten fordern, Johnson müsse das im EU-Vertrag verankerte Nordirland-Protokoll (siehe Stichwort) kündigen. Einige paramilitärische Verbände auf Seiten der Unionisten drohen sogar, ihre Unterstützung für das 1998 getroffene Karfreitagsabkommen zurückzuziehen. Anfang Februar bereits waren am Hafen von Larne, wo Waren aus Großbritannien abgefertigt werden, Graffiti mit Drohbotschaften aufgetaucht. Daraufhin waren Zollkontrollen aus Sicherheitsgründen kurzzeitig abgezogen worden.

Doch nicht nur politisch zeichnen sich die Konsequenzen des britischen Bruchs mit dem Kontinent ab. Zwar ist es schwierig, genau einzuschätzen, welche Handelshemmnisse durch die Corona-Pandemie entstehen und welche durch den Brexit. Just zum Jahreswechsel waren bei der Passage von Dover nach Calais strenge Kontrollen eingeführt worden, weil sich die EU-Länder gegen die „britische“ Virusvariante schützen wollten. Auch das führt seither zu Verzögerungen bei der Abfertigung. Eindeutig leidet der Handel aber auch an den für die Briten nun gültigen Kontrollen. Bereits zu Jahresbeginn machten schottische Fischer Schlagzeilen, die aus Protest



Proteste gegen eine Seegrenze in der Irischen See in Dungannon, der drittgrößten Stadt in der historischen Grafschaft Tyrone in Nordirland.

gegen Johnsons Vertrag mit ihren Kühltransportern an der Downing Street vorführen. Fisch und Schalentier im Wert von Millionen Euro verrotten in Lastwagen, weil die Abfertigung viel zu langsam vorankam. Wo sonst eine Ladung frischen Fisches vom schottischen Nordosten bis ins französische Boulogne-sur-Mer zwölf Stunden brauchte, waren es nun drei Tage. Dass just die schottischen Seeleute im Sommer 2016 den Brexit gewählt hatten, hatten sie viereinhalb Jahre später vergessen.

**Hohe Extra-Kosten** Besonders betroffen von den Brexit-Folgen sind auch Kleinunternehmer und spezialisierte Firmen, deren Firmenmodell auf zügigen Lieferketten beruht und auf der bisher günstigen Logistik im EU-Binnenmarkt. Denn jetzt können hohe Extra-Kosten entstehen: für Zertifikate zur Lebensmittelsicherheit, für zusätzliche Zollpapiere, auch für zusätzliche Zölle, die sich im Kleingedruckten des EU-Vertrags verbergen – etwa, wenn eine Ware nicht den notwendigen Anteil britischer

Fertigung hat. Dazu kommt das Ende des Modells „der gemischten Paletten“. Kleine Spezialgeschäfte für europäische Produkte von Käse über Brot bis hin zu Textilien müssen statt kleiner Bestellungen nun immer große Mengen abnehmen, weil die Verwaltungskosten sonst zu hoch sind. Und noch eine andere Konsequenz des Brexit sorgt für Schlagzeilen: das Ende der Personenfreizügigkeit. Ein besonders plastisches Beispiel sind Au-pairs. Großbritannien war für junge Menschen in Europa immer ein Magnet. Doch nun müssen sie einen Verdienst von umgerechnet rund 25.000 Euro nachweisen, bevor sie ein Arbeitsvisum bekommen. Dazu kommen Beiträge zur Gesundheitsversorgung und Visa-Gebühren von fast tausend Euro. Die Zeit, in der britische Familien jungen Leuten ein Zuhause geben konnten und im Gegenzug günstige Kinderbetreuung bekommen, sind vorerst vorbei. **Stefanie Bolzen** ■

Die Autorin ist Korrespondentin der »Welt« in London.

# Harte Probe

**BREXIT** Seit 1. Januar ist das Vereinigte Königreich im Verhältnis zur EU nur noch ein Drittstaat. Vom Nordirland-Konflikt bis zu Au-Pairs richtet der britische EU-Austritt viel Schaden an

## »Unverzichtbarer Beitrag«

**BUNDESWEHR I** Einsatz im Südsudan wird fortgesetzt

Die Bundeswehr wird sich ein weiteres Jahr an der Mission der Vereinten Nationen im Bürgerkriegsland Südsudan (UNMISS) beteiligen. Für einen entsprechenden Antrag (19/26557) der Bundesregierung votierten am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 571 Abgeordnete. Es gab 67 Nein-Stimmen – überwiegend aus der Linksfraktion – und zwei Enthaltungen. Die Obergrenze des Mandats soll wie bisher bei 50 Soldatinnen und Soldaten liegen. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, Zivilpersonen zu schützen, förderliche Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu schaffen und die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen. Christoph Matschie (SPD) betonte, es gebe nach wie vor Dissens zwischen den am Friedensprozess Beteiligten über das weitere Prozedere, fast zwei Drittel der Bevölkerung seien zudem auf humanitäre Hilfe

angewiesen. Auch für Andreas Nick (CDU) leistet die Mission mit bis zu 17.000 Soldaten sowie 2.100 Polizisten „einen unverzichtbaren Beitrag zum Friedensprozess“. Gerold Otten (AfD) verwies auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen im Südsudan. Es sei zu hoffen, dass die Menschen dort „nach dem Gemeinwohl entscheiden werden und nicht nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit, und dass ihre Anführer das Votum auch akzeptieren“. Marcus Faber (FDP) betonte, der Einsatz der Bundeswehrsoldaten müsse in Bezug auf Kommunikation und Ausrüstung optimiert werden. Linken-Politiker Tobias Pflüger forderte hingegen „dringende zivile Hilfe und nicht militärische“. Jürgen Trittin (Grüne) bezeichnete das Nein der Linken zu UNMISS daraufhin als „grob unsolidarisch gegenüber dem Globalen Süden“.  **Joh** ■

## Sicherheit auf See

**BUNDESWEHR II** Mittelmeer-Mission um ein Jahr verlängert

Bis zu 650 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden sich ein weiteres Jahr an der Nato-Sicherheitsoperation „Sea Guardian“ im Mittelmeer beteiligen, bei der sie Lagebilder erstellen und den Seeraum überwachen. Für den Antrag (19/26558) der Bundesregierung stimmten vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 437 Abgeordnete, zum Großteil aus den Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP. Die 198 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen kamen aus den Reihen von AfD, Die Linke und den Grünen, aber vereinzelt auch aus der SPD. Ralf Nolte (AfD) sagte, es gebe im Mittelmeer keine Waffenschmuggler und keine Terroristen, Abschreckung könne außerdem keine Grundlage für die Zustimmung zu diesem Mandat sein. Nach Ansicht von Matthias Höhn (Die Linke) könne Sicherheit in der Region nur geschaffen werden, wenn die Waffenexporte nach Libyen eingestellt würden. Auch sei die Situation zwi-

schen der Türkei und Griechenland – Stichwort Zypern – „untragbar“. Tobias Lindner (Grüne) sieht die tatsächlichen Sicherheitsrisiken im Mittelmeer nicht im Terrorismus, sondern in den „inhärenten Problemen, die Nato-Länder wie Griechenland und die Türkei miteinander haben“. Auch funktioniere die Kontrolle eines Waffenembargos gegen Libyen nicht effektiv, weil Nato-Staaten die Kontrolle von Schiffen verweigerten. Demgegenüber leistet das Mandat laut Daniela De Ridder (SPD) „einen essenziellen Beitrag zur Aufklärung und zum Kampf gegen Terrorismus, gegen Waffen- und Menschenmuggel“. Roderich Kiesewetter (CDU) bezeichnete „Sea Guardian“ als „ein Paradebeispiel dafür, wie man multilateral kooperativ wirken kann und wie wir unsere Sicherheit gewährleisten“. Ulrich Lechte (FDP) betonte, die Sicherheit der internationalen Seewege „sollte für uns alle von größter Priorität sein“.  **Joh** ■

## Viel Luft nach oben

**MENSCHENRECHTE** Reformen bei humanitärer Hilfe

Fünf Jahre nach dem Humanitären Weltgipfel in Istanbul und der Verabschiedung des sogenannten Grand Bargains haben Experten vergangene Woche eine gemischte Bilanz hinsichtlich der Wirkung gezogen. In einer öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschusses konstatierten sie zwar Fortschritte bei der Reform der humanitären Hilfe, doch sahen sie die Bemühungen als nicht ausreichend an. Im Grand Bargain haben sich die 15 größten Geberländer und die 15 großen Hilfsorganisationen (NGOs) zusammengeschlossen, um die Effizienz und Effektivität der Investitionen in Notfallmaßnahmen zu erhöhen. Ralf Südhoff, Leiter des Centre for Humanitarian Action, urteilte, das eigentliche Ziel, Prozesse auf der Makroebene zu verändern, sei noch nicht erreicht. Auch der ehemalige Diplomat Rolf Böhnke konstatierte, der Vorsitz des Grand Bargain „Schwerfälligkeit und Eigeninteressen“ großer NGOs zu überwinden und sie zur Zusammenarbeit zu motivieren, gestalte sich

in der Praxis oft schwierig. Philipp Frisch von „Ärzte ohne Grenzen“ kritisierte, die Geberstaaten seien leider oft auch diejenigen, die durch ihre Politik überhaupt erst humanitäre Bedarfe entstehen ließen. Heiko Knoch, Leiter des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, lobte, das Volumen von Bargeldhilfen habe sich von 2016 bis 2019 auf 5,6 Milliarden US-Dollar verdoppelt. Auch sei die Harmonisierung von Partnerschaftsprozessen dank des UN-Partnerportals vorangekommen. Katharina Lump, Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, sagte, das Ziel, 25 Prozent der Projektaufgaben über lokale und nationale Partner umzusetzen, hätten im vergangenen Jahr immerhin zehn Unterzeichner erreicht. Wie sie sprach sich auch Kathrin Schick, Direktorin des NGO-Dachverbands Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies (VOICE) für eine Harmonisierung und Vereinfachung administrativer Anforderungen für NGOs aus.  **sas** ■

### STICHWORT

#### Das Nordirland-Protokoll

**Inhalt** Im Brexit-Vertrag verankert sieht es vor, dass Nordirland faktisch weiter zum EU-Binnenmarkt gehört. Das soll Grenzkontrollen zwischen Nordirland und dem EU-Staat Irland verhindern.

**Folgen** Warentransporte aus dem übrigen Vereinigten Königreich nach Nordirland müssen nun zum Teil kontrolliert werden. Um Probleme etwa bei der Lebensmittelversorgung zu vermeiden, gilt eine mehrmonatige Übergangsphase.

**Frist** Die Übergangsphase sollte Ende März enden, wurde von Großbritannien aber einseitig bis Oktober verlängert. Nach Fristablauf sollen Lieferanten tierischer Produkte im Besitz von Gesundheitszertifikaten für Lieferungen von Großbritannien nach Nordirland sein.

**DAS LEBEN ÄNDERT SICH**  
**Bitte benachrichtigen Sie uns bei:**  
**Namensänderung**  
**Adressänderung**  
**Änderung der Bankverbindung**  
**Telefonisch unter: 089-85853832,**  
**via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de**  
**oder online unter:**  
**www.das-parlament.de/aboservice**

## Mit Waffengewalt gegen Demonstranten

**AKTUELLE STUNDE** Fraktionen verurteilen Militärputsch in Myanmar. Maas (SPD) kündigt Sanktionen an

Die Bundestagsfraktionen haben die gewaltsame Machtübernahme durch das Militär in Myanmar einhellig verurteilt und ein Ende der Gewalt, die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und eine Rückkehr zu demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen gefordert. Es gelte „klar und deutlich zu machen, dass wir diesen Putsch niemals akzeptieren werden“, betonte auch Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) am vergangenen Donnerstag in einer von CDU/CSU und SPD verlangten Aktuellen Stunde. Zuvor hatte schon Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) den Militärputsch in einem offenen Brief verurteilt und die sofortige Freilassung der verhafteten Mitglieder des Parlaments und der bisherigen Regierung verlangt. Dem bisherigen Sprecher der Volksversammlung in Myanmar, T. Khun Myatt, bekundete er im Namen des Bundestages seine Solidarität.

Seit das Militär am 1. Februar die bis dahin regierende „Nationale Liga für Demokratie“ von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi abgesetzt hat, kommt es in Myanmar regelmäßig zu Massendemonstrationen. Dabei sind bereits Dutzende Menschen von Soldaten und Polizisten getötet worden.

**Zeitnahe Beschlüsse** Maas sagte im Plenum, Worte reichten nicht aus, deshalb seien am 22. Februar beim EU-Außenministerrat Sanktionen erarbeitet worden, die auf Entscheidungsträger des Militärs zielen und „zeitnah“ beschlossen werden könnten. Die Bundesregierung stehe außerdem im Austausch mit den internationalen und regionalen Partnern, um die Lage in Myanmar diplomatisch zu entschärfen. Den Schlüssel zum Dialog sieht Maas insbesondere bei der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean. Markus Koob (CDU) nannte die Bilder aus Myanmar „zutiefst dramatisch“ und sprach sich für eine Ausweitung der beschlossenen Sanktionen aus, sollte das Militär nicht einlenken. China forderte er auf, den Putsch endlich zu verurteilen und sich für die umgehende Wiedereinsetzung des demokratisch gewählten Parlaments zu engagieren.

Christoph Hoffmann (FDP) rief das Auswärtige Amt auf, die Botschafterin Myanmars erneut einzubestellen, diesmal gemeinsam mit dem Militärattaché, um mit beiden „Klartext“ zu sprechen und einen Dialog auszuloten. Außerdem befürwortete er „in enger Abstimmung mit den USA“ schnelle, neue Sanktionen, darunter auch Wirtschaftssanktionen. Es sei Eile geboten, mahnte Hoffmann. Angesichts von 20 bewaffneten ethnischen Minderheiten im Land drohe Myanmar in einen Bürgerkrieg abzurutschen, der „zum Untergang des gesamten Staates“ führen könnte. Sevim Dagdelen (Die Linke) und Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen) forderten die Ausweisung des Militärattachés aus Deutschland. Darüber hinaus sprach sich Bause für individuelle Sanktionen gegen Verantwortliche des Putsches aus sowie für eine umfassende Aufklärung von Vorwürfen gegen den deutschen Spezialisten für Telekommunikationsinfrastruktur ADVA. Dieser soll indirekt mit dem Unternehmen Mytel zusammenarbeiten, das anteilig dem Militär Myanmar gehört. Dagdelen kritisierte zudem die deutschen Rüstungsexporte in die Region. Auch aktuell seien wieder deutsche Waffen und Waffenkomponenten in Myanmar im Einsatz. Zwar verurteilte sie den Putsch und die In-

haftierung der entmachteten Regierungschefin Aung San Suu Kyi klar, gleichwohl taue Suu Kyi nicht als „demokratische Heldin“, betonte Dagdelen. Diese sei 2017 gemeinsam mit den Militärs brutal gegen die muslimische Minderheit der Rohingya vorgegangen. Myanmar wurde deswegen vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Völkermordes angeklagt. Jürgen Braun (AfD) sagte dazu, Suu Kyi sei von den „Altparteien im Bundestag“ mit Erwartungen überfrachtet worden. Diese hätten sie zwingen wollen, die Rohingya, „eine Millionen Bengalen, die nicht zum Staatsvolk gehören“, einzubürgern. Das „diplomatische Sperrfeuer“ habe die „legitime birmanische Regierung“ geschwächt und eine „linke Militärdiktatur“ erst ermöglicht, urteilte Braun.

**Brutale Unterdrückung** Die Generale haben als Grund für den Putsch Unregelmäßigkeiten bei der Parlamentswahl vom November genannt, die Suu Kyi mit klarem Vorsprung gewonnen hatte. Die Demonstranten fordern die Wiedereinsetzung der 75-Jährigen, die im Land sehr beliebt ist. Schon während der fast 50 Jahre dauernden Militärdiktatur im früheren Birma hatte die Junta jeden Widerstand brutal unterdrückt.  **Johanna Metz** ■





Der Krieg in Afghanistan fordert immer wieder zivile Opfer, erst vergangene Woche wurden drei Journalistinnen bei einem Angriff in der östlichen Stadt Jalalabad getötet (linkes Bild). Positive Auswirkungen des vor einem Jahr vom US-Friedensgesandten Zalmay Khalilzad (Bild rechts, links) und Taliban-Führer Mullah Abdul Ghani Baradar (rechts) in Doha (Katar) unterzeichneten Friedensabkommens sind bislang wenig zu spüren.



# Warten auf den Wendepunkt

**AFGHANISTAN** Ein Jahr nach dem Abkommen von Doha ist wenig passiert. Der Friedensprozess steckt fest

Der 29. Februar 2020 sollte, nach zahlreichen diplomatischen Pleiten und Pannen, ein Wendepunkt werden. An diesem Tag unterschrieben in Doha, Katar, die Unterhändler der US-amerikanischen Trump-Regierung und der afghanischen Taliban den Vertrag, der einen seit mehr als 40 Jahren währenden Krieg in Afghanistan beenden soll. Seitdem ist, außer einigen Verhandlungsrunden, nicht viel passiert. Dennoch haben die USA große Teile ihrer Truppen aus Afghanistan abgezogen. Zurzeit trainieren und beraten nur noch 2.500 US-Soldaten die afghanischen Streitkräfte. Damit sank die Zahl der US-Soldatinnen und Soldaten am Hindukusch seit dem US-Einmarsch im Jahr 2001 auf das niedrigste Niveau. Insgesamt dienen gegenwärtig noch 9.600 Nato-Soldaten am Hindukusch. Schon US-Präsident Barack Obama wollte dem Dauerkonflikt in Afghanistan entkommen. Mit einem „Surge“, einer massiven Truppenaufstockung, suchte er den Krieg zu gewinnen – und so die Voraussetzungen für den Abzug zu schaffen. In den USA ist der Elan für den „Kampf gegen den Terror“, der nach dem Al-Qaida-Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 entflammte, verfliegen. Die Kriege in Afghanistan und im Irak sind für die USA weder glanzvoll noch siegreich. Allein in Afghanistan starben in den 19 Jahren Einsatz bereits 2.352 US-Soldaten. So lag es nahe, dass auch Präsident Donald Trump nur noch „raus“ wollte. Die finanziellen Kosten des Krieges sind schwindelerregend. In seinem Bericht vom Januar bezifferte John Sopko, unabhängiger Sonderberichterstatler der US-Regierung für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR) die Summe, die die USA allein seit 2008 für den Bau und die Pflege von Gebäuden und Fahrzeugen ausgegeben haben auf 7,8 Milli-

arden US-Dollar. Davon seien 6,6 Milliarden US-Dollar im Sumpf der Korruption versunken. Die Gesamtkosten des Unterfangens belaufen sich laut Sopko auf mehr als 143 Milliarden US-Dollar. Das Doha-Abkommen und die Ankündigungen eines Rückzugs kommen daher in den USA innenpolitisch gut an. Für die Taliban ist Doha ein diplomatischer Jackpot. Unter den Afghanen selbst ist der Vertrag höchst umstritten. Schließlich wurde er ohne die gewählte afghanische Regierung geschlossen – eine Vorbedingung der Taliban. Damit ist es ihnen gelungen, die Legitimität der Regierung von Präsident Aschraf Ghani zu unterminieren und sich selbst als politische Macht aufzuwerfen. Das Doha-Abkommen besteht aus vier Kapiteln. Nur drei davon sind öffentlich bekannt. Das vierte dürfen nur Abgeordnete des US-Kongresses einsehen. Unklar bleibt, welche Verpflichtungen die Taliban gegenüber Washington eingegangen sind und welche Mechanismen die Einhaltung des Vertrages überwachen werden.

**Der Krieg wütete 2020 noch brutaler denn je, hinzu kommen Verarmung und Pandemie.**

**Steigende Opferzahlen** Ein Jahr nach der Unterzeichnung ist außer dem Abzug zahlreicher US-Truppen aus Afghanistan kaum Positives zu beobachten. Der Krieg wütete in diesem Jahr noch brutaler denn je, hinzu kommt die Pandemie und eine erneute Verarmung breiter Bevölkerungsteile. Laut UN-Berichten sind innerhalb eines Jahres mehr als 30.000 Menschen Opfer des bewaffneten Konfliktes geworden – eine der höchsten Zahlen seit 2001. Die Taliban selbst geben den Kampf nicht auf. Zwar greifen sie seit der Unterzeichnung des Vertrages Nato-Truppen nicht mehr an. Dafür beschließen sie unvermindert afghanische Soldaten und Sicherheitskräfte. Seit Doha konnten die selbsternannten Gotteskrieger sogar weitere Teile des Landes unter ihre Kontrolle bringen.

Zuletzt auch wichtige Abschnitte der Straße, die die Hauptstadt Kabul mit der zweitgrößten Stadt Kandahar verbindet. Unklar ist, ob die Taliban diese Abschnitte im Kampf eroberten oder ob das Geheimkapitel des Doha-Vertrages die afghanischen Regierungstruppen dazu verpflichtete, die mehr als 200 Kontrollpunkte entlang der Strecke aufzugeben. Zudem hat das Töten eine neue, grausige Intensität erlangt. Gezielt werden nun afghanische Aktivisten, Politiker, Menschenrechtler, Ärzte und Journalisten getötet, kurz diejenigen, die das neue, das demokratische Afghanistan repräsentieren. Innerhalb eines Jahres starben 65 afghanische Journalisten. Da die Taliban-Führung sich im Hinblick auf ihre Ziele für die Zeit nach einem eventuellen Frieden sehr bedeckt hält, befürchten vor allem afghanische Frauen das Schlimmste. Viele warnen davor, dass am Ende die Frauen die Verliererinnen des Friedensprozesses sein werden. So ist wenig Hoffnung verbunden mit innerafghanischen Friedensgesprächen. Sie sollten zu einer allgemeinen Feuerpause führen, doch starteten diese erst mit sechs Monaten Verzögerung im Herbst 2020. Seitdem ist kaum etwas geschehen. Mitte Januar 2021 trafen sich die Parteien, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Wann es weitergeht, ist unbekannt. Ein verkorkster Stop-and-go-Friedensprozess. Kleine Hoffnungsschimmer gibt es dennoch. So kooperierten kürzlich die Taliban

und die afghanische Armee bei einem Taliban-geführten Großangriff gegen die lokalen IS-Kämpfer in der Provinz Kunar. Als die Taliban ihre gefährlichsten Konkurrenten besiegt hatten, ergaben sich die IS-Kämpfer nicht ihnen, sondern der afghanischen Regierung. Präsident Aschraf Ghani betreibt unterdessen Schadensbegrenzung. Kürzlich stellte er klar, dass er sein Amt nur einem gewählten Nachfolger übergeben werde. Seine Regierung sucht den internationalen Gemeinschaft. Diese hatte im November 2020 Ghani gewählte Regierung weitere finanzielle Unterstützung zugesagt. Die Erfahrung des ehemaligen afghanischen Präsidenten Mohammad Nadschibullah vor Augen, der mit sowjetischer Finanzhilfe bis Ende 1989 erfolgreich gegen die von den USA unterstützten Mudschaheddin militärisch standhalten konnte, glaubt Aschraf Ghani, dass die afghanischen Sicherheitskräfte den Taliban widerstehen können, solange seine Regierung finanziell unterstützt wird. Der US-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, dem zahlreiche afghanische Politiker wegen seiner extrem nachgiebigen Haltung gegenüber den Taliban misstrauen, versucht indes die innerafgha-

nischen Gespräche zu beschleunigen. Letzte Woche bereiste er die Region und traf nicht nur Ghani und dessen wichtigsten innenpolitischen Gegner, den Chef des afghanischen Friedensrates Abdullah Abdullah, sondern auch führende Politiker der Nachbarländer Afghanistans. Denn ohne die aktive Unterstützung von Afghanistans Nachbarn hat kein Friedensprojekt eine Überlebenschance.

Während Indien die afghanische Regierung unterstützt, gibt Indiens Erzfeind Pakistan den Taliban inoffiziell Rückendeckung. Aber auch Iran und die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken im Norden Afghanistans haben starken Einfluss auf das Geschehen. Russland, China, Indien und Pakistan – Afghanistan ist eingekreist von miteinander ringenden Nuklearmächten, die jeweils ihre Interessen im Land verfolgen.

**Schwierige Entscheidungen** Der neue US-Präsident Joe Biden muss nun entscheiden, wie es weiter gehen soll mit dem Doha-Prozess. Die vom US-Kongress eingesetzte Arbeitsgruppe Afghanistan empfiehlt Biden einen neuen Umgang mit dem Vertrag. Demnach sollen die USA zu einem unabhängigen, demokratischen Afghanistan stehen, einen weiteren Truppenabzug

von Bedingungen abhängig machen, ihre Unterstützung für den bestehenden afghanischen Staat und seine Sicherheitskräfte erklären, mit aktiver Diplomatie den Erfolg des Friedensprozesses garantieren und die Länder in der Region in den Prozess einbinden. Biden hat demnach drei Alternativen: das Abkommen einhalten und die letzten Truppen bis zum 30. April abziehen. Oder die Truppen ohne zeitliche Begrenzung weiter in Afghanistan belassen. Oder mit den Taliban um eine Verlängerung des Abzugsplans verhandeln. Keine der Optionen bietet gute Aussichten. Wählt Biden Option eins, riskiert er einen blutigen Krieg unter Afghanen und eventuell den Sturz der gewählten afghanischen Regierung. Beschließt er die US-Truppen unbegrenzt in Afghanistan zu belassen, riskiert er weitere empfindliche Verluste und wachsenden Unmut zuhause. Bleibt die Idee, die Implementierung des Vertrages zu vertagen – was die Taliban vehement ablehnen. Um sie für diese Alternative zu gewinnen, müssten die USA weitergehende Konzessionen machen, wie Sanktionen gegen Taliban-Führer aufheben oder sie von der Liste der Terrororganisationen streichen. Für Biden, so viel steht fest, wird es keinen glücklichen Exit aus dem Afghanistan-Konflikt geben. Auch, weil niemand an einen dauerhaften Frieden in Afghanistan glaubt. *Cern Sey*

Der Autor ist freier Journalist.

## »Vor uns liegen entscheidende Monate«

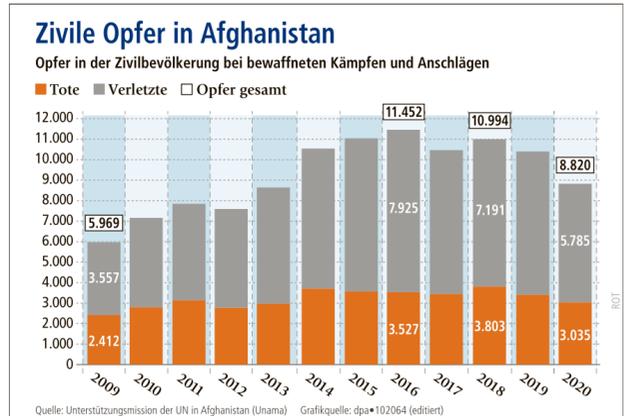
**BUNDESWEHR** Bundestag ist uneins über eine befristete Verlängerung des Afghanistan-Mandats bis Januar 2022

Am 1. Mai sollen die letzten US-Truppen Afghanistan verlassen haben. So sieht es das Friedensabkommen vor, dass die USA vor einem Jahr unter dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump mit den Taliban geschlossen haben (siehe Text oben). Doch die neue US-Regierung unter Joe Biden hat noch nicht entschieden, ob sie den Abzugsplan tatsächlich realisieren will. Verbündete wie Deutschland, die sich an der Nato-Mission „Resolute Support“ beteiligen, ebenfalls von einer „nicht einfachen Situation“. Es lägen „entscheidende Monate vor uns“, in denen ein verantwortungsvoller Abzug zu organisieren sei. „Wenn wir überstürzt abziehen, droht, dass die Taliban eine Lösung auf dem Schlachtfeld suchen, statt weiter zu verhandeln“, warnte er. Unterstützung für diesen Kurs erhielt die Bundesregierung von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP. So nannte es Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) „eine Selbstverständlichkeit, der Biden-Administration diese Zeit einzuräumen, um die Situation in Afghanistan neu zu bewerten“. Jürgen Hardt (CDU) forderte die Bundesregierung jedoch auf, den Bundestag „über alle Schritte, die jetzt in der Nato vereinbart werden, kurzfristig auf dem Laufenden zu halten“.

Rekruten der afghanischen Armee. Ihnen hilft die Bundeswehr bei ihrer Ausbildung.



Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Grüne) sprach von einer „unklaren Situation“. Das Mandat werde mehr Fragen auf, als es beantworte. So spreche die Bundesregierung von einem geordneten Abzug. Zugleich wolle sie nur lageabhängig raus. „Aber was sind dafür die Konditionen, insbesondere wenn die Lage sich verschlechtern sollte?“ AfD und Linke forderten einen sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan. *Johanna Metz*



**AUFGEKEHRT**

**Fußballer mit Imageproblem**

Es kann jeden befallen, ist äußerst lästig und schwer wieder loszuwerden: das Imageproblem. Die Zahl der Betroffenen steigt in Zeiten von Social Media stetig, die Symptome – gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung, wirtschaftliche Verluste bis hin zum Bankrott – sind schwerwiegend. Deutsche Autobauer leiden darunter seit dem Dieselskandal, der Wendler, seit er auf Instagram Verschwörungstheorien über Corona verbreitet. Beamte und Polizisten haben es, der Islam, die SPD, Andi Scheuer und genmanipulierte Lebensmittel auch. Pelzmäntel haben es gar nicht erst überlebt. Aktuell breitet sich das Imageproblem in Deutschland exponentiell aus. Es haftet plötzlich an Virologen, Ministerpräsidenten, an digitalen Lernplattformen, Querdenkern und, besonders hartnäckig, an Impfstoffen. Eine aufgeregte Boulevardblatt-Meldung über eine vermeintlich mangelhafte Wirkung reicht, um aus Hoffnungsträgern wie dem AstraZeneca-Vakzin-Ladenhüter zu machen, die wie Blei in den Kühlschränken der Impfzentren lagern. Dabei heißt es doch, Impfstoffe seien das Gold des Jahres 2021? Beim Stichwort Gold muss es dem Chef des FC Bayern in den Ohren geklingelt haben. Karl-Heinz Rummenigge hat nämlich vorgeschlagen, Profifußballer könnten sich doch gegen Corona impfen lassen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Vakzine zu stärken. Vom FC Bayern lernen, heißt impfen lernen? Klar, wer will noch zögern, wenn sich athletische Jungmillionäre das Zeug in den Arm jagen lassen. Böse Zungen behaupten allerdings, der FC Bayern habe damit nur wieder seine Arroganz unter Beweis gestellt. Was bestätigt: Das Imageproblem lauert überall, nicht mal Fußballer sind dagegen immun. *Johanna Metz*

**VOR 70 JAHREN...**

**Polizeiarbeit auf Bundesebene**

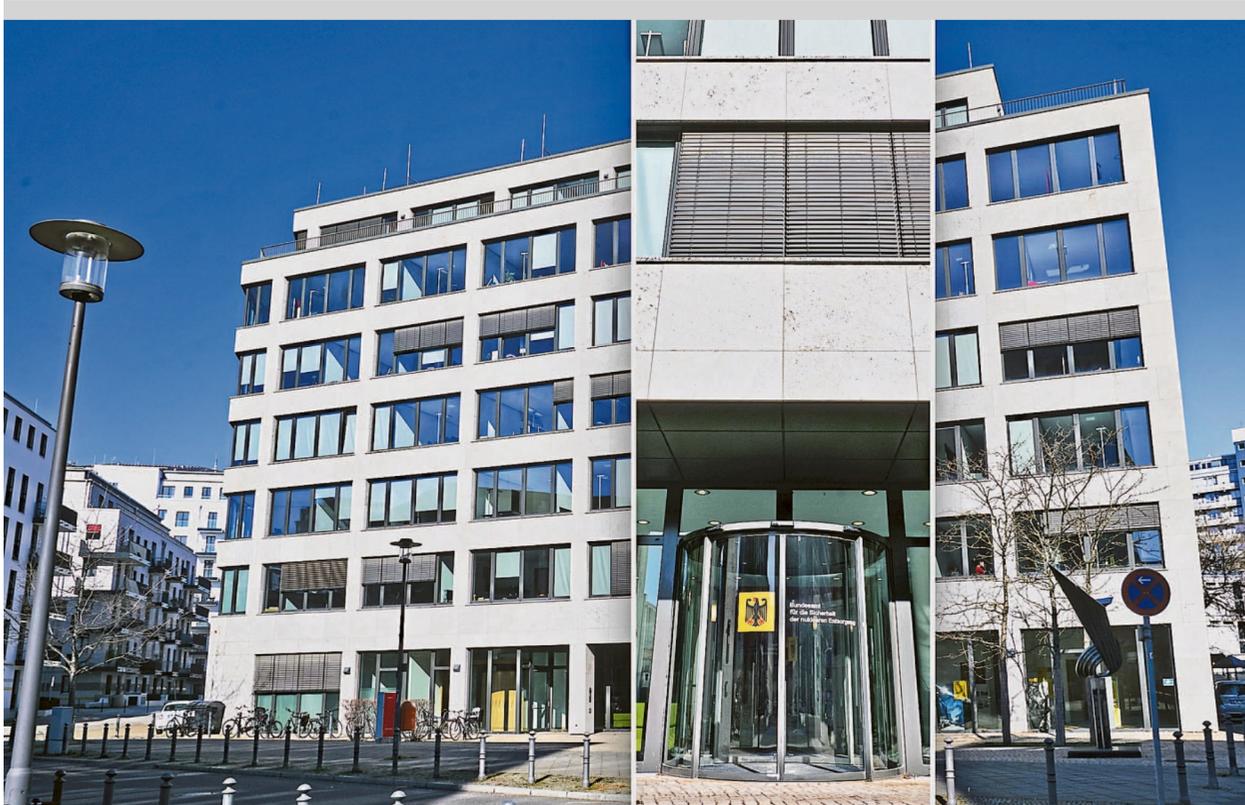
8. März 1951: BKA-Gesetz erlassen. In einem umgebauten Pferdestall in Bonn nahmen 26 Kriminal- und ein Verwaltungsbeamter 1951 ihre Arbeit auf. So bescheiden startete das Bundeskriminalamt, das mit dem „Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes“ vom 8. März 1951 ins Leben gerufen wurde. Zunächst bestand die Aufgabe der „Sicherungsgruppe Bonn“ darin, die Bundesregierung um Kanzler



Die Kartei für Fingerabdrücke des Bundeskriminalamts im Jahr 1965.

Konrad Adenauer (CDU) zu schützen. Da die Polizeihohheit laut Grundgesetz nicht beim Bund, sondern bei den Ländern liegt, hatten diese zunächst Landeskriminalpolizeiamter geschaffen; die Einrichtung einer bundesweiten Zentralstelle „für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen“ war jedoch verfassungsgemäß. Das BKA sollte die nationale Verbrechensbekämpfung koordinieren und Ermittlungen in schwerwiegenden Kriminalitätsfeldern mit Auslandsbezug durchführen. Gerangel gab es um den Sitz der Behörde. Im Gespräch waren Hamburg und Koblenz, schließlich erfolgte die Gründung in Bonn und zwei Jahre später der Umzug in einen Neubau nach Wiesbaden. Deutlich schwerer wog jedoch Jahrzehnte lang die Tatsache, dass anfangs die meisten BKA-Mitarbeiter durch eine NS-Vergangenheit vorbelastet waren. 2007 begann die Behörde auf Initiative des damaligen BKA-Präsidenten Jörg Ziercke ihre Geschichte aufzuarbeiten. „Ich glaube, dass wir eine sehr demokratische Polizei sind“, sagte Ziercke in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. „Aber wir wollen wissen, wo sind unsere Wurzeln, und ist aus dieser Zeit etwas übrig geblieben in den 60er, 70er Jahren, was wir möglicherweise nicht erkannt haben.“ *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: BUNDESAMT FÜR DIE SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG**



Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bezog im Januar 2020 am Berliner Tiergarten seinen Hauptsitz. Inzwischen arbeiten knapp 340 Beschäftigte für die Behörde, die einen zweiten Standort im niedersächsischen Salzgitter hat.

**Fukushima als Startpunkt der Endlagersuche**

Vor zehn Jahren erschütterten die Bilder aus dem japanischen Kernkraftwerk Fukushima die Welt. In Deutschland gar in einem Maße, dass eine soeben erst getroffene politische Entscheidung zurückgenommen wurde. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hielt im Herbst 2010 noch eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke von 10 bis 15 Jahren für vernünftig. Wenige Monate später wurde als erste Reaktion auf die Reaktor Katastrophe ein dreimonatiges Moratorium der Laufzeitverlängerung verhängt, was den Anfang vom endgültigen Atomausstieg markierte (siehe Text Seite 9). „Die Reaktor Katastrophe von Fukushima 2011 hat uns allen die Halbwertszeit von Sicherheitsversprechen für Atomkraftwerke vor Augen geführt. Die Ereignisse aus Japan erschütterten die ganze Welt und hatten weitreichende Folgen“, befand vergangene Woche Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das seinen Hauptsitz in

Berlin-Tiergarten hat. „Dieser Ausstieg ermöglichte erst den Neustart bei der Suche nach einem Standort für ein dauerhaft sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle“, betonte er. Mit den Ereignissen verbunden war die Gründung des von König geführten Bundesamtes. 2014 gegründet als zentrale Fachbehörde des Bundes für den sicheren Umgang mit den Hinterlassenschaften der Atomenergie nimmt das BASE Regulierungs-, Genehmigungs- und Aufsichtsaufgaben im Bereich Endlagerung, Zwischenlagerung sowie für den Umgang und Transport von hochradioaktiven Abfällen wahr. Und ist damit ein wichtiger Akteur bei der Endlagersuche. Es handle sich um einen sehr langen und beschwerlichen Weg, um in Deutschland ein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle zu finden, sagte der Amtsleiter vergangene Woche vor der Bundespressekonferenz. Durch die pluralistisch besetzte Endlager-Kommission sei es aber möglich geworden, diesen Weg zu gehen. Weltweit einmalig sei,

das dabei „von vornherein auf die intensive Beteiligung der Bevölkerung gesetzt wird“. Für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, so der aktuelle Stand, werde im Schacht Konrad bei Salzgitter derzeit ein Endlager errichtet, das 2027 in Betrieb genommen werden soll. Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle soll bis zum Jahr 2031 gefunden sein. Eine Rückkehr zur Atomkraft aus Gründen des Klimaschutzes kann sich König indes nicht vorstellen. Immer öfter sei zwar die Rede von neuen, sicheren Reaktortypen, die keinen Abfall produzieren würden. Aber: „Keine der Technologien hält diese Versprechen ein.“ Mit ihnen verbunden sei die Hoffnung, durch Technik statt durch nachhaltiger Lebensweise dem Klimawandel begegnen zu können. Eine Hoffnung, die aus Sicht Königs trügerisch ist. Diese Technik habe schließlich erst zu den Katastrophen und den ungelösten Entsorgungsproblemen geführt, gibt er zu bedenken. *Götz Hausding*

**LESERPOST**

Zur Ausgabe 9 vom 01. März 2021, „AfD scheitert erneut bei Gremienwahlen“ auf Seite 6: Die Alternative für Deutschland (AfD) hat bei der letzten Bundestagswahl 12,6 Prozent der Stimmen bekommen und die aktuellen Umfragen lassen für die nächste Wahl ähnliches vermuten. Die Taktik der anderen Parteien, die AfD auszugrenzen und unter anderem nicht in Gremien zu wählen, hat offensichtlich nicht dazu beigetragen diese Partei wieder verschwinden oder bei Wahlen klein werden zu lassen. Wer als AfD-Wähler von anderen Parteien beschimpft und ausgegrenzt wird, wählt diese Parteien bestimmt nicht wieder. Vielleicht sollten sich die Parteien eine andere Strategie überlegen, um verlorene Stimmen wieder zu bekommen, denn Parteien des gesamten politischen Spektrums haben an die AfD Stimmen

verloren, von der Linken bis zur CDU. *Dennis Klingenberg, Bremen*  
Zu derselben Ausgabe, „Umstritten ist der Weg zurück“ auf Seite 6: Das Bundesverfassungsgericht hat im Beschluss vom 18. November 1989 unter den Aktenzeichen 1 BvL 14/85 und 1 BvR 1276/84 entschieden, dass die Rückkehrpflicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Demnach sei ein funktionierender Taxiverkehr als „wesentlicher Bestandteil des Allgemeinwohls“ vom Gesetzgeber durch geeignete Maßnahmen zu schützen, wobei die Einführung einer Rückkehrpflicht für Mietwagen von Verfassungswegen aus vielerlei Gründen geboten ist. Als aufmerksamer Taxinachtsfahrer, der über 50 Jahre in München tätig ist, kenne ich natürlich auch

die aktuellsten Tricks von Uber und anderen zur gesetzwidrigen Umgehung der Rückkehrpflicht. Ich erlebe sie tagtäglich und erleide dadurch finanzielle Verluste bis an den Rand des Ruins – zumal das Taxi-Gewerbe wegen der Corona-Folgen ohnehin einen Umsatzrückgang von circa 80 Prozent zu erleiden hat. *Reinhold Möderl, per E-Mail*  
Zu derselben Ausgabe, „Die Schuldenfrage“ auf Seite 1: Olaf Scholz (SPD) hat sich schon im Wirecard-Skandal nicht mit Ruhm bekleckert und will jetzt dem deutschen Michel einreden: „Das ist der Weg in die Fiskalunion, ein guter Weg in Europas Zukunft.“ Die Corona-Pandemie und der Vertrag von Lissabon Artikel 122 sollen dazu herhalten, obwohl in dem Artikel nur von

einem „finanziellen Beistand“ gesprochen wird. Die finanziellen Probleme sind nicht neu und keine Folge von Corona. Es sind Spätfolgen der nachlässigen Handhabung der Kopenhagener Kriterien und der Maastricht-Kriterien. Und was ist mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, der eine übermäßige Verschuldung der Euro-Staaten verhindern und eine Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Euro-Zone erreichen sollte? Der Rat und die Kommission haben versagt und nicht die erforderlichen Maßnahmen des Artikels 126 eingesetzt. Jetzt quasi über die Hintertür eine Vergemeinschaftung der Schulden einzuführen, führt in eine Eurozone mit roten Zahlen. In eine Schuldennation, die doch von der deutschen Politik immer verneint wurde. Olaf Scholz fabuliert dann noch von einer Finanztransaktionssteuer, die schon vor 50 Jahren unter Tobin-Steuer bekannt wurde, aber nie realisiert werden konnte. Visionen fallen einem Kanzlerkandidaten ganz schnell auf die Füße. *Hans-Dieter Seul, Berlin-Lichterfelde*

**SEITENBLICKE**



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?**  
**Schreiben Sie uns:**  
Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de  
Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.  
Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. März.

**BUNDESTAG LIVE**  
Topthemen vom 24. – 26.03.2021  
Hilfe für Kinder und Jugendliche (Do) Filmförderung (Fr)  
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr  
Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**PERSONALIA**

**->Karl Schiewerling** **†**  
**Bundestagsabgeordneter 2005-2017, CDU**  
Am 28. Februar starb Karl Schiewerling im Alter von 69 Jahren. Der Industriekaufmann aus Nottuln/Kreis Coesfeld, seit 1973 hauptberuflicher Verbandssekretär in der katholischen Jugendbewegung sowie des Kolpingwerks, trat 1972 der CDU bei. Seit 2007 war er stellvertretender Vorsitzender der münsterländischen CDU und gehörte seit dieser Zeit auch dem CDA-Bundesvorstand an. Schiewerling, von 2009 bis 2017 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ seiner Fraktion und deren arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher, wirkte im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit.

**->Heinz Schemken** **†**  
**Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CDU**  
Am 27. Februar starb Heinz Schemken im Alter von 85 Jahren. Der Kunst- und Bauzeichnermeister aus Velbert schloss sich 1961 der CDU an und war von 1977 bis 1990 Vorsitzender im Kreis Mettmann. Von 1961 bis 1998 gehörte er dem Stadtrat in Velbert an und amtierte von 1969 bis 1984 sowie von 1989 bis 1998 als Bürgermeister. Von 1964 bis 1983 war er zudem Kreistagsmitglied. Schemken engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung. Von 1986 bis 2004 war er Bundesvorsitzender des Kolpingwerks Deutschland.

**->Hansgeorg Hauser** **†**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CSU**  
Am 24. Februar starb Hansgeorg Hauser im Alter von 77 Jahren. Der Diplom-Kaufmann und Steuerberater aus Rednitzhembach/Kreis Roth trat 1982 der CSU bei und war von 1993 bis 2004 stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Roth. Von 1996 bis 2005 gehörte er dem dortigen Kreistag an. Hauser amtierte von 1995 bis 1998 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Der Direktkandidat des Wahlkreises Roth arbeitete im Finanzausschuss mit.

**->Wolfgang Gröbl**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-1998, CSU**  
Wolfgang Gröbl begeht am 12. März seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Forstwirt aus Wanggau trat 1969 in die CSU ein und amtierte von 1972 bis 1987 als Landrat des Kreises Miesbach. Von 1987 bis 1991 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesumweltminister – das Ministerium war im Juni 1986 gegründet worden – und von 1991 bis 1993 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister und schließlich von 1993 bis 1998 beim Bundeslandwirtschaftsminister.

**->Monika Balt**  
**Bundestagsabgeordnete 1998-2002, parteilos/PDS**  
Monika Balt wird am 12. März 70 Jahre alt. Die Kinderkrankenschwester aus Cottbus gehörte von 1980 bis 1989 der SED und 1990 der PDS an. 1990 war sie Stadtverordnete in Cottbus. 1998 wurde sie über die PDS-Landesliste Brandenburg in den Bundestag gewählt. Hier engagierte sich Balt im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

**->Klaus Lohmann**  
**Bundestagsabgeordneter 1983-1998, SPD**  
Am 17. März vollendet Klaus Lohmann sein 85. Lebensjahr. Der Bergingenieur aus Witten schloss sich 1954 der SPD an. Von 1966 bis 1983 war er deren Geschäftsführer in Witten, Bochum sowie im Ennepe-Ruhr-Kreis. Lohmann gehörte von 1970 bis 1999 dem Stadtrat in Witten an. Von 1978 bis 1983 amtierte der Sozialdemokrat dort als Oberbürgermeister, von 1989 bis 1999 als Bürgermeister und von 1999 bis 2004 als hauptamtlicher Bürgermeister Wittens. Von 1975 bis 1984 war er zudem Kreistagsabgeordneter. Lohmann wirkte unter anderem im Städtebau-, im Forschungs- sowie im Sportausschuss mit.

**->Sabine Fache**  
**Bundestagsabgeordnete 1990, PDS**  
Am 17. März wird Sabine Fache 75 Jahre alt. Die Schuldirektorin aus Altenburg trat 1973 der SED und 1990 der PDS bei. 1990 gehörte sie der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an. Von 1994 bis 2019 war sie Kreistagsabgeordnete in Altenburg.

**->Herbert Werner**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU**  
Herbert Werner begeht am 20. März seinen 80. Geburtstag. Der Oberstudienrat aus Ulm trat 1969 der CDU bei und stand von 1970 bis 1979 an der Spitze des dortigen CDU-Stadtverbands. Werner, stets Direktkandidat des Wahlkreises Ulm, war 1972 Nachfolger Ludwig Erhards. Der Christdemokrat engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im innerdeutschen Ausschuss sowie im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit. Von 1990 bis 1994 amtierte er als erster Kinderbeauftragter des Deutschen Bundestags. *bmh*



Rudolf Henke, CDU:

## Der Bundestag stärkt seine Rolle mit diesem Gesetz



Rudolf Henke (\*1954)  
Wahlkreis Aachen I

Die Medizin ist eine soziale Wissenschaft, und Politik ist weiter nichts als Medizin im Großen.“ Kein Satz von mir, kein Satz, den nur ich zitieren könnte. Es ist ein Satz von Rudolf Virchow, der hier in Berlin Direktor der Pathologie an der Charité war, der gleichzeitig Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, des Preußischen Landtags und des Reichstags über Jahrzehnte gewesen ist und der ein Verständnis von Wissenschaft in der Medizin und der Politik geprägt hat, wie wir es heute anwenden können und müssen in einem Maß, wie es viele von uns sich nie hätten träumen lassen.

Ich glaube, dass unsere Aufgaben, die wir fördern und voranbringen müssen, darin bestehen, die weitere Reduktion von Neuinfektionen in unserem Land voranzubringen, die Unterbrechung der diffusen Zirkulation von SARS-CoV-2 in der Bevölkerung zu erreichen und die Vermeidung eines Wiederanstiegs der Fallzahlen anzustreben, indem die grundlegenden Verhaltensregeln AHA+L sowie eine Selbstisolation bei Krankheitssymptomen von der Bevölkerung weiter praktiziert werden und indem wir mit effektiver Testung und Kontaktpersonennachverfolgung die Zahl der Neuinfektionen niedrig halten, damit der Öffentliche Gesundheitsdienst neu auftretende Fälle nachverfolgen kann, damit Quarantäne und Isolation überall, wo erforderlich, praktiziert werden können und damit Ausbruchuntersuchungen durchgeführt wer-

den können.

Wir brauchen einen umfassenden Einsatz der Impfprävention. Wir können erkennen, dass Impfprävention hilft. Ich erinnere an den 23. Dezember 2020, als wir in den nordrhein-westfälischen Pflegeheimen vor dem Start der Impfkampagne eine Anzahl von über 5 200 infizierten Menschen hatten, die dadurch in größte Gefahr gekommen sind.

Wir haben in dieser Woche erlebt, dass, nachdem praktisch alle Bewohner von Altenheimen durchgeimpft sind, in Nordrhein-Westfalen die Zahl der noch von der Krankheit Befallenen in den Heimen auf 560 gesunken ist. Das zeigt, wie sehr Impfprävention wirkt. Impfung ist eine starke Waffe in der Auseinandersetzung mit der Pandemie.

Das zeigt auch, dass wir mit der Intensivierung der Impfkampagne

den Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen ernst nehmen und dass wir damit Wirkungen erzielen.

Das RKI hat gestern seinen neuen Bericht zu besorgniserregenden SARS-CoV-2-Virusvarianten vorgestellt. Die britische Variante macht in Deutschland mittlerweile rund 46 Prozent aus. Zugleich haben wir rund 2 800 Covid-19-Patientinnen und Patienten in intensivmedizinischer Behandlung. Das entspricht dem Höchststand der Welle im Frühjahr 2020, der ersten Welle.

### Die Impfung ist eine starke Waffe in der Auseinandersetzung mit der Pandemie

Allein das zeigt, dass wir uns ohne jeden Zweifel weiter in einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite befinden. Deshalb ist es gut und richtig, wenn wir heute so fraktionsübergreifend wie möglich das rechtliche Fortbestehen dieser Lage nach dem Infektionsschutzgesetz über den 31. März 2021, wenn

die derzeitige Feststellung ausläuft, festhalten und für die Zeit ab April festlegen.

Wir haben oft über die Rolle des Deutschen Bundestages in der Pandemiebekämpfung debattiert. Gerade nachdem gestern die Ministerpräsidenten der Bundesländer bei der Bundeskanzlerin getagelt haben, freue ich mich, dass unser Haus fraktionsübergreifend so voll besetzt ist, wie es ist.

Ich fände es nicht schlecht, wenn wir hier nicht nur immer die Bundeskanzlerin, den Bundesminister für Gesundheit, den Bundesminister für Wirtschaft zur Rede stellen und zur Verantwortung ziehen würden. Ich rege an, dass sich vielleicht der eine oder andere Ministerpräsident auch mal überlegt, ob er sich diesem Haus stellt, wenn er so was veranstaltet, wie wir es gestern erlebt haben.

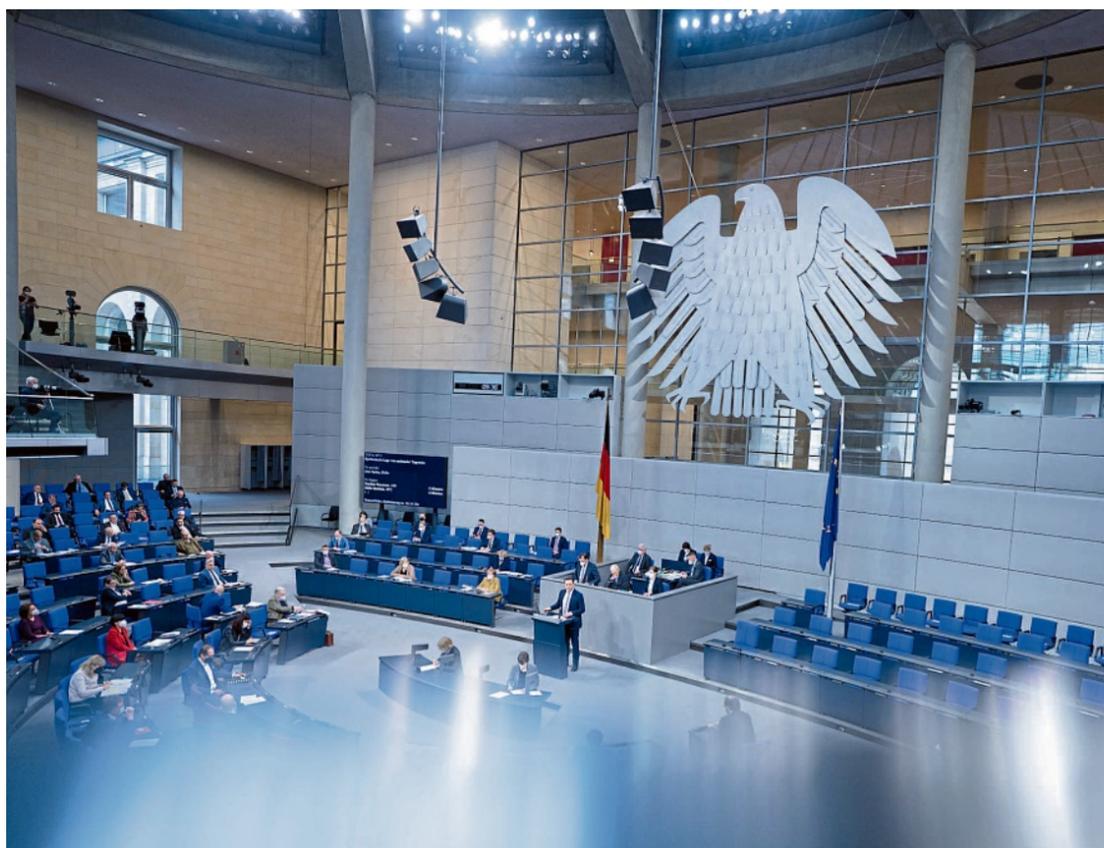
Wir haben Konsequenzen aus den Debatten gezogen, und diese Konsequenzen sind im Wesentlichen, dass wir eine Rechtsgrundlage für die Impfverordnung des BMG neu fassen und in das Infektionsschutzgesetz einfügen. Wir haben uns darauf verständigt, über die Inzidenz hinaus weitere

Kriterien im Gesetz festzuhalten: sowohl die Frage der Reproduktionsziffer als auch die Anzahl der Geimpften als auch die Belastungssituation im Gesundheitswesen. Und wir haben uns darauf verständigt, dass wir eine Evaluation mit unabhängigen Wissenschaftlern betreiben, die ihr Ergebnis bis Ende 2021 vorlegen. Wir erwarten von der nächsten Bundesregierung, sich dazu zu verhalten, sodass wir dann eine Debatte darüber bekommen, welche Konsequenzen daraus für die Gestaltung des Infektionsschutzgesetzes zu ziehen sind. Wir haben uns außerdem darauf verständigt, dass wir bei den Kompetenzen, die wir dem Bundesminister für Gesundheit übertragen, durch die Streichung des Wortes „insbesondere“ an vier Stellen eine Konkretisierung des Auftrags vornehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass der Bundestag seine Rolle mit der Verabschiedung dieses Gesetzes stärkt, und deswegen bitte ich Sie alle sehr herzlich um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

### Die britische Virus-Variante macht in Deutschland mittlerweile rund 46 Prozent aus



Vergangene Woche verlängerte der Deutsche Bundestag die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite um weitere drei Monate.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD Alexander Dobrindt (CDU/CSU): Sehr kluger Hinweis auf die Ländervertreter! Den grünen Kretschmann sieht man hier auch nie! Der redet ständig nur über die Medien zu uns! Hat der keine Zeit? Der muss wahrscheinlich wahlkämpfen! Wieso sich nicht mal dem Parlament stellen? Gegenruf der Abg. Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen andere auch, Herr Dobrindt! Aber holla!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Dr. Robby Schlund, AfD:

## Der Mittelstand in Deutschland steht vor der schwersten Krise



Robby Schlund (\*1967)  
Landesliste Thüringen

Nur noch ein Drittel der Bevölkerung hält eine Beibehaltung der Coronamaßnahmen für sinnvoll. Immer mehr Mittelständler stellen sich die Existenzfrage, und die Zahl der psychischen Krankheiten durch den Dauerlockdown steigt exorbitant. Der Mittelstand in

Deutschland steht vor der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen und Insolvenzen beherrschen in Deutschland die Tagesordnung. Die Coronapandemie ist längst nicht mehr nur ein gesundheitspolitisches, sondern mittlerweile auch ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Umso unverständlicher ist es, dass statt kurz, mittel und langfristiger Lösungen ein chaotisches Krisenmanagement angeboten wird, mit fehlenden Öffnungs- und Unterstützungsperspektiven. Wir brauchen kein Gesetz für den Fortbestand einer epidemischen Lage.

Was wir aber brauchen, meine Damen und Herren, was wir in der Tat brauchen, ist ein Rastermanagement, welches die AfD bereits seit Februar 2020 fordert. Dies gilt es umzusetzen, und dem gilt es

Aufmerksamkeit zu schenken.

Aber was, meine Damen und Herren, ist denn nun der große Unterschied zu dem, was hier gerade in Deutschland stattfindet? Bei unserem Rastermanagement werden die Risikogruppen und Erkrankten bei gleichzeitigem Aufrechterhalten systemrelevanter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse geschützt. Eine indirekte Bestätigung erfuhr ich dazu bei einem Gespräch mit dem Chef des russischen Gesundheitsausschusses im Oktober letzten Jahres, Herrn Dr. Morozov. Denn in Russland setzt man ein ähnliches Konzept mit Expertenkommissionen ein, wie wir, die AfD, es fordern. Ergänzt

wird das Ganze durch einen staatlich organisierten Freiwilligendienst, um die Risikogruppen und Erkrankten effektiv zu unterstützen. Einen neuerlichen Lockdown gab und gibt es in Russland nicht.

Schauen wir auf die aktuellen Daten der Johns-Hopkins-Universität, wird schnell deutlich, dass es keinen Zusammenhang ich betone: keinen Zusammenhang zwischen den Sieben-Tage-Inzidenzen und den Todesraten bei Lockdown-Maßnahmen oder eben keinen Lockdown-Maßnahmen gibt.

So sind in Russland zum Beispiel die Sieben-Tage-Inzidenz wie auch die Coronatodeszahlen, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, um circa die Hälfte niedriger als in Deutschland oder in Österreich. In Anbetracht des weniger effizienten Gesundheitssystems in Russland zeigt sich hier deutlich, dass es auf jeden Fall am Management liegt und nicht primär an der Gesundheitsversorgung.

Trotz massiver Kritik aus dem Gesundheitsausschuss besteht aus

unserer Sicht eben kein Widerspruch zwischen einem effizienten Expertenrat und der Forderung nach Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage. Denn die epidemische Lage wird sozusagen benutzt, um Grundrechtseinschränkungen zu legitimieren. Deshalb plädieren wir erstens für die sofortige Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite,

Zweitens für die Beseitigung der Grundrechtseingriffe und Ermächtigungen durch dieses Gesetz und drittens für die Entwicklung eines Rastermanagementkonzeptes mit Expertenrat unter Berücksichtigung der drei Säulen des Pandemiemanagements: Schutz der Risikogruppen, medikamentöse Beeinflussung der Virusausbreitung und last, but not least Prophylaxe sowie Impfstrategie auf freiwilliger Basis.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Arbeitslosigkeit, Betriebs-schließungen und Insolvenzen beherrschen die Tagesordnung**

Sabine Dittmar, SPD:

## Wir werden peu à peu ein Stück Normalität zurückgewinnen



Sabine Dittmar (\*1964)  
Landesliste Bayern

Fast genau vor einem Jahr musste das Parlament erstmals eine epidemische Lage von nationaler Tragweite feststellen. Wir haben damals in Verbindung mit dem Ersten Bevölkerungsschutzgesetz wichtige gesetzliche Regelungen getroffen, um flexibel und schnell auf die Entwicklungen der SARS-CoV-2-Epidemie reagieren zu können.

Wir haben die pandemiebedingten Regelungen im Infektionsschutzgesetz damals für ein Jahr befristet. Dies geschah in der Annahme, dass Corona heute schon längst der Vergangenheit angehören würde.

Leider ist das nicht der Fall. SARS-CoV-2 hält weiterhin die Welt in Atem, mit fast 150 Millionen Erkrankten und 2,5 Millionen Todesfällen.

Auch in Deutschland gibt es keine Entwarnung. Nach einem erfreulichen Rückgang der Zahl der Neuinfektionen befinden wir uns seit Mitte Februar in einer Seitwärtsbewegung auf einem sehr hohen Niveau mit steigender Tendenz. Das Virus und mittlerweile maßgeblich die wesentlich infektiöseren Virusmutanten, die in Kürze auch das Infektionsgeschehen bestimmen werden, erfordern deshalb weiterhin ein konsequentes Handeln von uns allen. Deshalb werden wir heute feststellen, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite weiter besteht.

Wir werden weiter regeln, dass, wenn nach drei Monaten keine erneute Feststellung erfolgt, diese automatisch als aufgehoben gilt und damit auch alle verbundenen Rechtsverordnungen und Anord-

nungen ihre Gültigkeit verlieren.

Ich möchte an dieser Stelle eines mal ganz deutlich machen, weil ich in vielen Gesprächen den Eindruck gewinne, dass es immer wieder vermischt wird: Wenn der Bundestag heute das Fortbestehen der epidemischen Lage feststellt, heißt das nicht, dass die zur Bekämpfung von Corona getroffenen Maßnahmen auch auf Dauer fortbestehen.

Schritt für Schritt wird zwischen Bund und Ländern über Lockerungsmöglichkeiten und über notwendige und angemessene Einschränkungen beraten werden, und die Länder müssen bei der Umsetzung begründen, dass die Maßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen sind. Und hierzu genügt es eben nicht, sich ausschließlich an den Inzidenzwerten zu orientieren. Hier müssen beispielsweise auch der R-Wert, die Belastung des Gesundheitssystems, die Impfquote oder neue Testmöglichkeiten berücksichtigt werden. Das haben wir in

**Ich denke, die Beschäftigten haben diese Prämie mehr als verdient**

dem vorliegenden Gesetzentwurf auch noch einmal ganz deutlich festgestellt.

Meine Damen und Herren, ich kann den Wunsch nach Lockerungen gut verstehen; es geht uns ja allen so. Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende, Touristiker, Kulturschaffende, wir alle brauchen eine klare Perspektive. Und genau das ist auch die Herausforderung. Denn das Abwägen zwischen Infektionsgeschehen und weiteren Lockerungen, das Für und Wider zwischen Öffnen und Aufrufen zum Durchhalten es ist und bleibt eine Gratwanderung.

Allerdings kann dieser schmale Grat mittlerweile mit etwas mehr Zuversicht beschritten werden. Denn mit den Impfungen, den Tests und dank der digitalen Kontaktdatenerfassung haben wir neue und bessere Möglichkeiten zur Verfügung. Deshalb bin ich froh, dass die Bund-Länder-Konferenz gestern nicht nur über Öffnungsstrategien, sondern vor allem auch über Impf- und Teststrategien gesprochen hat. Bei der Teststrategie bleiben für mich als Medizinerin allerdings noch einige Fragen offen. Ein Test pro Woche in Schule und Kita kann nur ein Anfang sein.

Ich begrüße, dass wir nun endlich bei der Impfstrategie weiter-

kommen. Die große Menge an Impfstoffdosen auf Halde ist für mich völlig inakzeptabel.

Ein Ausdehnen des Intervalls zwischen erster und zweiter Impfung, ein Abschmelzen der Reserve für die Zweitimpfung und die hoffentlich zügige Anpassung der STI-KO-Empfehlung bezüglich des Einsatzes von AstraZeneca sind gute Signale.

Ich sage mit allem Nachdruck: Neben einer deutlichen Kapazitätssteigerung in den Impfbüros müssen jetzt sehr zeitnah die Haus und Facharztpraxen

und auch die Betriebsärzte mit in die Impfstrategie integriert werden.

Meine Damen und Herren, zum Ende meiner Rede möchte ich noch auf ein paar wichtige Veränderungen hinweisen, die wir im parlamentarischen Verfahren erreicht haben; auf die rechtlichen Feinheiten wird mein Kollege Fechner eingehen. Für uns als Gesundheitspolitiker war es wichtig, den Pflegeschutzschirm unverändert fortzuführen. Die angedachten Regelungen hätten zu großer Unsicherheit bei den Einrichtungsträgern geführt. Ich hoffe, diese Sorgen haben wir nehmen können. Wir passen auch die Entschädigungsregel im Infektionsschutzgesetz für Eltern, die pandemiebedingt Kinderbetreuung leis-

**Ein Test pro Woche in Schule und Kita kann nur ein Anfang sein**

ten, an die bereits erweiterten Regelungen zum Kinderkrankengeld im Sozialgesetzbuch an. Und wir haben die Prämienzahlung für besonders belastete Pflegekräfte und andere Krankenhausbeschäftigte erheblich ausgeweitet. Hierzu wer-

den 450 Millionen Euro bereitgestellt. Ich denke, die Beschäftigten haben diese Prämie mehr als verdient.

Meine Damen und Herren, insgesamt legen wir Ihnen ein gelungenes Gesetz vor, das im parla-

mentarischen Verfahren wirklich entscheidende Veränderungen erfahren hat. Ich denke, mit ein bisschen mehr Tempo beim Impfen, einer gut durchdachten Teststrategie und wenn wir alle weiterhin achtsam und sorgfältig mitei-

inander umgehen, werden wir peu à peu ein Stück Normalität zurückgewinnen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Gesetz. Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christine Aschenberg-Dugnus, FDP:

## Wo ist die verfassungsrechtliche Expertise der Koalition?



Christine Aschenberg-Dugnus (\*1959)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Wir als FDP-Bundestagsfraktion erkennen an, dass Sie einige unserer Forderungen in diesem Gesetzentwurf umgesetzt haben. So begrüßen wir, dass der Bundestag nunmehr mindestens alle drei Monate der Feststellung der epidemischen Lage zustimmen muss. Das haben wir schon sehr lange gefordert!

Ebenso positiv ist, dass Impfziele für die Priorisierung jetzt im Gesetz aufgeführt werden und auch dass bestimmte Schutzschirme verlängert werden; das ist für die Akteure sehr wichtig. Leider haben Sie es aber nicht geschafft, die verfassungsrechtlichen Verstöße, die immer noch vorliegen, aufzuheben, meine Damen und Herren.

Von Ihnen als Regierung wurde trotz öffentlicher Anhörungen, trotz einhelliger Auffassung der Verfassungsrechtler, trotz Einschätzung der Leopoldina und des Ethikrates ganz einfach die Mute-Taste, also die Stummschaltung, gedrückt und auf Durchzug geschaltet. Das geht nicht, meine Damen und Herren!

Ich frage mich ernsthaft: Wo ist die verfassungsrechtliche Expertise der Koalition geblieben? Ich sehe da nichts. Die Feststellung der epidemischen Lage alle drei Monate

eröffnet dem Ministerium doch nach wie vor die Option, innerhalb dieser drei Monate Verordnungen ohne Zustimmung des Bundestages zu erlassen. Das geht nicht, meine Damen und Herren!

Eine solche Dauergenehmigung ist verfassungswidrig. Sie umgehen hier den Parlamentsvorbehalt, und das ist eine Missachtung des Parlamentes. Sie wollen einfach nicht akzeptieren, dass Ihre Verordnungsermächtigung ohne Beteiligung des Bundestages von allen Verfassungsrechtlern einhellig als Verstoß gegen Artikel 80 Grundgesetz bewertet wird, meine Damen und Herren. Außerdem ist die Nennung von Impfzielen für die Priorisierung allein nicht ausreichend; auch das haben Verfassungsrechtler bestätigt. Eine Impfpriorisierung, die ja im Moment leider noch aufgrund der beschränkten Verfügbarkeit der Impfstoffe notwendig ist, muss ge-

setzlich normiert sein. Alles andere ist verfassungswidrig.

Leider stellen Sie unseren Regelungsvorschlag immer wieder falsch dar, wenn Sie behaupten, er wäre zu statisch und zu unflexibel. Ich empfehle einfach mal einen Blick in unseren Änderungsantrag. Auch wir wollen eine Verordnungsermächtigung, um schnell auf neue Impfstoffe oder mit Anpassung der Priorisierung reagieren zu können; auch wir wollen Flexibilität, auch wir wollen Impfungen in Arztpraxen und von Betriebsärzten. Aber und das weigern Sie sich leider zu akzeptieren das kann nur mit Zustimmung des Deutschen Bundestages geschehen, meine Damen und Herren. Genau das steht in unserem Änderungsantrag.

Denn die Frage, wann wer geimpft wird, hat nun mal Auswirkungen auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Menschen. Wir benötigen Rechtssicherheit, und als Fraktion, die die Rechtsstaatlichkeit sehr hochhält, ist uns das besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, leider müssen wir aufgrund des Missmanagements bei der Impfstoffbeschaffung auch weiterhin priorisieren. Deshalb kommt es beim

Wettlauf gegen das Virus aufs Tempo beim Impfen an. Da hakt es noch gewaltig. Deswegen gehen wir erneut in Vorleistung und bringen morgen einen Antrag für ein nationales Impfportal in den Deutschen Bundestag ein. Dass Impfdosen auf Halde liegen und nicht verimpft werden, ist ein Zustand, den wir nicht akzeptieren können und der beendet werden muss.

Meine Damen und Herren, das Impfmanagement der Bundesregierung hat der Politik und dem Ansehen Deutschlands einen schweren Schaden zugefügt:

Platz 22 in Europa, Platz 40 in der Welt. Das ist doch einfach nicht hinnehmbar! Das ist doch eine Schande, und das muss geändert werden!

Des Weiteren kritisieren wir an dem Gesetzentwurf, dass die Schutzschirme nicht ausreichend aufgespannt werden. Es fehlen wichtige Akteure wie zum Beispiel die Hebammen, Heilmittelerbringer und Zahnärzte, die jetzt in dem Schutzschirm nicht berücksichtigt werden. Im Ergebnis werden wir Ihr Gesetz ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Susanne Ferschl, Die Linke:

## Das ist Willkür und keine Strategie



Susanne Ferschl (\*1973)  
Landesliste Bayern

Die pandemische Lage besteht weiterhin; das belegen die aktuellen Zahlen. Deswegen sind auch weitere Maßnahmen notwendig; das ist unstrittig. Aber das, was wir hier seit einem Jahr erleben, ist nichts anderes als Chaos und Planlosigkeit.

Es fehlt nach wie vor an Transparenz, an demokratischer Beteiligung des Parlaments und an einer klaren Strategie.

Gestern tagte wieder die Ministerpräsidentenkonferenz samt Kanzlerin, und mir kommt es langsam so vor wie „Und täglich grüßt das Murmeltier“: stundenlanges Spektakel im Kanzleramt drinnen und stundenlanges Warten draußen auf die Ergebnisse. Ich weiß, ich wiederhole mich, aber: Die Debatten gehören raus aus dem Kanzleramt und rein hier ins Parlament!

Frau Bundeskanzlerin, Sie halten es seit einem Jahr nicht für notwendig, zumindest vor dieser Runde hier eine öffentliche Regierungserklärung abzugeben, nicht mal im Nachgang. Das ist doch an Ignoranz kaum zu überbieten!

Öffentlichkeit würde für Trans-

parenz sorgen und so manchen wilden Theorien vorbeugen. Umso entsetzter bin ich, dass Union und SPD gestern im Gesundheitsausschuss mit den Stimmen der AfD einen Unterausschuss beschlossen haben, der nichtöffentlich hinter verschlossenen Türen beraten soll. Das schlägt doch dem Fass den Boden aus!

Liebe Union und liebe SPD, ich weiß nicht, wie Sie Ihre Rolle verstehen; aber unsere Aufgabe als Parlamentarier ist doch, für Transparenz zu sorgen und wesentliche Entscheidungen selbst zu treffen und nicht der Bundesregierung zu überlassen. Und die Fragen, ob man seinem Beruf

nachgehen kann, ob es Ausgangssperren gibt, ob Schulen und Kitas geschlossen sind, sind doch wohl wesentliche Entscheidungen. Und im Übrigen auch die Frage andersherum: Wann wird denn wieder geöffnet? Das einzig Wesentliche, was der Bundestag in diesen Fragen beschlossen hat,

war vor circa einem Jahr eine umfassende Verordnungsermächtigung der Bundesregierung und auch der Landesregierungen.

Was fällt Ihnen nach einem Jahr an Verbesserungen ein? Der Bundestag soll nun die epidemische Lage im Dreimonatsrhythmus beschließen. Tut er es nicht, gelten auch alle Verordnungen, die seit Anfang 2020 in Kraft getreten sind, nicht mehr, also auch Krankenhausfinanzierung, Arbeitsschutz usw. Das ist doch lediglich eine Scheinbeteiligung des Parlaments;

Regieren per Verordnung bleibt weiter möglich. Das ist mit uns nicht zu machen, und deshalb

lehnen wir das ab.

Was bezüglich der Akzeptanz der Bevölkerung ein genauso großes Problem ist wie die fehlende Transparenz, ist die fehlende Strategie. Im Vorfeld und auch im Nachgang dieser Ministerpräsidentenkonferenz wird so würde man es zumindest in Bayern sagen regelmäßig eine andere Sau durchs Dorf getrieben. Jeder und jede hat andere Ideen und andere Vorschläge. Der eine erzählt, dass der Osterurlaub nicht möglich ist, der Nächste erzählt was von bedeutenden Schritten der Öffnung, die es demnächst geben wird. Die Inzidenzwerte, die gestern diskutiert werden, die für die Öffnungen maßgeblich sind, schwankten im Stundentakt zwischen 35, 50 und 100. Es ist nicht mehr nachvollziehbar.

Die bisherigen Öffnungsschritte muten zumindest seltsam an. Während aktuell noch ganze Schulklassen in Homeschooling sind, haben Friseure seit 1. März wieder geöffnet. Ich habe nicht grundsätzlich etwas dagegen. Aber

Fortsetzung auf nächster Seite

**Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist doch, für Transparenz zu sorgen**

warum ausgerechnet Friseure, und warum ausgerechnet zum 1. März? Und warum sind eigentlich bayerische Baumärkte weniger infektiös als andere? Ich sage Ihnen: Das ist alles nicht logisch. Das ist Willkür und keine Strategie.

Wir sind uns einig: Alle Freiheitseinschränkungen müssen so schnell wie möglich aufgehoben werden. Aber für Öffnungsszenarien sind Kontaktnachverfolgung, ein breiter Zugang zu Impfstoffen und Schnelltests nötig. Und bei all

diesen Punkten hat die Bundesregierung bislang versagt.

Die Corona-Warn-App hat gefloppt, und die Gesundheitsämter sind über einen viel zu langen Zeitraum runtergespart worden, sodass die Kontaktverfolgung erschwert wurde. Ausreichender Impfstoff steht nach wie vor nicht zur Verfügung, auch weil sich die Bundesregierung standhaft weigert, die Lizenzen freizugeben.

Und auf die angekündigten Schnelltests und Selbsttests warten wir noch, während unsere öster-

reichischen Nachbarn damit schon lange arbeiten.

Ja, natürlich ist die Lage dynamisch. Aber ein Jahr nach der Pandemie können die Menschen in diesem Land doch erwarten, dass Sie Ordnung in dieses Chaos bringen.

Und dazu gehören ein im Parlament und ich betone: im Parlament beschlossener Stufenplan, der regelt, welche Einschränkungen und welche Bedingungen gelten, und eine hier beschlossene Impf- und Teststrategie. Das alles

fehlt in Ihrem Gesetzentwurf. Nach zwölf Monaten hätte ich wirklich mehr erwartet.

Ich erwarte von dieser Bundesregierung auch, dass sie die Weichen für die Zukunft anders stellt. Wir brauchen Investitionen ins Bildungssystem. Das, was in dieser Pandemie mit Kindern und Jugendlichen passiert ist, darf nie wieder passieren.

Und der Gesundheits- und Pflegebereich muss endlich der Marktlogik entzogen werden. Es ist doch völlig irre, dass im letzten

Jahr 20 Krankenhäuser geschlossen worden sind.

Abschließend bitte ich Sie, unserem Entschließungsantrag für eine Lohnersatzleistung für die pflegenden Angehörigen zuzustimmen; denn es sind Menschen, die sehr häufig vergessen werden, und sie brauchen unbedingt ein soziales Sicherungsprogramm.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Maria Klein-Schmeink, Bündnis 90/Die Grünen:

## Sie haben verschlafen den Menschen Orientierung zu geben



Maria Klein-Schmeink (\*1958)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir diskutieren heute unter diesem Tagesordnungspunkt zwei wichtige Punkte, in einer Situation, die ausgesprochen gefährlich und besonders ist. Wir sind in einer Situation, wo die Menschen es satt haben, nicht mehr nach draußen zu können mit all den Lieben, die sie treffen wollen, wo sie große Sehnsucht haben nach Kontakt, nach Kulturveranstaltungen, nach Erleben, nach Gemeinsamkeit. Und gleichzeitig wissen wir, dass die Virusvarianten auf dem Vormarsch sind; fast 50 Prozent aller Infektionen gehen mittlerweile

auf diese Varianten zurück. Und wir wissen, dass das eine gefährliche Entwicklung ist, die viele unserer Bemühungen der letzten Monate hinfällig machen kann. Deshalb ist es so wichtig, besonnen und achtsam und nachvollziehbar vorzugehen.

Genau das passiert heute nicht. Ja, wir werden heute der Feststellung der Fortsetzung der epidemischen Lage natürlich zustimmen müssen. Wir sind in dieser gefährlichen Situation. Das ist das eine. Aber wir sagen Nein zu diesem Gesetzentwurf, der weiterhin nicht vorsieht, dass man im Infektionsschutzgesetz nachvollziehbar findet, was die Politik, was die Regierung in welcher Lage, bei welcher Infektionsrate, mit welchen Maßnahmen und aus welchen Gründen tun wird.

Wir haben immer gefordert, dass es einen Stufenplan geben muss, der Verlässlichkeit schafft, der Berechenbarkeit schafft, der Nachvollziehbarkeit schafft. Und genau das haben Sie mit diesem Gesetzentwurf nicht vorgelegt.

Um zu zeigen, wie das ist: Gestern Abend sind Inzidenzwerte be-

geschlossen worden, die sich in diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht wiederfinden. Sie werden sofort eine Änderung des Gesetzes verabschieden müssen,

um diese Beschlüsse der MPK mit der Kanzlerin überhaupt umsetzen zu können. So ist die Sach-

lage.

Das zeigt: Sie haben es verschlafen, Sie haben es nicht hingekriegt, innerhalb von zwölf Monaten ein Infektionsschutzgesetz vorzulegen, das nachvollziehbar ist, klar ist, rechtssicher ist und damit den Menschen Orientierung und Klarheit und Perspektiven gibt.

Zusätzlich fehlt eine stringente Teststrategie. Die Selbsttests kommen nicht vor. Es fehlt eine wirkliche Strategie für die Impfung. Die Angehörigen der Risikogruppen bleiben weiterhin außen vor; sie werden nur sehr schleppend mit Terminen versorgt. Und es fehlt ei-

ne konsequente und gute, digital gestützte Kontaktnachverfolgung. Auch das haben Sie verschlafen und nicht auf den Weg gebracht.

Ich muss an dieser Stelle sagen: Sie haben an vielen, vielen Stellen versäumt, wirklich voranzukommen, die Menschen mitzunehmen und ihnen Orientierung und Verlässlichkeit für die nächsten Wochen zu geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jens Spahn, CDU, Bundesminister für Gesundheit:

## Wir suchen den Ausgleich der Interessen



Jens Spahn (\*1980)  
Wahlkreis Steinfurt I – Borken I

Alle sehnen sich das Ende dieser Pandemie herbei: die Zwölfjährige, die endlich wieder normal in die Schule gehen will und am Nachmittag ihre Freunde vermisst, die 90-Jährige im Pflegeheim, die gerne wieder unbesorgt Besuch von Kindern, Enkeln und Urenkeln hätte, der freiberufliche Musiker, dessen Existenz von Konzerten abhängt, die aktuell nicht stattfinden können drei von unzähligen Beispielen. Ich kenne niemanden, der diese Pandemie nicht leid ist.

Niemand möchte Einschränkungen einen Tag länger als nötig. Aber wir sind noch in einer be-

sonderen Lage. Die Pandemie ist noch nicht am Ende. Das zeigen die Zahlen zur Belegung der Intensivstationen, die Zahl der Covid 19-Patienten, die immer noch zu behandeln sind. Das zeigen die Infektionszahlen. Das zeigt im Übrigen auch der Blick in unsere europäischen Nachbarländer. Deshalb ist es richtig, wenn wir als Bundestag heute feststellen, dass die epidemische Lage weiterhin andauert; denn das entspricht der Lage.

Auch wegen der Mutationen ist die Lage dynamisch. Das Virus verändert sich. Die flexible Anpassung bleibt daher notwendige Strategie. Gerade in dieser schwierigen Phase Frau Klein-Schmeink hat darauf hingewiesen ist es schwierig, die richtige Balance zu finden. Es gibt ein Bedürfnis nach Normalität. Wir spüren ja alle nach zwölf Monaten der Pandemie diese Sehnsucht nach Normalität, wissen, dass viele Nerven wundgescheuert sind, und sehen gleichzeitig die Notwendigkeit, diese Pandemie unter Kontrolle zu halten.

Und wir ringen Abgeordnete, Fraktionen, Ministerpräsidenten; wir suchen den Ausgleich der Inte-

ressen, so wie gestern zehn Stunden lang Bund und Länder. Es geht ja um was. Deswegen ist es auch richtig, dass gerungen wird. Es geht nicht um absolute Wahrheiten; es geht um Abwägen und das Finden der richtigen Balance. Nicht der Einzelne gewinnt bei solchen Abwägungen, sondern wir gemeinsam, weil es um Schadensbegrenzung geht, um die Balance zwischen Gesundheitsschutz, wirtschaftlichen Folgen und sozialen Härten.

Dreh und Angelpunkt ist die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag. Das Parlament überführt die Rechtsgrundlage für diese Feststellung nun in eine dauerhafte Regelung. Erstmals haben wir damit eine Pandemiegesetzgebung in Deutschland fest verankert. Das ist eine neue Qualität, ein großer Schritt.

Es ist ein Schritt, mit dem wir aus dieser noch währenden Pandemie weiter Schlüsse ziehen wollen. Der Bundestag hat sich mit dem Gesetz selbst aufgegeben, diese Rechtsgrundlage nach Ende der Pandemie gemeinsam mit der Bundesregierung weiterzuentwi-



Die Kanzlerin sowie die Regierungschefs der Bundesländer haben vergangenen Mittwoch über eine Verlängerung des Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie beraten.

© picture-alliance/dpa/Jens Büttner

ckeln. Aber die Grundlage ist gelegt.

Von den vielen wichtigen Regelungen will ich auf zwei eingehen: Ich bin dankbar, dass Bund und Länder gestern unseren Vorschlägen auch meinen Vorschlägen zum Testen und zum Impfen gefolgt sind. Es stehen mehr Tests zur Verfügung. Bei den Schnelltests übersteigt das Angebot mittlerweile deutlich die Nachfrage.

Die Selbsttests werden in den nächsten Tagen nach den ersten Zulassungen an vielen Stellen im Land nach und nach, es wächst auf verfügbar sein. Ab nächstem Montag, dem 8. März tatsächlich eine Woche später, wird der Bund die Kosten für einen Bürgertest übernehmen. Alle können sich regelmäßig kostenlos in einem der Testzentren vor Ort testen lassen. Die Länder haben deutlich ge-

macht, dass das Angebot nicht gleich überall gleichmäßig vorhanden sein wird, aber sehr viele Länder haben auch gesagt, dass sie starklar sind.

Wir setzen auf Vielfalt vor Ort. Die Maßnahmen werden pragmatisch, flexibel und kreativ umgesetzt, in Böblingen, in Tübingen, in Schmalkalden und in vielen anderen Landkreisen bereits. Der Bund setzt den Rahmen, rechtlich und finanziell. Der Bund übernimmt die Kosten, umgesetzt wird vor Ort. Dafür muss der Bund gar nicht, wie ich heute lese, die Tests zentral beschaffen. Eine zentrale Planung wird den Gegebenheiten vor Ort meist nicht ge-

recht. Die Tests sind verfügbar. Wir setzen den Rahmen. Wir haben eine gemeinsame Strategie, in welchen Kontexten wer wie häufig getestet wird, und das wird dann vor Ort gelebt. Das ist bis jetzt ein sehr gutes Erfolgsrezept in dieser Pandemie. Das setzen wir auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfs fort.

### Ab April werden die Arztpraxen routinemäßig mitimpfen.

Zum Impfen. Impfen wirkt, das sehen wir jetzt schon. Der Kollege Henke hat darauf hingewiesen: Über 5,5 Prozent der Deutschen sind geimpft, zuerst die besonders Verwundbaren. Die täglichen Meldungen zeigen, dass der Schutz wächst. Ab April werden die Arztpraxen routi-

nemäßig mitimpfen, jeden Tag Zigtausende, Hunderttausende, später Millionen. Wir müssen schneller werden. War der Impfstoff am Anfang knapp, kommt er jetzt in steigender Menge. Vorhandene Impfdosen müssen schnellstmöglich verimpft werden: in den Impfzentren der Länder, in den Arztpraxen und später auch bei den Betriebsärzten. Das ist die berechnete Erwartung der Bürgerinnen und Bürger. Das ist auch meine Erwartung, das ist auch mein Ziel als Bundesminister für Gesundheit.

Auch der Rahmen für das Impfen, die Organisation, die Finanzierung, die noch notwendige Priorisierung all das fußt auf diesem Gesetz und auf der Feststellung der epidemischen Lage.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist nun:

Umsicht beim Öffnen hin zu mehr Normalität, mehr testen, um den Weg zu mehr Normalität abzusichern, und schneller impfen, um den beschwerlichen Weg raus aus der Pandemie unumkehrbar zu machen.

Das wird nun das zweite Frühjahr in der Pandemie wir sind noch mittendrin, das Virus hat noch nicht aufgegeben,

aber alles spricht dafür, dass das letzte Frühjahr in dieser Pandemie wird. Umsicht, Testen und Impfen machen das möglich. Dafür legt der vorliegende Gesetzentwurf die Grundlage. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Sabine Dittmar (SPD))

Stephan Brandner, AfD:

## Beenden Sie die epidemische Lage hier und heute!



Stephan Brandner (\*1966)  
Landesliste Thüringen

In der zweiten Hälfte dieser Debatte stellt sich eine grundsätzliche Frage, nämlich die nach dem Warum. Warum wird diese Debatte hier und heute eigentlich geführt? Weil ich am Rednerpult stehe, meine Damen und Herren, beantworte ich die Frage gleich selber: weil Merkel und Co es nicht können.

Seit über einem Jahr gelingt es dieser Regierung nicht, die Coronaherausforderungen auch nur ansatzweise in den Griff zu bekommen. Seit über einem Jahr wird hilflos und planlos herum dilettiert, erst gar nicht und, wenn, dann falsch agiert. Man versucht, eine Krise im 21. Jahrhundert mit den Mitteln des 16. Jahrhunderts in den Griff zu bekommen.

Im Mittelpunkt dieses erbärmlichen Treibens steht ein vollkom-

men überforderter Jens Spahn, Bankkaufmann, 14 Jahre Student und Ex-Pharmalobbyist. Er steckt einen erheblichen Teil seiner Energie in dubiose Immobiliengeschäfte. Mitten in der Krise wurde er Eigentümer einer millionenteuren Luxusvilla. Eine Immobilie erwarb er ob zum Marktpreis, Herr Spahn, das weiß ich nicht von einem Mann, der danach mit üppigem Gehalt Geschäftsführer einer vom Bund beherrschten GmbH wurde, und, wie praktisch, in einer seiner Wohnungen lebt FDP-Chef Christian Lindner. Sehr viel Zeit verwendet Jens Spahn auch darauf, Medienberichterstattungen über sein fragwürdiges Treiben zu unterbinden und Journalisten aus-

zuspionieren, die ihm und seinen Machenschaften auf die Schliche kommen wollen. Und wenn er nicht gerade beim Notar ist oder mit seinen Anwälten spricht, dann predigt er Verzicht, treibt sich aber gerne auf Partys herum, an denen man gegen ei-

ne Spende von läppischen 9 999 Euro teilnehmen darf, 9 999 Euro, damit es nicht dem Bundestagspräsidenten gemeldet werden muss. Wasser predigen und Schampus aus Kübeln trinken das ist das Motto des Jens Spahn, meine Damen und Herren. Wenn Herr Spahn ein guter Minister wäre, könnte man ihm das nachsehen und verzeihen, aber er ist das

Gegenteil. Komplettersagen überall: Erst nutzen Masken nichts, dann plötzlich sind sie Pflicht. Erst reicht ein Tuch oder ein Schal oder irgendwas, dann muss es eine medizinische Maske sein. Impfstoff ist erst keiner da, und wenn er da ist, will ihn kaum einer haben. Das ist in der Dritten Welt besser organisiert, Herr Spahn. Selbsttests, ja oder nein? Wenn ja, wie viele, und wer bezahlt? Nur Herumgeeiere. Corona-App, ein Flop. R-Wert, Inzidenzen, alles willkürlich festgelegt. Kurz und knapp: Beim Versagen in der Coronakrise steht einer ganz vorne, und das ist Jens Spahn. Knapp dahinter übrigens die Merkel-

Trompete Altmaier und das gesamte Kabinett, aber auch die Ministerpräsidenten lassen sich nicht lumpen; denn sie regieren alle irgendwo mit.

Meine Damen und Herren, dann wäre da noch ein riesiger Korruptionssumpf, der sich auftut, zurzeit beschränkt auf die Union, aber andere werden folgen. Nüßlein, ehemaliger oder ist er es noch? Fraktionsvize der Bundestagfraktion, ist schon aufgefliegen: Verdacht auf Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung. Über 600 000 Euro soll er als Maskenlobbyist eingesteckt haben. Spuren führen wohin? ins Gesundheitsministerium, meine Damen und Herren. Spuren führen auch in den Amigo-Sumpf in Bayern. Der Name Strauß taucht auf. Der Name Tandler, ehemaliger Finanzminister, taucht auf, meine Damen und Herren. Der Name Söder taucht auf. Laschet in Nordrhein-Westfalen ist über seinen Sohn in millionenteure Geschäfte verwickelt. Al-

les dubios. Das stinkt aus unserer Sicht zum Himmel.

Zusammenfassend zeigt sich also: Alles in allem war es ein Jahr des Totalversagens dieser Regierung, flankiert von und basierend auf der sogenannten epidemischen Lage von nationaler Tragweite, über deren Fortsetzung heute abgestimmt werden soll. Meine Damen und Herren, diese Notstandsgesetzgebung trägt, wie ausgeführt, wirre und irre Blüten und öffnet Vetternwirtschaft und Korruption Tür und Tor. Lassen Sie uns das hier und heute beenden, und lehnen Sie alle, die Sie für Grundrechte, für Verantwortlichkeit und für einen verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern stehen, mit uns gemeinsam diesen Gesetzentwurf und die vorliegenden Anträge ab, und beenden Sie die epidemische Lage von nationaler Tragweite hier und heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erst nutzen Masken nichts, dann plötzlich sind sie Pflicht.



Die Zahl der Geimpften gegen das Coronavirus liegt in Deutschland bei mehr als 4,4 Millionen (Erst- und Zweitimpfungen).

Hilde Mattheis, SPD:

## Mit den Eigentests können wir Schritt für Schritt öffnen



Hilde Mattheis (\*1954)  
Landesliste Baden-Württemberg

Gestern wurde in der Presse veröffentlicht: Der Verfassungsschutz stuft die gesamte AfD als Verdachtsfall ein.

Ich glaube, mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

Uns geht es heute darum, die parlamentarische Demokratie zu festigen. Das tun wir mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf, indem wir die Fortgeltung

der epidemischen Lage von nationaler Tragweite beschließen. Keiner von uns hat sich letztes Jahr vorstellen mögen, dass wir heute für weitere drei Monate eine pandemische Notsituation feststellen müssen. Jeder hat sich gewünscht, sehr schnell zur Normalität zurückzukehren. Jeder hat sich gewünscht, sehr schnell massive Öffnungsstrategien fahren zu können. Niemand hat sich gewünscht, dass Inzidenzzahlen weiter zu unserem Alltag gehören.

Lassen Sie uns hier und heute als Parlament in unserer Verantwortung für die Situation in unserem Land miteinander klären, wie es weitergehen soll. Wir wollen erstens, dass alle Schutzmaßnahmen, die wir ergriffen haben, weiter fortgelten. Wir

wollen zweitens die Impfstrategie verbessern und fortentwickeln und unsere Impfziele besser formulieren. Und wir wollen drittens eine belastbare Teststrategie verfolgen.

Natürlich überlagert das, was gestern die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin vereinbart haben, unsere Debatte heute. Manch einer hat sich einen Stufenplan gewünscht, der eine Perspektive eröffnet, auch wir. Ein Stufenplan vermittelt der Bevölkerung: Wir haben einen Plan. Wir wollten, dass der Bevölkerung klar ist, dass die Teststrategie schnell umgesetzt wird und jeder gleichermaßen Zugang zu Tests hat. Wir alle wollen weiterhin vorsichtig sein; aber leider

**Pro Woche geben wir aufgrund der Coronakrise drei Milliarden Euro aus.**

muss man sagen: Das, was gestern vereinbart worden ist, sind zwei Schritte vor und einer zurück. Das ist schade, und das bemängle ich.

Ich glaube, da müssen wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ran. Herr Spahn hat es ja gesagt: Uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern obliegt die Rahmensezung. Pro Woche geben wir aufgrund der Coronakrise 3 Milliarden Euro aus. Das ist gut angelegtes Geld; das ist wichtig. Darauf aufgesetzt brauchen wir eine Teststrategie, die den Menschen genauso eine Option offenbart, die die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe an Ostern, im Frühjahr und auch danach eröffnet.

Für mich ist diese Teststrategie leider keine Teststrategie, sondern ein Schritt, der viele weitere notwendig macht. Ich glaube, wenn wir diese Teststrategie vervollkommen, dann eröffnen wir damit Perspektiven, nicht vorher. Ich möchte mir nicht vorstellen müssen, dass auch das, was gestern vereinbart worden ist ein Test, überwacht, pro Woche, in irgend-

einem Verwaltungschaos untergeht. Ich möchte mir nicht vorstellen müssen, dass wir es nicht hinkriegen, dass klar ist: Wo wird getestet? Hat jemand wirklich nur einmal pro Woche diesen Test in Anspruch genommen?

**Ich möchte, dass wir in sechs Monaten ein normales Leben haben.**

Ich möchte, wir möchten, dass diese Eigentests zu unserem Alltag gehören; denn nur so, mit diesen Eigentests, können wir Schritt für Schritt öffnen. Ich möchte nicht, dass auch in sechs Monaten die Inzidenzzahlen

und die Maskenpflicht noch zum Alltag unserer Kinder gehören.

Ich möchte, dass in sechs Monaten nicht nur Sommer ist, sondern wir auch ein normales Leben haben. Dafür sollten wir gemeinsam streiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Der Sommer wartet nicht auf die Sozialdemokratie! Stephan Protschka (AfD): Und dann ohne Maske rumlaufen! Heuchler! Gegenruf der Abg. Ulli Nissen (SPD): Meinen Sie sich selbst damit, mit Heuchler?)

Nicole Westig, FDP:

## Der Lockdown scheint zur Dauerlösung zu werden



Nicole Westig (\*1967)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Lassen Sie mich mit dem Positiven beginnen. Gut, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der GroKo, einige Forderungen unserer Änderungsanträge aufgenommen und Ihren Gesetzentwurf nachgebessert haben.

Es ist richtig, die coronabedingten Mindereinnahmen von Pflegeheimen weiterhin auszugleichen. Die pflegerische

Infrastruktur einzuschränken, wie Sie es erst vorhatten, wäre das völlig falsche Signal zum völlig falschen Zeitpunkt. Gleiches gilt für die Pflegehilfsmittelpauschale. Aber, meine Damen und Herren, damit erschöpfen sich die guten Nachrichten dann auch; denn bei Zahnärzten, Hebammen und Heilmittelerbringern haben Sie nicht nachgebessert. Diese lassen Sie mit Einmalzahlungen und unzureichenden Hilfen im Regen stehen. So gefährden Sie die Versorgungslandschaft, und das kritisieren wir.

Die erneute Coronaprämie ist ein gutes Zeichen für die Beschäftigten in den Kliniken. Es bleibt allerdings halbherzig, solange die Steuerfreiheit der Prämie nicht geklärt ist. Eines ist auch klar: Mit 1 000 Euro lässt sich die überfällige Anerkennung in der Pflege nicht kaufen. Der Coronabonus entbindet Sie, Herr Minister, nicht von der

Pflicht, endlich für nachhaltige Verbesserungen in der Pflege zu sorgen.

Im Herbst haben Sie noch vollmundig eine Pflegereform in der „Bild“-Zeitung angekündigt, jetzt

schlummert die Reform in irgend-einer Schublade.

Doch kommen wir zurück zur Fortgeltung der epidemischen Lage. Herr Minister Spahn, vor einem Jahr hat der Deutsche Bundestag Sie mit Befugnissen ausgestattet, die man sich vor der Pandemie in unserer parlamentarischen Demokratie nicht hätte vorstellen können. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich seither mit beispielhafter Disziplin an die Coronamaßnahmen gehalten. Sie haben ein Recht darauf, dass Sie,

Herr Minister, diese umfangreichen Befugnisse nutzen, um die Pandemie bestmöglich zu managen.

Stattdessen fährt man seit einem Jahr auf Sicht. Lockdown scheint zur Dauerlösung zu werden. Es wird agiert, als ob es auf den Tag nicht ankäme. Dabei zählt jeder Tag; denn jeder Tag kostet Leben, jeder Tag kostet Existenzen, und jeder Tag vernichtet Bildungschancen für junge Menschen.

Mit einem Stufenplan, der den Gesundheitsschutz achtet, können wir den Menschen endlich wieder eine Perspektive geben. Eine solche Strategie zu entwickeln, ist lange überfällig, und das nicht in irgendeinem Hinterzimmer, sondern hier im Parlament.

Beenden Sie das Schnecken-tempo beim Impfen, und flankieren Sie dies mit klugen Testkonzepten. Sorgen Sie dafür, dass unser Land nicht zum Schlusslicht in der Pandemiebekämpfung wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)



Gastronomen fordern, dass die Bewirtung in Außenbereichen unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen gestattet werden soll. © picture-alliance/dpa/Matthias Bein

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Manuela Rottmann (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Nina Warke (CDU/CSU), Mario Mieruch (fraktionslos), Dr. Johannes Fechner (SPD) sowie Emmi Zeulner (CDU/CSU).

Beratung des AfD-Antrags zur Wirtschaftspolitik im Lockdown / 215. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 4. März 2021

Tino Chrupalla, AfD:

## Wir brauchen einen Aufbruch für Deutschland



Tino Chrupalla (\*1975)  
Wahlkreis Görlitz

Seit Wochen und Monaten befindet sich unser Land im Stillstand. Betriebe stehen still, Familien sind zerrissen. Der psychische Druck der Menschen steigt ebenso stark an wie das Unverständnis über die abermaligen Verbote und Einschränkungen. Die Coronamaßnahmen der Bundesregierung sind unhaltbar, unvermittelbar und für die vernünftigen Menschen mittlerweile absolut unverständlich.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben unser Land in eine Sackgasse manövriert, in der wir nur sehr schwer wenden können. Die Menschen waren geduldig. Sie haben Einschränkungen hingenommen. Nur zu welchem Preis? Immer wieder wurden sie getröstet. Man erlangt den Eindruck, dass Ihre Bundesregierung weder einen Plan noch das Geschick noch einen Willen zu einem gezielten Wendenmanöver besitzt. Sehen Sie nicht, was mit diesem Land und seinen Bürgern passiert? Sind Sie alle auf der Regierungsbank ohnmächtig und angstgefangen? Wo sind Ihre Konzepte für die deutsche Wirtschaft, Herr Altmaier? Wo bleiben die lang versprochenen und dringend notwendigen Unterstützungszahlungen? Was liegt Ihnen an dem Wirtschaftszweig, der noch die meisten Beschäftigten hat: den kleinen und mittelständischen Unternehmen? Wer garantiert die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme, wenn die Basis dafür der Mittelstand und das Handwerk de facto nicht mehr vorhanden ist, von Ihnen abgeschafft wurde? Nur hier findet die wirkliche Wertschöpfung statt. Nur so können wir weiter in Wohlstand und Frieden leben.

Herr Altmaier, auch Herr Wanderwitz, gegen Sie waren in der

DDR Günter Mittag und auch Hermann Axen wirklich wirtschaftliche Visionäre.

Von Ihnen kommt in diesem Bezug gar nichts.

Uns, dem Deutschen Bundestag, wurde durch die Wähler sehr viel Vertrauen geschenkt, dieses Land auch in Krisenzeiten zu führen. Davon, dass wir dieses Vertrauen verdient haben, müssen wir unser Volk wieder überzeugen.

Die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland legt mit dem vorliegenden Antrag schlüssige und zügig umsetzbare Einzelmaßnahmen vor. Unser Ziel ist es, damit die wirtschaftliche Gegenwart und die Zukunft Deutschlands überhaupt noch gestalten zu können. Viel lieber wäre es uns, wäre es mir, wenn ich meinen Kindern sagen könnte: Ihr müsst euch keine Sorgen um die Zukunft machen. Im Moment bin ich mir nicht mehr sicher, was wir unseren zukünftigen Generationen noch übergeben können, wenn sich Deutschland länger in der Regierungsgewalt von Frau Dr. Merkel befindet.

Ganz sicher bleiben: Schulden, Depression, Perspektivlosigkeit.

Die wissenschaftlich fragwürdigen und rein politisch motivierten „Inzidenzwerte“ dürfen nicht mehr als Basis für Ihre einsamen Entscheidungen im Coronakabinett erhalten. Deswegen zeigen wir hier konkrete Alternativen und Konzepte für einen Ausweg aus der von Ihnen verschuldeten Misere. Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zu den Kernforderungen unseres Antragspapiers kommen. Ich beginne mit der Grundvoraussetzung: das geregelte Ende des Lockdowns so schnell wie möglich!

Ziel muss es sein, die seit nun fast einem Jahr eingeschränkte Wirtschaft langsam wieder hochzufahren. Dieser Prozess dauert je nach Wirtschaftszweig und Unternehmen unterschiedlich lange. Das muss vorbereitet werden! Mittlerweile sind Lieferketten unterbrochen. Produktionen der Zulieferer wurden ebenso reduziert wie die Konsumketten mit den Endverbrauchern.

Nehmen wir das Beispiel der Gastronomie. Noch kurz vor Weihnachten waren die Vorratslager gefüllt. Die Feiertage standen bevor, und die erwarteten Umsät-

ze blieben aus. Der Verlust stellte sich mehrfach dar: Zum einen waren die Lokale geschlossen; zum anderen mussten Lebensmittel in erheblichen Größenordnungen vernichtet werden. Und nun greift der zuvor beschriebene Prozess: Die Lieferketten müssen wieder anlaufen, um Geschäfte wieder zu ermöglichen.

Das lässt mich zum nächsten Punkt und zu einer der Kernforderungen unseres Antrags kommen: die finanzielle Grundausstattung der Geschäftsleute. Von denen, die noch existieren, brauchen alle endlich die lang versprochenen Coronahilfen.

Ohne diese können weder Grund und Lohnkosten noch die Kosten für den Neustart bestritten werden.

Uns allen ist mittlerweile klar, dass wir auch in den nächsten Monaten noch eine Vielzahl von Hilfszahlungen an die betroffenen Unternehmen sicherstellen müssen. Wir müssen vonseiten des Staates zeigen, dass wir die Unternehmen auch in schwierigen Zeiten unterstützen. Wir müssen schon heute Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Menschen ihre innovativen Ideen wieder im Land der Dichter und Denker umsetzen möchten. Trotz aller Schwierigkeiten muss es wieder attraktiv sein, in Deutschland ein Unternehmen zu gründen. Ein

Schlagwort hierbei ist Bürokratieabbau. Ich kann es nicht mehr hören. Die Bürger und die Unternehmen ersticken unter der Bürokratie. Jede Woche kommen neue Auflagen hinzu. Wir bringen das permanent in die politische Debatte ein. Nur, Sie sind leider taub.

Schauen wir uns die Seite der Verbraucher an. Ein funktionierendes Wirtschaftssystem lebt von Angebot und Nachfrage. Vielen der Endkunden fehlt nach einem Jahr Kurzarbeit einfach das Geld, um es wieder investieren zu können. Dafür schlagen wir die dauerhafte Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 15 Prozent vor. Profitieren werden davon auch die Binnennachfrage und unsere Einzelhändler.

Nun fragt man sich natürlich: Wie kann man diese Dinge eigentlich finanzieren?

**Sie haben unser Land in eine Sackgasse manövriert, in der wir nur sehr schwer wenden können**

Da hören wir ja immer: Steuererhöhungen oder sonstige weitere Einnahmen. Aber hier müssen wir auch mal an die Ausgaben ran, zum Beispiel durch Einsparungen bei den finanziellen Beteiligungen an der Europäischen Union. Die Bundesregierung plant, den deutschen Bruttobeitrag auf über 40 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Dem können und müssen wir einen Riegel vorschieben.

Die Zahlungen an Brüssel werden nach unserem Konzept auf die Beitragshöhe des Jahres 2019 rückgeführt und eingefroren. Auch das Projekt Europa kann nur mit starken nationalen Finanzpartnern eine Zukunft haben. Dafür brauchen wir in Deutschland und für unsere Bürger nachhaltige Investitionen. Wir müssen die ein-

heimische Wirtschaftskraft endlich wieder stärken.

Meine Damen und Herren der Bundesregierung, ein Kommentar in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 1. März dieses Jahres spricht in seinem Titel aus, was die Mehrheit der Deutschen mittlerweile über Ihre Coronapolitik denkt: „Deutschland im Dauer-Lockdown: Zu Tode geschützt ist auch gestorben“. Die rückläufige Akzeptanz Ihrer Maßnahmen oder vielmehr die deutliche Ablehnung der Bevölkerung zeigt, was die Bürger verlangen.

Frau Bundeskanzlerin, beenden Sie diesen leidbringenden Lockdown! Was muss noch passieren, dass Sie auf die Rufe aus dem Volk hören, bevor Sie zur Vernunft kommen? Es wurden und werden die Hygienekonzepte angepasst und erweitert. Trauen Sie Ihren Bürgern endlich mal was zu! Behandeln Sie sie nicht wie dumme Kinder! Mit andauernden Verboten werden Sie die Stimmen Ihrer Kritiker nicht verstummen lassen. Wir werden mehr und mehr den Anschluss an das Leben da draußen verlieren und die Stabilität unserer Demokratie damit aufs Spiel setzen.

Werte Kollegen dieses Hohen Hauses, die Wirtschaft und die Menschen in Deutschland brauchen eine wahre Perspektive. Wir sind alle müde von den politischen Wendenmanövern dieser Bundesregierung, die nicht mehr auf unser Wohl ausgerichtet sind. Lassen Sie uns vernünftig handeln! Geben Sie sich endlich einen Ruck, und stimmen Sie dem Antrag der AfD zu! Wir brauchen einen Aufbruch für Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Welchem Antrag?)



Reiserveranstalter hoffen auf baldige Lockerungen.

© picture-alliance/SZ Photo|Rolf Zöllner

Peter Bleser, CDU:

## Die Klimaziele und die Energiewende sind erreichbar



Peter Bleser (\*1952)  
Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück

In Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg stehen Landtagswahlen an, und Sie von der AfD suchen die große Bühne.

Nur das kann eigentlich der wahre Grund dafür sein, dass Sie hier drei schludrige Anträge eingebracht haben. Sie befassen sich mit einem Sammelsurium von Themen: von der Coronabekämpfung bis zur Energiewende. Sie reden einfach nur alles schlecht.

Bei Ihren Vorschlägen zu Corona ist mein Eindruck, dass wir in verschiedenen Welten leben. Sie ignorieren mehr als mittlerweile 70 000 Tote, die Menschen mit Langzeitschäden und das Leid in den Familien. Sie wollen eigentlich nur Risikogruppen schützen, schreiben Sie. In Deutschland haben aber 36 Millionen Menschen ein erhöhtes Risiko für einen schweren Covid-19-Verlauf. Davon sind 21 Millionen Menschen in der Hochrisikogruppe. Sie stellen Ihre populistischen Forderungen über diese Schicksale.

Für uns und für mich persönlich steht nach wie vor fest: Menschenleben und Gesundheit stehen vor wirtschaftlichen Erwägungen.

Wir können dankbar sein, dass wir in dieser Krisenzeit mit Angela Merkel eine Bundeskanzlerin haben, die die Nerven behalten, klug, besonnen und zielführend gehandelt, die Menschen in der Gesundheit geschützt und gleichzeitig die Wirtschaft funktionsfähig gehalten hat.

Am 1. März schrieb der Deutsche Sparkassen und Giroverband ich zitiere:

Der Dienstleistungsbereich ist in vielen Teilen von direkten Schließungen betroffen, während die Industrie größtenteils unge-

bremst durchproduzieren kann.

Natürlich ist die Situation in Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus und Kulturbereich dramatisch. Aber genau deswegen haben wir ein nie dagewesenes Hilfsprogramm auf den Weg gebracht. Und, meine Damen und Herren: Das Ziel ist ja nicht mehr weit. Wir dürfen nur nicht leichtsinnig und ungeduldig werden. Mit Testen, Impfen, Lüften, Corona-App und AHA-Regeln können wir es bis Ende des Sommers geschafft haben.

Den gleichen Optimismus habe ich übrigens auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Binnen eines Jahres haben wir in Deutschland einen Impfstoff gegen ein Virus entwickelt, das wir vor gut einem Jahr noch nicht einmal gekannt haben. Das ist für mich der klare Beweis für die Innovationskraft unseres Landes. Für diese Innovationskraft unserer Wirtschaft spricht aber nicht nur die rasante Impfstoffentwicklung. Federführend sind wir auch bei Investitionen in die Entwicklung von Strategien zur Abschaffung der Kernenergie und fossiler Energieträger,

**Nur die Energiewende wird unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig halten können**

beim Umbau der Energieversorgung, bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft, der Mobilität, der Wärmeversorgung. Auch hier stecken Sie in alten Denkschablonen. Sie betiteln Ihren Antrag zwar mit „Aufbruch für

Deutschland“; aber in Wahrheit ist es ein Aufbruch in die Vergangenheit. Deswegen verstehen Sie auch die Energiewende nicht: weil diese ein Projekt für die Zukunft ist.

Ich hingegen sage Ihnen: Damit sind gigantische Chancen verbunden, nämlich neue Geschäftsmodelle, zukunftsfähige Technologien, Arbeitsplätze, Technologieführerschaft und Wertschöpfung, insbesondere auch im ländlichen Raum. Ich bin politisch schon einige Jahre unterwegs, und ich kann Ihnen sagen: So etwas Tolles habe ich noch nicht erlebt. Jeden Tag drängen neue Entwicklungen und neue Ideen auf den Markt.

Ich sage Ihnen: Die Klimaziele und die Energiewende sind nicht nur erreichbar und machbar, sondern sie sind zwingende Voraussetzungen für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Woher weiß ich das? Als Berichterstatter für Energiefor-

schungs- und Förderprogramme sehe ich, wie das Bundeswirtschaftsministerium unter der Führung von Peter Altmaier die Energiewende systematisch vorbereitet. Mit fünf SINTEG-Schaufensterprojekten im ganzen Land haben wir die Energiewende geübt, mit 20 Reallaboren testen wir jetzt die großtechnische Anwendung, und mit 9 Milliarden Euro gehen wir

Michael Theurer, FDP:

## Wir sehen Reformbedarf in Deutschland



Michael Theurer (\*1967)  
Landesliste Baden-Württemberg

In einem ihrer drei vorliegenden Anträge beantragt die AfD, sofort alle Anticoronamaßnahmen mit Ausnahme des Schutzes der vulnerablen Gruppen und der Maßgabe von Hygienekonzepten zu beenden.

Dabei sieht man an Ihrem realen Verhalten heute hier, aber auch an anderer Stelle, dass Sie längst im Lager der Coronaleugner angekommen sind.

Auf Ihren Pressekonferenzen sitzen Sie ohne jeden Abstand. Schon wieder hat sich ein Kollege von Ihnen infiziert; schon wieder müssen die Fraktionsvorstandskollegen der anderen Fraktionen in Quarantäne.

Die wichtigste Hygienemaßnahme, die ich mir langsam wünschen würde, wäre eine Plexiglaswand zwischen unserer Fraktion und Ihrer.

Die wichtigste Maßnahme für die politische Hygiene wäre aber, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Fraktion aus den Parlamenten in Bund und Ländern herauswählen, meine Damen und Herren.

Jetzt zu Ihren Anträgen. Sie ver-

bei der Wasserstoffstrategie in die Vollen.

Wen glauben Sie von der AfD eigentlich mit Ihrer restriktiven Handlung zu vertreten? Die Wirtschaft jedenfalls nicht.

Die Firmen überschlagen sich mit Ankündigungen, wann sie klimaneutral sein wollen. Das fängt bei der Stahl und Kupferproduktion an und geht über die chemische Industrie bis hin zu den Rechenzentren.

Nur die Energiewende wird unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig halten können. Auf der ganzen Welt läuft die Umstellung schon auf Hochtouren. Die Energiewende mit regenerativer Stromerzeugung und Wasserstoffwirtschaft ist

die nächste große industrielle Revolution. Das müssen wir uns vor Augen halten.

Diese Umsetzung ist natürlich eine große Herausforderung; das sehe ich auch. Daran mitzuarbeiten, ist mir aber eine große Freude. Ich kann Ihnen von der AfD nur empfehlen: Beteiligen Sie sich daran.

Ansonsten trifft für Sie das Sprichwort zu: „Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.“

Ich wünsche Ihnen eine gute Reise.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Timon Gremmels (SPD))

mischen Steuersenkungen und Bürokratieabbau für beides hat die FDP schon gekämpft, als es die AfD noch gar nicht gab

mit Nationalismus, mit Fremdenfeindlichkeit, mit Ressentiments zu einem giftigen Cocktail. Und dann verbreiten Sie auch noch Unwahrheiten. Sie sagen, wenn man EU-Beiträge streichen würde, blieben 40 Milliarden Euro netto bei uns als ob es keine Rückflüsse aus der EU zu uns gäbe.

An der Stelle, meine Damen und Herren, sage ich: Das A in Ihrem Parteinamen steht für Abschottung, für Ausgrenzung, für Abstieg, für Albtraum nicht für Aufbruch, meine Damen und Herren.

Sie sind auch nicht für etwas, sondern Sie sind meistens gegen etwas. Sie sind gegen die Vertretung der deutschen Interessen in der Europäischen Union.

Es kann Deutschland auf Dauer nicht gut gehen, wenn es unseren Nachbarn schlecht geht, meine Damen und Herren.

Wer ethnische Kriterien zur Grundlage der Politik macht das kann man in den Donauländern, in Mittel und Osteuropa sehen, der endet in Krieg und Krise. Sie aber machen ethnische Kriterien zur Grundlage Ihrer Politik. Herr Gauland, wann ziehen Sie endlich Ihre Pickelhaube ab?

Die große Idee der europäischen Einigung ist es, den Verlauf der Grenzen unwichtig zu machen, weil die Grenzen durchlässig und offen sind. Darauf müssen

wir gerade jetzt achten.

Angesichts Hunderter aktueller Grenzkonflikte in der Welt wäre das ja die Blaupause für den Frieden in anderen Erdteilen. Dabei sind der Zugang zum Binnenmarkt und die Aufrechterhaltung des Binnenmarktes, also ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union die auch finanziert werden muss,

die Grundlage für Wachstum, für Wohlstand und für Arbeitsplätze. „Aufbruch Deutschland“ heißt: ein ganz klares Bekenntnis zur Europäischen Union. Das lassen Sie vermissen; das ist der Hakenfuß an Ihren Anträgen. Deshalb müssen Ihre Anträge abgelehnt werden.

Das Medianvermögen in anderen Ländern ist doch deshalb höher, weil in Deutschland viele Mittel in die Sozialversicherung und in den Staat gesteckt werden. Wir als Freie Demokraten haben hier

Alternativkonzepte vorgelegt. Wir sehen Reformbedarf in Deutschland; aber das hat mit der Europäischen Union nichts zu tun, meine Damen und Herren. Deshalb müssen wir Ihre Anträge ablehnen.

Noch ein Wort zur Fachkräftezuwanderung. Wer verbreitet denn Ressentiments gegen Ausländer und Zuwanderer? Das sind doch Sie!

Wer in Zukunft die Renten finanzieren will, der muss doch für Weltoffenheit stehen, der muss für Liberalität stehen, der muss gesteuerte Zuwanderung akzeptie-

**Wer in Zukunft die Renten finanzieren will, der muss für Weltoffenheit stehen.**

ren. Dafür stehen Sie nicht. Sie sind für eine rückwärtsgewandte Politik. Ihre Politik ist kein Aufbruch für Deutschland; Ihre Politik ist Abbruch für Deutschland.

Deshalb, meine Damen und Herren, rufe ich Sie auf: Folgen Sie einem ihrer Gründer! Hans-Olaf Henkel hat klar gesagt ich zitiere auswendig, es gräme ihn, mit der

AfD ein Monster erschaffen zu haben. Er hat die Konsequenzen gezogen: Er ist ausgetreten. Ich rufe alle Menschen in Ihrer Partei, die es gut mit Deutschland meinen,

auf, auszutreten und damit Herrn Henkel noch mal: einem der Gründer zu folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD Christian Dürr (FDP): Sehr gut, Michael! Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Das war seit Langem mal wieder eine gute Rede!)

Dr. Wiebke Esdar, SPD:

## Zukunftsinvestitionen machen das Leben lebenswerter



Wiebke Esdar (\*1984)  
Wahlkreis Bielefeld – Gütersloh II

Zukunft gibt es nicht für lau. Darum ist der Antrag der AfD ökonomisch unsinnig, er ist völlig überholt, und er ist vor allem feindlich gegenüber der jungen Generation.

Die AfD will in ihrem Antrag die Umsatzsteuer um 4 bzw. um 2 Prozentpunkte senken. Das klingt das muss man zugeben erst einmal gar nicht so unpopulär. Wir wissen aber, meine Damen und Herren, dass eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer leider nicht oder nur um weniger als die Hälfte an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird; das ist nun mal so. Das zeigt auch die Erfahrung aus anderen Ländern wie Frankreich, Finnland und Schweden, die 2009 die Umsatzsteuer für Restaurants gesenkt haben.

Das heißt: Das, was Sie in Ihrem Antrag den Menschen vorrechnen und vollmundig versprechen, wird so nicht eintreten. Ihr Antrag ist voller leerer Versprechen. Er ist damit ökonomisch unsinnig. Wenn wir die Steuern für Verbraucherinnen und Verbraucher senken wollen, dann sollten wir das wohlüberlegt tun und an den richtigen Stellen.

Es ist richtig: Gemessen an ihrem eigenen Einkommen, profitieren Menschen mit wenig Geld von der Mehrwertsteuersenkung am meisten. In absoluten Beträgen wiederum profitieren sie aber nicht am stärksten; denn wenn Sie die Mehrwertsteuer auf Luxusgüter

senken, dann profitieren davon diejenigen, die sich teuren Schmuck und andere Luxusgüter kaufen.

Wenn die AfD die unteren Einkommen hätte entlasten wollen, dann hätte sie der Abschaffung des Solidaritätszuschlages zugestimmt.

Wir haben den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Einkommen abgeschafft, nur die oberen 3,5 Prozent zahlen ihn weiter.

Sie bemühen in Ihrem Antrag auch die kalte Progression, obwohl Sie wissen oder zumindest wissen müssten, dass wir mit der Eckwertverschiebung nach rechts und der Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages die kalte Progression ausgleichen.

Man kann zu der Systematik der Mehrwertsteuer und auch zu der Tatsache, dass sie angehoben wurde, kritisch stehen ich stehe dazu sehr kritisch, aber wer an die Mehrwertsteuer heranwill, der sollte sie klug reformieren, nicht einfach via Gießkanne alles senken. Darum ist der vorgelegte Antrag hier keine Alternative.

Es ist aber auch kein gut überlegter Vorschlag; denn er ist völlig überholt. Sie legen den Haushaltsüberschuss der Jahre 2018 und 2019 zugrunde. Haben Sie eigentlich nicht mitbekommen, was in den letzten Jahren hier passiert ist?

Es ist ja bekannt, dass es Coronaleugner in der AfD gibt. Dass das aber so weit um sich greift, hätte ich persönlich nicht gedacht.

Um auch das ganz klar zu sagen: Dass wir in dieser Pandemie milliardenschwere Hilfspakete aufgelegt haben, ist richtig, weil gegen die Krise anzusparen uns am Ende noch viel teurer zu stehen kommen würde. Ich mache mir auch aufgrund unserer Wirtschaftskraft und der im internationalen Vergleich immer noch geringen Schuldenquote keine Sorgen. Schätzungen gehen davon aus, dass die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden 2021 bei rund 73 Prozent liegen. Das sind

dann immer noch 9 Prozentpunkte weniger als 2010 nach der Finanzkrise.

Darum kommt es in dieser Krise darauf an, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen. Das, was Sie vorgelegt haben, meine Damen und Herren, trägt nicht dazu bei.

Denn der Vorschlag, den Sie vorgelegt haben, würde zu Mindereinnahmen von mehreren Milliarden Euro führen. Sie rechnen mit 51 Milliarden Euro. Im Endeffekt wird es von der Konjunktur abhängen, wie viel Milliarden es sind; aber es ist klar, dass es hohe

Alexander Ulrich, Die Linke:

## Wir müssen diejenigen schützen, die zu leiden haben



Alexander Ulrich (\*1971)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Zu einer viel zu guten Zeit müssen wir hier heute AfD-Anträge behandeln, die eigentlich unnötig sind. Das, was wir heute vorgelegt bekommen haben, ist wirtschaftspolitisch und europapolitisch eine Geisterfahrt und sollte eigentlich von Ihnen schon heute zurückgezogen werden, damit wir im Ausschuss überhaupt nicht mehr darüber reden müssen.

Sie haben kurz vor zwei Landtagswahlen mal wieder alles auf Papier gebracht, was Ihnen schon immer wichtig war, aber was uns als Land massiv schaden würde. Man muss noch mal deutlich sagen: Wenn die AfD was zu sagen

hätte, hätten wir heute schon Millionen Arbeitslose mehr, diesem Land würde es insgesamt schlechter gehen, und wir wären europapolitisch und in der ganzen Welt sehr isoliert.

Das haben Sie heute noch mal sehr gut zu Papier gebracht.

In den Anträgen steht wieder alles drin, beginnend damit, dass man das Lieferkettengesetz ablehnt. Was das mit der Coronakrise zu tun hat, weiß ich nicht. Sie wollen zurück zur Kernkraft. Sie wollen im Prinzip, dass die Coronamaßnahmen beendet werden. Das heißt, für Sie sind Profite wichtiger als Menschenleben und Gesundheit.

All das bringen Sie zu Papier. Deshalb kann das alles nur abgelehnt werden.

Es ist ein krudes Gemisch und Ausdruck von Planlosigkeit, was Sie uns hier vorschlagen. Von daher: Ziehen Sie die Anträge zurück! Sie sind eigentlich keine Rede wert.

Dass Herr Altmaier da ist, finde ich gut. Denn dann können wir uns auch ein bisschen mit der Bundesregierung beschäftigen, wenn wir schon mal Anlass zum Reden haben. Herr Altmaier, das Wirtschaftsministerium ist in die-

reichend Schwimmbäder zu haben und die Angebote in der offenen Kinder und Jugendarbeit, in der Quartiersarbeit und in der Senioren und Seniorinnenarbeit auszuweiten, weil all das zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beiträgt und Zukunftsinvestitionen nicht nur wichtig sind, um den Wirtschaftsstandort zu sichern, sondern auch, um ganz einfach das Leben lebenswerter zu machen.

Das will aber die AfD nicht, weil sie spalten will. Die AfD hat auch mit diesem Antrag wieder einmal gezeigt, dass sie Politik nur für die Reichen macht, auch wenn sie vorgibt, dass das anders sei. Weil sich aber am Ende nur reiche Menschen einen armen Staat leisten können, lehnen wir den Antrag der AfD ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

ser Coronakrise wirklich das muss man sagen ein Schwachpunkt.

Sie machen ein Wettrennen mit dem Gesundheitsminister, wer der schwächste Minister in Deutschland ist. Jetzt können Sie vielleicht froh sein, dass Herr Spahn mal ein, zwei Wochen vor Ihnen liegt; aber Sie werden sich mit der Notfallhilfe wahrscheinlich bemühen, nächste Woche wieder derjenige zu sein, der sich schwertut, uns durch die Coronakrise zu bringen. Deshalb glaube ich: Wenn wir Gesundheit vor wirtschaftliche Interessen stellen, was wir als Linke begrüßen, dann müssen die Maßnahmen, die wir für diejenigen gedacht haben, die wirtschaftlich unter dieser Krise leiden, aber auch bei ihnen ankommen.

Was Sie mit Ihren Wirtschaftshilfen bisher gemacht haben, ist eine reine Katastrophe.

Da reicht es auch nicht aus, wenn Sie immer wieder auf die Bundesländer verweisen. Wenn es mit der Coronasoforthilfe schon im letzten Sommer nicht geklappt hat, dann hätte doch Ihr Haus sagen müssen: Wir nehmen das jetzt selbst in die Hand und sorgen da-

Fortsetzung auf nächster Seite

für, dass die November und Dezemberhilfen, die Coronahilfe III oder nun auch die Notfallhilfe für die, die bisher durch jedes Raster gefallen sind, endlich dort ankommen. Es kann nicht sein, dass viele Existenzen, Arbeitsplätze, Soloselbstständige und Einzelhändler darunter leiden müssen, dass dieses Wirtschaftsministerium nichts auf die Reihe kriegt.

Herr Altmaier, Sie sind vielleicht wie die AfD und die FDP Anhänger der Meinung: Wir müssen schnell zurück zu dem alten Zustand. Wir als Linke sagen Ihnen ganz deutlich: Nach Corona wird es nie mehr so sein wie vor Corona. Denn die Coronakrise hat gezeigt, wie dringend notwendig Zukunftsinvestitionen in diesem Land sind. Ob Krankenhäuser, die Infrastruktur, das Gesundheitswesen insgesamt oder die ökologischen Notwendigkeiten der Klimakrise, wir brauchen viel, viel Geld. Deshalb erneuern wir unse-

ren Vorschlag vom letzten Jahr. Wir brauchen zusätzliche Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren für den sozialökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

Das bekommt man natürlich nicht damit hin, dass man der Frage aus dem Weg geht, wer es zu bezahlen hat. Wir als Linke sagen deutlich: Die Wohlhabenden und die Reichen in Deutschland und in Europa müssen nach der Krise zur Verantwortung gezogen werden; sie müssen mehr beitragen, damit die Gesellschaft gelingt. Deshalb ran an das Geld der Reichen! Mehr Umverteilung!

Dann ist der sozialökologische Umbau auch ohne neue Schulden zu finanzieren.

Aber wenn man darauf verzichtet, sich mit den Wohlhabenden anzulegen, dann muss man halt die Schuldenbremse und die schwarze Null außer Kraft setzen. Denn beides geht nicht: Man

kann nicht auf Steuererhöhungen verzichten und gleichzeitig sagen, man will wieder zur Schuldenbremse zurückkehren. Denn dann versündigt man sich an den kommenden Generationen.

Deshalb glauben wir, es braucht einen Mix. Wir brauchen höhere Steuern für Reiche und Wohlhabende, und wir müssen weiterhin die schwarze Null zumindest mal aussetzen, damit in die Zukunft investiert werden kann. Denn die Klimakrise macht auch wegen Corona keine Pause. Es muss dringend viel Geld in die Zukunft investiert werden. Herr Theurer, ich muss auf Ihre Rede eingehen.

Sie haben sich von der AfD gut absetzen wollen, indem Sie vorgeschlagen haben, hier eine Plexiglaswand zu errichten. Sie haben

dann noch gesagt, dass die Vorschläge, die die AfD macht, die FDP schon gemacht hätte, als es die AfD noch gar nicht gegeben hätte. Vielleicht sollte sich die FDP mal Gedanken machen, ob ihr neoliberaler Mix, der zur sozialen Spaltung führt, nicht im Ergebnis auch dazu geführt hat, dass die AfD überhaupt da ist. Eine soziale Spaltung macht natürlich auch die rechte Seite stark.

Deshalb: Ihre Politik und das, wofür Sie stehen, ist auch Ausdruck dessen, dass jetzt die AfD im Bundestag ist.

Deshalb, glaube ich, müsste auch die FDP ihre Politik mal grundsätzlich überdenken.

Herr Altmaier, wenn wir jetzt noch einige Wochen und Monate mit der Coronakrise leben müs-

sen, bleibt Die Linke bei ihren Vorschlägen. Wir müssen diejenigen schützen, die darunter zu leiden haben. Das heißt, die Coronahilfen müssen schnell dort ankommen, wo sie hingehören. Die Notfallhilfe muss jetzt schnell zur Auszahlung kommen. Wir brauchen eine Erhöhung des Kurzarbeitergelds. Wir bleiben dabei: Wir brauchen ein Mindestkurzarbeitergeld von 1 200 Euro. Und wir sagen klipp und klar: Wenn Firmen gerettet werden, dann muss das mit Beschäftigungssicherung verbunden werden. Es kann nicht sein, dass die Lufthansa Milliarden bekommt und dann 30 000 Menschen rauswirft. Auch heute, wo die Lufthansa ja ihre Pressekonferenz hat, muss das noch mal deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Claudia Müller, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir brauchen mehr regionale Wirtschaftskreisläufe



Claudia Müller (\*1981)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Das Motto der AfD: „Zurück ins Vorgestern!“ Was sollte man auch anderes von einer vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Partei erwarten? Die AfD schreibt „Lockdown aufheben“ darüber, will aber möglichst gleich noch sämtliche Maßnahmen für den Klimaschutz aufheben.

Dass die braune AfD eine Partei der Vergangenheit ist, das hat sie schon oft bewiesen.

Mit diesen Anträgen offenbart sie ihre rückwärtsgewandte und wissenschaftsfeindliche Einstellung einmal mehr.

Egal ob Gender Studies, Epidemiologie oder Klimaforschung, wissenschaftliche Erkenntnisse und die Positionen der AfD gehen nicht zusammen.

„Zurück ins Vorgestern!“, das ist Ihr Motto. Dabei marschieren Sie im Stechschritt an der Wirk-

lichkeit vorbei.

Ihr Antrag mit Vorschlägen zur Konjunkturbelebung liest sich wie eine Sammlung von Worst-of-AfD-Wirtschaftsideen, geprägt von Ihrem vorgestrigen Weltbild und in der heutigen Zeit kontraproduktiv. Nur ein Beispiel: Deutschland braucht dringend mehr Fachkräftezuwanderung. Dafür brauchen wir eine Willkommenskultur, um im globalen Wettbewerb um die bestausgebildeten Talente bestehen zu können. Ihre Vorschläge gehen in die genau entgegengesetzte Richtung.

Doch dafür, mich an Ihren Widersprüchen und Ihrer Ahnungslosigkeit abzarbeiten, ist mir, ehrlich gesagt, meine Redezeit zu schade.

Konstruktive Vorschläge, um Probleme zu lösen, überlassen Sie sowieso uns allen anderen. Das ist schließlich nicht Ihre Stärke.

Dass sich die Klimakrise zuspitzt und das Klima sich durch den hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhitzt, leugnet außer Ihnen und Ihresgleichen niemand mehr. Sogar die großen Wirtschafts- und Industrieverbände stellen sich auf den Klimaschutz ein und fordern entsprechende Rahmenbedingungen, damit Klimaschutz sich endlich besser rechnet. Damit sind die Unter-

nehmen und Verbände inzwischen weiter als die Bundesregierung.

Das Motto muss sein: „Aus der Krise lernen und sie nutzen, um umzusteuern.“ Es werden Milliardeninvestitionen notwendig sein, um aus der Coronakrise herauszukommen. Die können und müssen wir auch so nutzen, dass wir uns nachhaltig aufstellen. Das wäre klug. Hin zu mehr Klimaschutz, hin zu mehr Kreislaufwirtschaft und hin zu mehr Widerstandsfähigkeit gegen Krisen!

Das ist der Zeitgeist. Die EU und die USA machen es vor. Aber die schwarz rote Koalition sendet über die letzten Jahre hinweg immer wieder widersprüchliche und falsche Signale.

Sie nimmt Klimaschutz, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft nicht ernst genug. Gerade in Bezug auf die Digitalisierung haben wir doch in dieser Krise schmerzlich gemerkt, wie sehr uns die fehlende Infrastruktur lähmt. Es ist eine Zukunftsfrage, ob wir nicht nur die Großstädte, sondern auch die Klein und Mittelstädte und den ländlichen Raum anschließen und ihnen gute Entwicklungschancen bieten.

Zu wenig Investitionen, ordnungspolitisch zu niedrige Leit-

planken und in Brüssel zum Teil sogar der Einsatz gegen entsprechende Regelungen: So schaffen wir die Transformation hin zu ökologischem und krisensicherem Wirtschaften nicht. Da müssen wir dringend was ändern, und da brauchen wir klare Signale der Bundesregierung für Stabilität. Denn wir können es schaffen, aus dieser Krise langfristig stärker hervorzugehen.

Ich will mal ein Positivbeispiel nennen. Das EEG, von vielen heute sehr gescholten, hat sehr positive Impulse für die Entwicklung der erneuerbaren Energien gesetzt. Recycling, Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz im Bau, im Bereich Mobilität: Wir haben hier unglaubliche Potenziale für die Wirtschaft, für die Gesellschaft, für den Klimaschutz. Dabei, Herr Altmaier, müssen wir immer auch insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen mit in den Blick nehmen; denn dort ist das Innovationspotenzial Deutschlands. Darauf müssen unsere Programme entsprechend ausgerichtet sein.

Die Coronapandemie hat deutlich gemacht: Unsere Widerstandsfähigkeit in Krisen ist zu gering. Wir müssen unsere Krisenresilienz in allen Bereichen erhöhen. In Bezug auf die Pandemie heißt das zum Beispiel: Wir brauchen langfristig den Aufbau einer Pandemiewirtschaft,

in der schnell und zuverlässig Medikamente, Schutzkleidung und Tests produziert werden können. Diese Kapazitäten müssen wir in Europa vorhalten können; denn wir machen das alles nicht alleine, sondern in einem internationalen Kontext etwas, was Sie nicht verstanden haben. Aber dafür brauchen diese Unternehmen

Verbindlichkeit in Bezug auf Abnahme und Preis.

Aber da ist mehr. Die Klimakrise wird uns immer wieder in solche Ausnahmesituationen bringen, und wir sind unzureichend darauf vorbereitet. Wir brauchen Lösungen, wenn zum Beispiel langanhaltende Trockenheit die Landwirtschaft oder eben durch Niedrigwasser auch Transportwege, notwendig für unsere Stahl und chemische Industrie, gefährdet.

Um Resilienz zu fördern und Klimaneutralität zu erreichen, muss die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen aufgebrochen werden. Kreislaufwirtschaft, Recycling und Upcycling erfahren berechtigterweise neues Interesse. Hier brauchen wir eine bessere Vernetzung. Wir brauchen mehr regionale Wirtschaftskreisläufe, reduzierte Lieferwege und Transporte, um dauerhaft Arbeitsplätze, Wertschöpfung hier zu sichern und gleichzeitig die globale Klimakrise zu bekämpfen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Krisenresilienz. Die Aufgabe ist komplex. Krisenpotenziale greifen ineinander. Genauso vernetzt müssen daher unsere Antworten darauf sein. Zur Bewältigung und für eine zukunftsfähige Gesellschaft brauchen wir die drei T: Technologie, Talent und Toleranz. Für nichts davon steht die AfD. Das haben Sie mit Ihren Anträgen mal wieder eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulli Nissen (SPD))

**Für eine  
zukunftsfähige  
Gesellschaft  
brauchen wir  
Technologie,  
Talent, Toleranz**

Dr. Andreas Lenz, CSU:

## Den Einzelhandel fit für die Zukunft machen



Andreas Lenz (\*1981)  
Wahlkreis Erding-Ebersberg

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass die Anstrengungen der letzten Wochen und Monate nicht umsonst waren, wie das ja suggeriert wurde. Wir haben gemeinsam erreicht, dass die Zahl derer, die sich in intensivmedizinischer Behandlung befinden, massiv gesunken ist. Das ist gut, und das ist ein Erfolg, meine Damen und Herren.

Jetzt, kurz bevor wir am Ziel sind, von Durchseuchungsstrategien zu sprechen, wäre natürlich grundfalsch. Man kann über den

Lockdown, man kann auch über einzelne Maßnahmen trefflich diskutieren, aber doch nicht über die Wirkung. Weniger Kontakte gleich weniger Infektionen, das sollten sogar Sie verstehen. Sie zitieren sogar Sie verstehen. Sie zitieren ganz bewusst oder eben auch nicht bewusst Studien falsch oder einseitig. Es ist so, dass die Impfungen jetzt schon eine Wirkung zeigen. Die Zahl der Neuinfektionen ist gerade bei älteren Menschen bereits merklich gesunken. Das ist gut, und das ist wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Gerade jetzt müssen wir auch mal ein deutliches Dankeschön sagen: Danke für die Disziplin, für den nicht einfachen Verzicht, für das Mitmachen! Es war ja letztlich nicht die Politik, es waren nicht die Maßnahmen, es waren die Menschen, die dazu beigetragen haben, dass die Situation jetzt wieder besser ist. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Eines muss immer klar sein: Nur wenn die Menschen mitmachen, können die Maßnahmen letztlich auch greifen. Deshalb

brauchen wir jetzt vor allem Akzeptanz in der Bevölkerung, auch für die weiteren Maßnahmen. Zur Akzeptanz gehören natürlich auch Perspektiven für Öffnungen, für mehr Normalität. Ich bin dankbar, dass dementsprechend die MPK gestern einige Schritte in die richtige Richtung beschlossen hat.

Klar ist auch, dass für die Einschränkungen, die gerade der Gastro, dem Einzelhandel, aber auch beispielsweise den Friseuren und anderen zugemutet wurden, wirtschaftliche Hilfen benötigt werden. Die Hilfen laufen jetzt endlich Gott sei Dank an, und sie kommen auch an. Wir brauchen aber zusätzlich einen Härtefallfonds es sind 1,5 Milliarden Euro in den Raum gestellt worden, genau für die Fälle, in denen die bestehenden Programme, aus welchen Gründen auch immer, eben nicht greifen. Auch die Ausdehnung der Hilfen für Unternehmen bis 750 Millionen Euro Umsatz darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Wir sehen da Olaf Scholz in der Pflicht. Hier muss

gemeinsam geliefert werden, meine Damen und Herren.

Aber uns muss klar sein, dass die Hilfen natürlich kein Ewigkeitsinstrument sind. Sie sind notwendig, aber normalerweise will natürlich kein Unternehmer alimentiert werden. Die Menschen wollen arbeiten. Das ist gut, und das muss von uns auch mit Perspektiven flankiert werden. Das Testen wird mehr Freiheit ermöglichen. Selbsttests bieten Chancen für mehr Eigenverantwortung, für mehr Freiheit insgesamt, die wir natürlich nutzen müssen.

Wir müssen weiter alle Potenziale beim Impfen nutzen. Wir brauchen so viel Impfstoff wie möglich, der so schnell wie möglich verimpft werden muss. Wir werden uns weiter an die AHA-Regeln halten müssen. Wir brauchen die Masken, die Sie für lächerlich halten.

Impfen, Testen, AHA und Öffnen, könnte man auch sagen. Wir brauchen Öffnungen, aber wir brauchen differenzierte Öffnungen und nicht undifferenzierte Öffnungen, wie sie die AfD fordert. Dabei betrachte ich die Ergebnisse von gestern als ersten wichtigen Schritt. Weitere werden sich sukzessive nach Wenn dann Bedingungen anschließen.

Schließlich brauchen wir aber auch jetzt schon Konzepte für das Wiederdurchstarten der Wirtschaft. Ein Licht am Ende des Tun-

nels beispielsweise ist die schrittweise Mehrwertsteuersenkung für die Gastro, die von uns bis Ende 2022 beschlossen wurde. Übrigens hat die AfD dagegengestimmt.

Ja, zu mehr Normalität zurückkehren ich habe es gesagt: Testen, AHA-Regeln, Impfen werden dazu beitragen.

Wir wissen auch, wie wichtig die Innenstädte jetzt, aber auch in der Zukunft sind, und wir wissen ferner das vergegenwärtigt ein Blick in die Runde, dass auch Friseur für das Erscheinungsbild wichtig sind, aber auch für vieles mehr. Es ist vielen erst jetzt richtig bewusst geworden: Wir müssen also jetzt Konzepte entwickeln, erarbeiten, wie wir den Einzelhandel fit für die Zukunft machen. Da geht es um mehr als Resilienz. Wir haben tolle Einzelhändler, tolle Unternehmer. Das erfahren wir auch jeden Tag. Diese brauchen natürlich Perspektiven, auch wenn es darum geht, Langfristperspektiven zu entwickeln, auch im Wettbewerb gegen die digitale Konkurrenz.

Darum wird es gehen. Dazu müssen wir beitragen. Hier müssen wir liefern, und hier werden wir auch entsprechende Konzepte erstellen.

In dem Sinne: Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Till Mansmann, FDP:

## Wir müssen an das Umsatzsteuersystem ran



Till Mansmann (\*1968)  
Landesliste Hessen

Heute vor genau einem Jahr erreichte uns die Nachricht, dass die Leipziger Buchmesse abgesagt werden musste.

Seitdem sind Tausende von Veranstaltungen nachgefolgt. Nichts ist mehr, wie es war. Viele Menschen sind in Kurzarbeit oder haben ihren Job verloren. Viele müssen fürchten, ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Es ist daher ganz

klar: Wir brauchen eine nachvollziehbare Öffnungsstrategie und starke wirtschaftspolitische Impulse.

In der Tat bietet uns die aktuelle Lage Anlässe, auch über Grundsätzliches nachzudenken. Unser Umsatzsteuersystem ist dringend reformbedürftig. Auch über die Sätze müssen wir sprechen. Darüber sind wir uns weitgehend einig. Ständig wiederkehrende Betrugsfälle, eine nicht nachvollziehbare Anwendung des ermäßigten Steuersatzes so kann es nicht weitergehen.

Doch wenn Sie, werte Kollegen von der AfD, ein Papier vorlegen, mit dem Sie Ihre Visionen für eine moderne Umsatzbesteuerung darstellen, dann ist das Beste, was Ihnen einfällt, eine pauschale Umsatzsteuersenkung um ein paar Prozentpunkte. Brauchen wir jetzt wirklich das vierte oder fünfte Herumgewuschel am Mehrwertsteuersatz? Das ist keine Strategie; das ist papiergewordene Einfallslösung.

keit.

Jetzt haben wir schon eine Regierung, die sich jeden nächsten Planungsschritt in der Pandemie aus der Nase ziehen lässt, und jetzt wollen Sie als Oppositionspartei mit noch weniger Plan dagegenwursteln. Das haben die Bürger nicht verdient.

Ein besonderes Highlight ist übrigens Ihr Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Streichen wollen Sie bei der EU. Dabei ist doch gerade der europäische Binnenmarkt die größte Hoffnung für unsere wirtschaftliche Erholung nach der Krise.

Noch erstaunlicher ist der Hinweis auf die kalte Progression bei der Einkommensteuer. Wir wollen sie abschaffen. Sie werben dafür, diese heimliche Steuererhöhung durch die Hintertür bei den Bürgern abzukassieren davon abgesehen, dass gerade in der aktuellen Lage das derzeit gar nicht so viel bringt, eigentlich gar nichts.

Falscher Ansatz, falsche Finan-

zierung, falsche Zielrichtung!

Ja, wir müssen ans Umsatzsteuersystem ran. Gerade haben meine Fraktionskollegen und ich im Bundestag einen Antrag vorgelegt, in dem wir Möglichkeiten einer modernen Umsatzbesteuerung aufzeigen: durch die Einführung eines elektronischen Meldesystems zur Erstellung, Prüfung und Weiterleitung von Rechnungen. Damit können wir echten Mehrwert schaffen. So bringen wir die Mehrwertsteuer ins 21. Jahrhundert.

Die Steuerpflichtigen könnten

medienbruchfrei Kundenaufträge verarbeiten. So würde den kriminellen Karussellgeschäften endlich etwas Wirksames entgegengesetzt.

Ihre Anträge tragen zu alledem wenig bei. Daran werden wir zwar auch in der Ausschussarbeit nichts ändern, der Verweisung stimmen wir natürlich zu. Dann lasst uns aber bitte dort nicht über ein paar klägliche Punkte sprechen, die Sie uns hier vorgelegt haben, sondern schauen, wo der Schuh bei der Umsatzsteuer wirklich drückt.

(Beifall bei der FDP)



Wegen der Corona-Schutzmaßnahmen müssen die meisten Läden und Geschäfte geschlossen bleiben. © picture-alliance/dpa-Zentralbild / Jens Büttner

Timon Gremmels, SPD:

## Aus der Krise kommen wir nur solidarisch und mit Respekt



Timon Gremmels (\*1976)  
Wahlkreis Kassel

Sie von der AfD beschreiben keine Wege raus aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise, wie der Titel Ihres Antrags verspricht. Vielmehr servieren Sie uns ein Sammelsurium altbekannter AfD-Propaganda. Sie hetzen gegen die EU, Sie hetzen gegen Migranten, Sie hetzen gegen die Energiewende und gegen die Klimarettung, Sie hetzen gegen die Frauenquote in Führungspositionen. Das hat alles nichts und überhaupt gar nichts mit der Bewältigung der Coronakrise zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das alles ist alter Kaffee. Aber alter Kaffee zum x-ten Mal aufgebrüht ist am Ende doch nur braune Plörre.

Lassen Sie sich das deutlich sagen: Sowohl die Pandemie wie auch die damit verbundene Wirtschaftskrise löst man als Exportnation doch nicht national, sondern nur europäisch und global. Das ist

**Wer arbeitet, muss davon auch leben und sein Leben bezahlen können**

das kleine Einmaleins der VWL, der Volkswirtschaftslehre; aber die beherrschen Sie ja scheinbar nicht.

Mit der Forderung, alle Maßnahmen der Energiewende und des Klimaschutzes auszusetzen, ignorieren Sie doch, dass wir neben der Coronakrise auch noch eine Klimakrise haben, die wir bewältigen müssen. Diese Krise wartet doch nicht darauf, dass wir uns erst um Corona kümmern. Wir haben jetzt die einmalige Chance, beides zeitgleich zu bewältigen,

weil wir der Auffassung sind, dass die Bewältigung der Klimakrise auch einen Beitrag dazu leisten kann, aus der Coronakrise herauszukommen. Da ist die deutsche Wirtschaft, Gott sei Dank, viel weiter als die AfD, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Mit Ihrer Forderung nach einer pauschalen Öffnung würden Sie die dritte Welle, an deren Anfang wir stehen, zu einem Tsunami machen, und all unsere Erfolge, die wir errungen haben, würden Sie leichtfertig gefährden. Ich finde: Die gestern beschlossene schrittweise Öffnung, verbunden mit einer Schnell- und Selbstteststrategie, gibt Handel, gibt Gastronomie, gibt Kultur eine echte Perspektive, auf die wir vor Ort so dringend gewartet haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sie von der AfD bemängeln auch die schleppende Auszahlung der Wirtschaftshilfen. Das Argument habe ich hier auch immer gebracht, und das war bis Mitte Februar ja auch richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Jetzt aber nicht mehr. Ein Großteil der Novemberhilfen, der Dezemberhilfen und der Neustarthilfen wurde inzwischen ausbezahlt. Auch die Gelder der Ü III fließen mittlerweile. Ich zitiere jetzt aus einer Whatsapp-Nachricht eines Gastronoms aus meinem Wahlkreis. Der hat mir gestern geschrieben: Lieber Timon, Update zu Ü III: Freitag Antrag gestellt, Samstag Bestätigung, Mittwoch erste Abschlagszahlung auf dem Konto. Das ging ja mal richtig flott.

Weil ich ja auch häufig kritisiert habe, Herr Altmaier: Herzlichen Dank an Sie und auch an Olaf Scholz; denn die Gelder kommen an. Das ist keine individuelle Erfahrung, sondern, wenn ich richtig informiert bin, mit Stand vom 1. März 2021 sind in allen Förderprogrammen des Bundes, die wir aufgelegt haben, von den insgesamt beantragten 30 Milliarden Euro mittlerweile 26 Milliarden Euro abgeflossen. Ich finde: Das kann sich sehen lassen. Hilft aber nichts, wenn es vor Ort das ein oder andere Problem gibt. Darum kümmern wir uns jetzt auch mit dem Härtefallfonds. Aber ich glaube, dass wir daran einen Haken machen können. Es läuft jetzt, und dazu haben auch maßgeblich die Koalitionsfraktionen beigetragen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss man an dieser Stelle auch mal sagen.

Ich finde: Jetzt habe ich mich schon viel zu lange mit diesem Antrag der AfD beschäftigt. Lassen Sie mich die Zeit doch nutzen, um Ihnen darzulegen, wie wir als Sozialdemokratie aus dieser Krise kommen wollen.

Wir sind der Auffassung: Das müssen wir solidarisch machen mit Respekt, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und gemeinsam. Wir wollen den Mindestlohn

auf 12 Euro anheben.

12 Euro! Wer arbeitet, muss davon auch leben können und sein Leben bezahlen können. Das ist eine Frage des Respekts. Deswegen ist ein erster Schritt Richtung 12 Euro genau der richtige Weg. Dafür steht die Sozialdemokratie, meine Damen und Herren. Und wir wollen die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages in der Altenpflege. Das ist für uns wichtig.

Denn schlechte Löhne für harte Arbeit das sage ich auch Richtung Caritas sind unsozial. Damit es auch die Caritas versteht: Die sind unchristlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deswegen ist es gut, dass unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die Pflege-mindestlohnkommission einberufen will. Genau das ist der richtige Schritt. Ich erwarte aber auch von Jens Spahn, statt zu irgendwelchen netten Spendenesen nach Leipzig zu fahren, doch bitte seine Hausaufgaben zu machen und sicherzustellen, dass künftig auch in der Altenpflege klar ist, dass die Refinanzierung aus der Pflegeversicherung daran gekoppelt wird, dass es Tarifverträge gibt. Herr Spahn, machen Sie Ihre Hausaufgaben im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte deutlich machen, dass die AfD zum Thema der systemrelevanten Berufe, der sozialen Berufe in ihrem Antrag überhaupt nichts gesagt hat. Dass Sie dazu nichts sagen, spricht noch mal gegen Sie.

Ich möchte sagen: Wir als SPD wollen weiter eine Tarifbindung; die wollen wir stärken. Wir wollen ein Bundestarifreugesetz; für uns ist die Vorbildfunktion des Staates bei der Bezahlung, bei ordentlichen Löhnen ganz wichtig.

Wir wollen künftig investieren; die öffentliche Hand muss stärker in Zukunftsfelder investieren. Deswegen streben wir eine Investitionssumme des Staates in Höhe von 50 Milliarden Euro pro Jahr an. Wir wollen die Förderbank des Bundes, die KfW, zur modernen Innovations- und Investitionsbank weiterentwickeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir wollen Start-ups nachhaltig unterstützen und ihnen auch einen besseren Zugang zu Wagniskapital geben. Und wir möchten die Kultur der zweiten Chance, ge-

rade bei den Start-ups, etablieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sind die sozialdemokratischen Vorstellungen von einer modernen Wirtschaftspolitik.

Und: Wir müssen nachhaltig aus der Krise kommen; Stichwort „Zukunft heute gestalten“. Die SPD hat in dieser Großen Koalition dafür schon einige Akzente gesetzt. Im Verkehrsbereich haben wir viel erreicht: Die E-Mobilität boomt endlich. Wir haben Förderprogramme für die Automobilzulieferer auf den Weg gebracht. Wir haben das größte Investitionsprogramm für die Schiene aufgelegt. Wir wollen aber mehr: Wir wollen 15 Millionen E-Autos bis 2030, wir wollen Wasserstoff-Lkws und Mobilitätsgarantie, auch auf dem Land.

Im Gebäudebereich das Gleiche; wir haben viel erreicht: die Verfünfachung der Gebäudeförderung, ein Gebäudeenergiegesetz samt Anrechenbarkeit von Photovoltaik, Quartiersansätzen und CO<sub>2</sub>-Preis. Aber auch da wollen wir mehr: 5 Millionen Wärmepumpen bis 2030, nachhaltige Baustoffe und reelles Sanieren. Das ist uns wichtig. Im Energiebereich haben wir auch viel erreicht: eine Verdreifachung des jährlichen PV-Zubaus, grundlegende Verbesserungen beim Mieterstrom, Anteil erneuerbarer Energien bei 50 Prozent. Aber auch hier wollen wir noch mehr: eine weitere Anhebung der Ausbaupfade noch in dieser Legislatur das sage ich auch in Richtung unseres Koalitionspartners -, Klimaneutralität im Stromsektor bis 2040. Das alles wollen wir, und zwar nicht nur der Umwelt zuliebe, sondern weil wir auch der Auffassung sind: Das ist ein echtes Job und Konjunkturprogramm für das Handwerk und für den Mittelstand, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Weg aus der Wirtschaftskrise gelingt nur dann, wenn wir gleichzeitig auch die Klimakrise sozialverträglich bewältigen. Beide Mammutaufgaben gehen nur partnerschaftlich mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Dafür braucht es eine starke SPD.

In diesem Sinne: Glück auf und vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)



Unter dem Motto „Mindest-Kurzarbeitergeld jetzt – sonst geben wir den Löffel ab“ weisen Gastronomen bei einer Demonstration in Düsseldorf auf die schwierige Lage hin

© picture-alliance/dpa/Federico Gambarini

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Fritz Güntzler (CDU/CSU) sowie Sebastian Brehm (CDU/CSU).



# Katastrophe in Fukushima

## 10 Jahre sind seitdem vergangen



### Jahrestag in dieser Woche



Diese Woche ist ein Jahrestag.

Vor 10 Jahren gab es ein Erdbeben im japanischen Fukushima.

Dadurch wurde ein Atom-Kraftwerk schwer beschädigt.

Dieses Ereignis hatte auch wichtige Folgen für Deutschland.

Im folgenden Text werden unter anderem folgende Fragen beantwortet:

- Was geschah in Fukushima?
- Was ist ein Atom-Kraftwerk?
- Welche Folgen hatte Fukushima für Deutschland?

### Was ist Fukushima?



Fukushima ist ein Gebiet im Land Japan.

Es liegt im Osten von Japan.  
Auf einer Karte also rechts.

Fukushima liegt direkt am Meer.  
Genauer: Am Pazifischen Ozean.



### Das Erdbeben im Jahr 2011

Am 11. März 2011 gab es im Meer vor Japan ein starkes Erdbeben.

Es war das stärkste Erdbeben, das Forscher in Japan je festgestellt haben.

Das Erdbeben löste einen Tsunami aus.

Ein Tsunami ist eine Reihe von sehr hohen Flut-Wellen.

Die Wellen können mit großer Wucht auf Land treffen.

Dann überfluten sie die Gebiete an der Küste.

Das Wasser dringt oft bis tief ins Land vor.

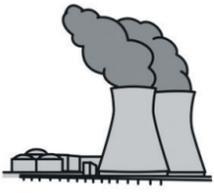
Dabei kann es große Schäden anrichten.

Das Erdbeben und der Tsunami im Jahr 2011 waren sehr schlimm.

Ungefähr 600-tausend Menschen waren von der Katastrophe betroffen.

Ungefähr 20-tausend Menschen starben.

Viele Gebäude wurden zerstört.



Auch im Gebiet von Fukushima waren die Schäden riesig.

Bekannt wurde Fukushima aber vor allem durch ein Gebäude, das durch die Katastrophe schwer beschädigt wurde.

Und zwar das Atom-Kraftwerk von Fukushima.

### Was ist ein Atom-Kraftwerk?

Atom-Kraftwerke sind große Gebäude.

In ihnen stellt man Strom her.

Dafür benutzt man besondere Materialien.

Diese Materialien sind radioaktiv.

Das bedeutet: Von ihnen geht eine Strahlung aus. So ähnlich wie auch von der Sonne.

Radioaktive Strahlung ist aber viel gefährlicher als Sonnen-Strahlen.

Wenn man zu lange in ihrer Nähe bleibt, kann man krank werden und sogar sterben.

Atom-Kraftwerke sind so gebaut, dass die Strahlung nicht nach außen tritt.

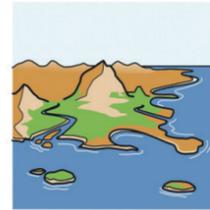
Wenn es in einem Atom-Kraftwerk einen Unfall gibt, kann das aber trotzdem passieren.

### Das Atom-Kraftwerk von Fukushima

Das Erdbeben und der Tsunami erfassten auch das Atom-Kraftwerk von Fukushima.

Dort richteten sie schwere Schäden an.

Radioaktive Strahlung wurde freigesetzt.



Sie verschmutzte die Luft, das Wasser und die Böden rund um das Atom-Kraftwerk.

Über 100-Tausend Menschen waren davon betroffen.

### Fukushima heute

In Fukushima versucht man bis heute, die Folgen der Katastrophe zu beseitigen.

Die Gegend um das Atom-Kraftwerk wurde zu einem großen Teil von der radioaktiven Strahlung befreit.

Es wurden zum Beispiel Gebäude abgewaschen und Erdboden entfernt.

Es gibt aber noch immer Gegenden, in die Menschen nicht gehen können.

Und auch im Atom-Kraftwerk selbst gibt es noch viel radioaktives Material.

Die Beseitigung aller Folgen wird wohl noch mehrere Jahrzehnte dauern.



### Folgen für Deutschland

Atom-Kraftwerke sind schon immer ein Thema, zu dem es in Deutschland ganz verschiedene Meinungen gibt.

Viele Menschen finden sie zum Beispiel aus folgenden Gründen gut:

- Atom-Kraftwerke können viel Strom produzieren.
- Atom-Strom gilt als günstig.
- Atom-Kraftwerke in Deutschland gelten als recht sicher.

Schon seit vielen Jahrzehnten gibt es aber auch Gruppen, die gegen Atom-Kraftwerke sind.

Sie sagen: Atom-Kraftwerke sind viel zu gefährlich.



## Die Meinung ändert sich

In Deutschland sind Atom-Kraftwerke seit Jahrzehnten wichtig für die Strom-Versorgung.

Im Jahr 2000 wurde dann beschlossen, die Atom-Kraftwerke allmählich abzuschaffen.

Nach diesem Plan hätten die letzten Atom-Kraftwerke ihre Arbeit ungefähr im Jahr 2015 eingestellt.

Im Jahr 2010 beschloss die Bundes-Regierung dann aber: Die Atom-Kraftwerke sollen noch länger laufen.

Und zwar zum Teil bis mindestens zum Jahr 2036.

Dann aber kam es zu der Katastrophe in Fukushima.

Das änderte bei vielen die Meinung über Atom-Kraftwerke.

Es wurde immer mehr gefordert, dass die Atom-Kraftwerke schneller abgeschaltet werden.

In Deutschland gab es Demos.

Das bedeutet: Menschen gingen auf die Straße.

Sie forderten laut, dass die Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden sollen.

Auch immer mehr Politiker sagten, dass das geschehen soll.

## Atom-Kraftwerke werden abgeschaltet

Im Sommer 2011 machte der Bundestag dann ein neues Gesetz.

Darin wurde beschlossen: Bis zum Jahr 2022 sollen alle deutschen Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden.



Anfang 2011 liefen in Deutschland noch 17 Atom-Kraftwerke.

Schon im Jahr 2011 wurden 8 der ältesten Atom-Kraftwerke abgeschaltet.

3 weitere Atom-Kraftwerke wurden in den Jahren danach abgeschaltet.

Im Moment gibt es in Deutschland also noch 6 Atom-Kraftwerke.

Davon werden 3 dieses Jahr abgeschaltet und 3 nächstes Jahr.

Dann soll es in Deutschland keine laufenden Atom-Kraftwerke mehr geben.



## Atom-Ausstieg: Was ist zu beachten?

Am 31. Dezember 2022 sollen also die letzten 3 Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden.

Dadurch haben sich viele verschiedene Fragen ergeben.

Hier die wichtigsten.



### 1) Woher kommt der Strom?

Aus Atom-Kraftwerken kommt ein Teil des Stroms, den wir in Deutschland verbrauchen.

Wenn die Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden, muss man überlegen: Wie kann man in Zukunft diesen Strom herstellen?

Die Idee ist: Der Strom soll in Zukunft vor allem auf andere Weise hergestellt werden.

Und zwar so, dass das der Umwelt möglichst wenig schadet.

Zum Beispiel mit Wind-Rädern. Oder durch Sonnen-Energie.



## 2) Was ist mit den Strom-Preisen?



Eine Sorge ist: Wenn man die Atom-Kraftwerke abschaltet, steigen vielleicht die Strom-Preise stark an.

Eine wichtiges Ziel der Politiker ist deswegen: Der Strom-Preis darf durch das Ende der Atom-Kraftwerke nicht zu sehr steigen.

Denn:  
Hohe Strom-Preise sind zum einen ein Nachteil für private Strom-Kunden. Sie müssen dann mehr Geld für Strom bezahlen.

Außerdem erhöhen hohe Strom-Preise auch die Kosten für Firmen, die viel Strom verbrauchen. Und das kann für diese Firmen ein Problem sein.

## 3) Wie baut man die Kraftwerke ab?

Ab dem Jahr 2022 laufen in Deutschland keine Atom-Kraftwerke mehr.

Danach werden die Atom-Kraftwerke uns aber noch lange Zeit beschäftigen.

Zum einen müssen die ausgeschalteten Atom-Kraftwerke abgebaut werden.

Bis das letzte Atom-Kraftwerk abgebaut ist, werden noch über 20 Jahre vergehen.

Außerdem muss man dann noch überlegen, was mit dem Atom-Müll passiert.

Atom-Müll sind radioaktive Abfälle, die in einem Atom-Kraftwerk entstehen.

Sie sind sehr gefährlich.

Und zwar nicht nur für kurze Zeit. Sondern noch für viele tausend Jahre. Manche sogar für Millionen Jahre.

Darum muss man sie gut und sicher aufbewahren.

Wie das passieren soll, wird im Moment noch überlegt.



## Kurz zusammengefasst



Am 11. März 2011 gab es in Japan ein sehr starkes Erdbeben und einen Tsunami.

Bei dieser Natur-Katastrophe wurde das Atom-Kraftwerk in Fukushima schwer beschädigt.

Auch in Deutschland hatte das Folgen.

Hier hat man nach der Katastrophe beschlossen:

Bis zum Jahr 2022 sollen alle deutschen Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden.

Der Strom muss dann auf andere Weise hergestellt werden.

Zum Beispiel mit Wind-Rädern oder Solar-Anlagen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / dpa. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukve.nl](http://www.ukpukve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 10-11/2021  
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. März 2021.